

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement: Preis dreimonatlich:
Broschüre: 2.50 Mk. monatlich 1.10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
eine oder deren Raum 60 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 26. Januar 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

110!

Unten im Hofe des „Vorwärts“ stehen die Massen. Die
breiten Straßen im Zeitungsviertel sind schwarz von Menschen
und sie jubeln und jubeln. So oft ein sozialdemokratischer
Sieg verkündet wird, erschallen die Hochrufe und die Siege
folgen einander. Und immer begeisterter wird die Stimmung
und Kampfgesänge ertönen.

Fünf Jahre sind es heute, da war auch Wahltag und da
wurde das Wort von den Niedergeritterten gesprochen. Heute
hat Potsdam die rote Fahne gehißt.

Vor fünf Jahren, da jubelten an diesem Tage die andern
und heute haben wir die andern Parteien weit hinter uns
gelassen, sind wir die weitaus stärkste Fraktion des Deutschen
Reichstags, und, was mehr ist, wir sind die weitaus stärkste
Partei im deutschen Volke, sind der dritte Teil unseres Volkes
geworden.

Heute jubeln wir, und unser Jubel gilt fürwahr keiner
vorübergehenden Erscheinung. Denn was wir haben, das
wissen wir zu halten. Durch harte Arbeit sind wir geworden,
was wir sind, durch harte Arbeit werden wir mehr und
größer werden, bis der letzte Siegestag heraufkommen wird,
der große Befreiungstag der arbeitenden Menschheit, der
Tag der Völkerbrüderung und Völkerfreiheit, der Tag des
Sozialismus. . . .

Der dritte Stichwahltag hat vollendet, was die Hauptwahl
versprochen hat. Die Sozialdemokratie hat 110 Mandate.
Bei einem wirklich gerechten Wahlrecht hätten wir etwa 184
Mandate erhalten. Immerhin ist für uns diesmal die reaktio-
näre Wahlkreiseinteilung überwinden worden. Die Leid-
tragenden dieses Pluralwahlrechts sind die Liberalen noch
mehr als wir. Es wird eine wichtige politische Aufgabe sein,
die Verfassungsbestimmung, die das gleiche Wahlrecht ver-
bürgt, endlich auch durchzuführen.

Die Sozialdemokratie hat heute wiederum ganz prächtige
Erfolge zu verzeichnen. Da ist vor allem Potsdam-Dit-
havelland. Mit einem ungeheuren Terrorismus haben
die Gegner gearbeitet. Kein Mittel war schlecht genug, keine
Lüge war erbärmlich genug, es war die echte Kampfweise
der wahren Patrioten. Sie haben gestritten für ihren Kaiser
und haben gekämpft, wie sie es verstehen. Und die Arbeiter
sind gekommen, haben die Einschüchterungen nicht beachtet,
haben der Lügen gelacht, haben gestimmt und Karl Liebknecht
ist gewählt. Wir haben uns Revanche geholt für Berlin I.

Überhaupt haben in Brandenburg sich die Arbeiter
prächtig geschlagen. In Kalau-Ludau hat Genosse Wels den
Konservativen überwunden. In Sorau-Forst Genosse Schu-
mann den Kreis von dem sauberen nationalliberalen Herrn
Wohn vereinigt, der noch im letzten Moment um die Stichwahl-
hilfe der Schwarzblauen gebettelt hat. Bedeutend sind auch
unsere Erfolge in Schlesien, wo wir Grünberg-Freystadt
und Striegau-Schweidnitz den Konservativen abgenommen
haben. In Nordhausen hat Genosse Cohn den Führer
der Freisinnigen Dr. Wiener aus dem Mandat geworfen. Die
verärgerten Antisemiten haben da größtenteils den Fortschritt-
lern die Wahlhilfe versagt.

Nicht minder erfreulich und von größter Bedeutung sind
die Siege, die wir in dem Industrieviertel verzeichnen
können. Die Niederlage des Zentrums in Düsseldorf
ist für diese Partei nicht minder schmerzlich als der Verlust
von Köln. Dortmund haben wir in der Stichwahl gleichfalls
gegen das Zentrum behauptet, Altena-Nierlohn uns von den
Fortschrittlichen geholt und Elberfeld-Barmen, diese alte sozial-
demokratische Feste, die wir 1907 verloren haben, hat jetzt
Genosse Ebert glänzend wiedererobert. Freilich haben wir
dort unten auch einen schmerzlichen Verlust erlitten. Genosse
Sue ist in Bochum dem Nationalliberalen Seemann
unterlegen. Der Haß gegen den unermüdeten Vertreter
der Bergarbeiter trieb diesmal das Zentrum Mann für
Mann für die Nationalliberalen an die Urne. Aber dieser
Sieg ist wohl der letzte, den die bürgerlichen Parteien in
diesem Wahlkreis werden verzeichnen können. Außer Bochum
haben wir noch das Mandat von Frankfurt-Lebus,
das wir in der Nachwahl geholt hatten, und auch das Mandat
von Mühlheim-Duisburg nicht halten können. Genosse

Hengsbach ist hier dem Nationalliberalen Dr. Böttger unter-
legen. Auch hier hat das Zentrum gegen den Vertreter der
Arbeit gestimmt, seinen reaktionären Charakter deutlich offen-
bart. Das erleichtert unsern Kampf und sichert uns
künftige Siege. Das Zentrum steht da als der gefähr-
lichste und tödlichste Arbeiterfeind und darüber werden auch
keine proletarischen Anhänger bald zur Klarheit kommen.
Verdankt doch Giesberts seine Wahl in Essen nur der Pro-
tektion der nationalliberalen Scharfmacher, ohne die er schon
diesmal verloren gewesen wäre. Die 53 000 Stimmen, die
Genosse Gewehr in der Krupp-Residenz bekommen hat, stellen
einen ganz außerordentlichen Erfolg dar. Ueber-
haupt haben die rheinisch-westfälischen Nationalliberalen und
das Zentrum sich gegenseitig in die Hände gearbeitet, sich im
Kampf gegen die Arbeiterschaft gefunden.

Der schwarzblaue Block hat ausgelebt.
Selbst wenn man die Polen, Welfen und all die anderen
kleinen Parteispitter zusammenhält, verfügt er nur über 195
Mandate, bleibt also, wenn auch nur wenig, hinter der Majori-
tät zurück. Daß er nicht eine viel ohnmächtigere Minorität
geworden ist, das ist vor allem die Schuld der national-
liberalen Verräterei und der Schwachmütigkeit der
fortschrittlichen Wähler, die am ersten Stichwahltag so arg
verjagt hatten. Aber immerhin, die Alleinherrschaft
der Schwarzblauen ist gebrochen.

Und diese Tatsache ist politisch bedeutsam deshalb, weil
jetzt die Liberalen zeigen müssen, was sie können. Die
Sozialdemokratie hat den Liberalismus bei diesen Wahlen mit
ihrer ganzen Macht unterstützt. Sie hat es getan, nicht weil
sie sich Illusionen über die künftige Entwicklung hingibt, nicht
weil sie übermäßige Hoffnungen hegt oder allzu großes Ver-
trauen in die liberalen Worte setzt. Aber sie hat getollt,
daß die Liberalen Gelegenheit haben, ihren Worten Taten
folgen zu lassen. Die Liberalen tragen jetzt die
Verantwortung. Die Sozialdemokratie wird innerhalb
wie außerhalb des Parlaments ihre ganze Macht einsetzen,
um die Demokratisierung Deutschlands zu fördern, die Lage
der arbeitenden Massen durch sozialpolitische Reformen zu
verbessern, gegen die Not der Teuerung und der Steuerlasten
wirksame Maßregeln durchzuführen. Wir wissen, daß wir
von keiner bürgerlichen Partei in unserm Kampf gegen
den Imperialismus und seine Begleitererscheinungen —
Betrüben, Kolonialpolitik, Schutzöllerei — wirksame
Unterstützung zu erwarten haben. Aber die Liberalen haben
gelobt, für freiheitliche politische Entwicklung und
für soziale Verbesserung einzutreten. Da wollen wir sie bei
ihren Worten nehmen, da wird es sich zeigen, ob sie den Willen und
die Kraft haben, ihr eigenes Programm durchzuführen. An
uns soll es nicht liegen, wenn der Reaktion in Deutschland ein
Ende gemacht werden soll.

Wir aber, die wir als Sieger aus dieser Wahlschlacht
hervorgehen, wir gehen an neue Arbeit. Eine Million
neuer Kämpfer hat sich den Reihen der deutschen Sozialdemo-
kratie angeschlossen. Sie müssen eintreten in unsere Organi-
sationen, müssen Leser unserer Parteipresse, müssen zu vollbe-
wussten und zuverlässigen Genossen werden.

Große Aufgaben stehen uns bevor. Riesig
schnell geht heute die Entwicklung. Ungebärdiger als je ist
der Kapitalismus geworden, mit Kriegsgeschrei erfüllt er die
Welt, an neue Eroberungen denkt er und je schärfer die
Klassengegenstände im Innern werden, desto mehr sehnt er sich
nach auswärtigen Abenteuern. Wir aber, wir kämpfen nur
einen Kampf, wir ersehnen nur einen Sieg. Wir wollen
dem Kapitalismus kein Entrinnen mehr gönnen. Wir fürchten
nicht seine drohenden Gebärden. Immer mehr umklammert
ihn unsere Macht, immer näher rückt die Stunde des Schick-
sals, das der Geschichte ehernes Muß ihm bereitet. Und heute
an diesem herrlichen Siegestage, da wendet sich der Blick weg
von den Sorgen und den Lösungen des Tages, wir schauen
aus in die Zukunft und jubelnd wiederholen wir den Ruf, den
da unten die Massen immer wieder haben erschallen lassen:

Hoch die Sozialdemokratie!
Es lebe der Sozialismus!

Neugewählte Sozialdemokraten.

Zu den bisher gewählten 99 Sozialdemokraten
sind folgende 11 hinzugewählt:

- Elberfeld-Barmen Ebert
Düsseldorf Haberland
Dortmund Erdmann
Lennep-Remscheid Dittmann
Sorau-Forst Schumann
Altena-Nierlohn Spiegel

Neu eroberte Kreise:

- Potsdam-Dihavelland Liebknecht
Nordhausen Dr. Cohn
Grünberg-Freystadt Davidsohn
Kalau-Ludau Wels
Striegau-Schweidnitz Feldmann

Das Endergebnis des Wahlkampfes.

Table with 5 columns: Party, Gewählt, Gewinne, Verluste, Frühere Stärke. Rows include Sozialdemokraten, Zentrum, Konservative, etc.

Die Stichwahlen in Württemberg.

Aus Stuttgart wird uns geschrieben:
In sieben von den sieben Wahlkreisen Württembergs war die
Entscheidung schon am 12. Januar gefallen. Der ersten und zweiten
Wahlkreis (Stuttgart und Cannstatt) hatte die Sozialdemokratie be-
hauptet; dem Bauernbund war der 12. Kreis (Crailsheim) wieder
zugefallen, das Zentrum hatte seinen alten sicheren Besitz, den
13. (Aalen), 15. (Waiblingen), 16. (Vöhringen) und 17. (Nabensburg)
mit leichter Mühe gehalten.

Am Montag, den 22. Januar, fanden in den übrigen zehn
Kreisen die Stichwahlen statt. An sieben war die Sozialdemo-
kratie beteiligt. In drei Kreisen stand die Fortschrittliche
Volkspartei dem Bauernbund gegenüber. In zweien dieser
Kreise, dem 8. (Freudenstadt) und dem 14. (Ulm) siegte die Volkspartei
mit sozialdemokratischer Hilfe über den Bauernbund, im
11. Kreis (Wadnang) wurde dem Volksparteiler gleichfalls die sozial-
demokratische Unterstützung reiflos zuteil; doch der Vorsprung des
Bauernbündlers war zu groß; er behauptete sein Mandat.

Die Sozialdemokratie eroberte in den sieben Stich-
wahlen, an denen sie beteiligt war, nur noch ein Mandat, das
Heilbronn. In der Hauptwahl waren hier auf die Sozial-
demokratie 12 429 Stimmen gefallen, auf den Bauernbündler
10 788 Stimmen. Es hätte hier also Wahlführung der Anhänger
des aus der Stichwahl gedrängten Volksparteilers Kaumann genügt,
um der Sozialdemokratie das Mandat zu sichern. Die Liberalen
spalteten sich jedoch, die Nationalliberalen gingen mit fliegenden
Fahnen in das Lager des Bauernbündlers über. Die Volkspartei
erklärte sich für den Genossen Feuerstein, der denn auch mit

1896 Stimmen durch Ziel ging. Der Bauernbündler steigerte seine Stimmzahl um rund 3500 auf 14292.

Im 4. Wahlkreis, Wörlingen, unterlag Genosse Sperka dem Ansturm der vereinigten Volksparteier und Nationalliberalen, denen sich der Bauernbund zugesellte. Im ersten Wahlgang hatten Volksparteier und Nationalliberale zusammen 6657 Stimmen erhalten; mit bauernbündlerischer Hilfe brachte die Nationalliberale Keimath in der Stichwahl auf 11979 Stimmen. Genosse Sperka steigerte seine Stimmzahl von 8968 auf 10089.

Im 6. Wahlkreis, Tübingen, behauptete der volksparteiliche Führer v. Bacher sein Mandat mit 14219 Stimmen (Volkspartei, Nationalliberale, Bauernbund) gegen den Genossen Schliche, Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes. Schliche erhielt 8428.

Durch Zugang aus konservativen Kreisen erzielte im 7. Wahlkreis, Calw, der Volksparteier Schweichardt eine Stimmzunahme von 7626 bei der Hauptwahl auf 11280, Genosse Steinmeyer erhielt 6863 Stimmen gegen 6254 am 12. Januar.

Schmerzhaft für die Sozialdemokratie ist die Niederlage des Genossen Schlegel im 5. Wahlkreis Ehlingen. In der Hauptwahl fehlten ihm nur wenige Stimmen an der absoluten Majorität, so daß mit seinem Sieg allgemein sicher gerechnet wurde. Er erhielt am 12. Januar 16478 Stimmen, sein nationalliberal-volksparteilicher Gegenkandidat List 9906, der Bauernbündler 5006, das Zentrum 643 Stimmen. Am Montag stießen alle bürgerlichen Hilfsgruppen zum „nationalen“ Kandidaten, der dann mit 18371 Stimmen über Schlegel, der 16328 Stimmen erhielt, siegte. Die Mehrheit des Liberalen beträgt ganze 43 Stimmen.

Auch im 10. Kreis, Göppingen-Gmünd, gab der Bauernbund den Ausschlag zugunsten des Volksparteiers Günsler gegen Genossen Dr. Lindemann. Die volksparteiliche nationalliberale Stimmen stiegen von 9445 auf 13608, die des Genossen Lindemann von 11893 auf 13027. Die Unterstützung der Konservativen mit dem Zentrum hatte sich der Volksparteier mit Zugeständnissen in der Schulfrage und mit der feierlichen Erklärung in öffentlicher Versammlung erkauft, daß er die Wahlparole der Geschäftsleitung der Volkspartei „gegen den schwarzen Block“ entschieden mißbillige! Durch die Schöpfung, die dem Volksparteier Konr. Haußmann im 9. (Salinger) Wahlkreis durch die Sozialdemokratie zu teil wurde, ging uns eine Anzahl katholischer Arbeiterstimmen verloren. Die enge Verbindung der Volkspartei und ihrer Führer mit dem rücksichtslosesten Unternehmertum hat den Herren Haußmann und Genossen den eifrigen Haß der Gesamtarbeiter ohne Unterschied der Konfession zugezogen. Auch sei daran erinnert, daß die perfide Politik des Herrn Haußmann die Sozialdemokratie 1907 moralisch dazu zwang, im Salinger Wahlkreis die Parole gegen Haußmann für das Zentrum auszugeben. Die kulturkämpferischen Mäure haben Herrn Haußmann in katholischen Kreisen noch besonders verhaßt gemacht. Die uns günstige Stimmung der Industriearbeiter der katholischen Bezirke schlug in dem Augenblick ins Gegenteil um, als die Vorgänge im Salinger Kreis bekannt wurden.

In süddeutschen Parteizeitungen ist bei Besprechung des Hauptwählergebnisses des Göppinger Wahlkreises allerlei Ungereimtes mit unterlaufen. Man sprach von einem „Stillstand“ der Bewegung in diesem Kreise, von einem „Schatten“ im Gesamtbild der württembergischen Wahlen und dergleichen mehr. Dieser „Schatten“ besteht in Wirklichkeit nur in der kritischen Gegenüberstellung der Wahlzahlen von 1907 und 1912. Die Wahlstatistik des Reichskanzlers Bülow, die uns mit dem Zentrum in eine Schlichte drängte, hat uns dort 1907 eine größere Anzahl Zentrumstimmen zugeführt; das Zentrum hatte auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Diesmal ging das Zentrum mit dem Bauernbund zusammen; daher der geringere Stimmengewinn! Nach sehr vorsichtiger Berechnung ist die Stimmzunahme doch immerhin 14 Prozent, wahrscheinlich aber mehr. Daß die Genossen des 10. Wahlkreises mit dem Stimmengewinn nicht zufrieden sind, ist selbstverständlich, und sie werden sicherlich nichts verfäumen, die Ursache der Hemmung ausfindig zu machen und Remedur zu schaffen.

Im 9. Wahlkreis, Salingen, siegte der volksparteiliche Führer R. Haußmann mit 13594 Stimmen über den Genossen Rattutat, der 10569 Stimmen erhielt. Das Zentrum mit seinen 8079 Stimmen hatte die Parole ausgegeben: Keine Stimme dem Volksparteier Haußmann! Die Sozialdemokratie stellte jedoch den entscheidenden Kampf gegen die Volkspartei ein. So wurde Haußmann gewählt.

Der Ausgang der Stichwahlen in Württemberg ist für die Partei wenig erfreulich; unser Stimmengewinn im ganzen Land, auch in den rein ländlichen Bezirken mit Ausnahme des 13. Wahlkreises Alen-Elwangen, der den Stand von 1903 nicht wieder erreichte und den von 1907 nicht wieder überschritt, ließ ein günstigeres Resultat erhoffen. Den Löwenanteil hat die fortschrittliche Volkspartei davongetragen, dank der direkten und indirekten Unterstützung durch die Sozialdemokratie, andererseits der rechtsstehenden Parteien gegen die Sozialdemokratie!

Das Endergebnis der Wahlen in Württemberg ist: 3 Sozialdemokraten, 6 Volksparteier, 2 Nationalliberale, 4 Zentrum, 2 Bauernbündler.

Aus dem Wahlkampf.

Inerhörter Wahlterrorismus.

In Satow an der Havel im Wahlkreise Potsdam-Osthavelland führte der Wahlvorsteher eine Liste, in der jeder Wähler der Nummer nach eingetragen war. Er nahm dann die Anveris der Reihenfolge nach aus der Wahlurne. Dagegen protestierten unsere Kontrolleure und verlangten die Durchsicht der Wahlurne. Da dies nicht geschah, wandten sich die Kontrolleure an den Wahlvorsteher, da sie sich die Handhabung der Stimmentauschlung nicht gefallen lassen wollten. Der Wahlvorsteher schlug darauf einem unserer Genossen mit der Faust auf den Kopf und kommandierte dem Wahlmeister: **Reihen Sie blank!** Dieser schlug dann blindlings drauflos. Einer unserer Genossen erhielt schwere Kopfwunden; einem anderen wurde mit dem Säbel über den Rücken geschlagen, so daß die Kleider durchschlugen wurden.

Der Wahlvorsteher ist der Gemeindevorsteher Bolter. Der schwer verletzte Genosse heißt Hornig; es ist ein sehr ruhiger älterer Mann.

Zentrum und Fortschritt.

Die liberale „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Mittwochabend-Nummer folgende indirekte Aufforderung an die Zentrumswähler der Kreise Lennep-Weitmänn und Alena-Ferloh:

„Wie wir hören, wird mit der gestern abend an der Spitze der „Kölnischen Volkszeitung“ veröffentlichten Aufforderung des Herrn Justizrats Karl Trimborn, in Duisburg-Nähem und in Bochum-Gelsenkirchen, trotz der Haltung der Kölner Nationalliberalen, für die rechtsstehenden nationalliberalen Kandidaten zu

stimmen, Mißbrauch getrieben. Im Interesse des Freisinn verfaßt man, diese Aufforderung auch für die freisinnigen Kandidaturen in Lennep-Weitmänn und Alena-Ferloh auszugeben.“

Das ist ein durchaus unzulässiger Täuschungsversuch. Die Aufforderung des Vorsitzenden des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei gilt in keiner Weise den fortschrittlichen Kandidaturen in den beiden Wahlkreisen. Nur durch Mißbrauch kann sie in diesem Sinne gedeutet werden. Es ist ganz und gar ausgeschlossen, daß die Zentrumspartei den beiden freisinnigen Kandidaturen irgendwelche Unterstützung angedeihen läßt. Sie muß dieselben ihrem Schicksal überlassen. Das erfordert die Würde und Selbstachtung der Zentrumspartei nach der rücksichtslosen Haltung, welche überall die Fortschrittspartei gegen das Zentrum eingenommen hat, und nachdem der Fortschritt überall im Reiche so nahe an die Sozialdemokratie herangewachsen ist, und in vielen, auch für das vaterländische Interesse hochbedenklichen Fragen ein Unterschied zwischen Freisinn und Sozialdemokratie nicht mehr besteht.

Nicht eine einzige Stimme dürfen die Angehörigen der Zentrumspartei für die Kandidaten des Fortschritts in den genannten beiden Wahlkreisen abgeben. Für das Zentrum in Lennep-Weitmänn-Alena-Ferloh kann nur die Haltung unserer Parteifreunde in Frankfurt a. M. und Hagen-Schwelm vorbildlich sein. Diese Darlegungen entsprechen der Auffassung der Leitung der rheinischen Zentrumspartei durchaus.

Nicht Koresell — sondern Beder.

Die des Wolffsche Telegraphen-Bureau mittel, hat die vorläufige Prüfung der Wahl in Dingen-Alzen ergeben für Beder (natl.) 12018, für Koresell (Fortsch.) 12010 Stimmen, wonach nicht Koresell, sondern Beder gewählt wäre. Die amtliche Feststellung bleibt abzuwarten.

Nachwahl in Pleß-Rybnik.

Die Nachwahl im Wahlkreise Pleß-Rybnik, für den in zwei Wahlkreisen gewählten Abg. Graf v. Mielczynski (Pole), findet am 3. Februar statt.

Lieberts Wahlsieg

wurde in den letzten Tagen stark bezweifelt. Wie die „P.R.“ melden, wurde am Mittwoch bei der von dem königlichen Kommissar vorgenommenen amtlichen Prüfung des Stichwählergebnisses im 14. Reichstagswahlkreise Vorna-Pegau festgestellt, daß für v. Liebert 13081 und für den sozialdemokratischen Parteisekretär Rysel 13058 Stimmen abgegeben wurden. Herr v. Liebert ist demnach mit einer Mehrheit von 23 Stimmen gewählt.

Im Wahlkreise Potsdam-Spandau-Osthavelland,

in dem unser Genosse Dr. Karl Liebsnecht kandidiert, hatten der Vorstand der Ortsgruppe des Hansabundes, die Leitung des Bundes der Festbesoldeten und andere Vereinigungen am Mittwoch die Aufforderung zur Wahl des schwarzblauen Blockes, des freikonservativen Bürgermeisters Vosberg, erlassen, während der liberale Wahlkreisverband Donnerstag früh die Parole erteilte, entweder weiße Stimmzettel abzugeben oder die liberalen Wähler haben sich der Stimme zu enthalten. Die Konservativen suchten die Wähler durch einen Artikel im konservativen „Potsdamer Tageblatt“ einzuschüchtern, in welchem mit dem angeführten Weggang des Hofes und der Garnison im Falle der Wahl Liebsnechts gedroht wird. Auch der Wahlauschuh der Staatsarbeiter stellte sich in den Dienst der Reaktion und veröffentlicht folgenden Aufruf: „Um Jerusalem vorzubringen, machen wir bekannt, daß der nationale Kandidat Vosberg sich verpflichtet hat, ganz besonders für die Forderung der Staatsarbeiter einzutreten.“ Auch der Bund der Handwerker trat für die Wahl Vosbergs ein.

Konservativer Wahlschwindel.

Im Kreise Wittenberg-Schweinitz, wo unsere Genossen den Fortschrittler Dr. Dove gegen den Großgärtner Major v. Leitze unterliegen, ist am Morgen des Stichwählergebnisses ein konservativer Wahlschwindel in Szene gesetzt worden, bei dem der Name unseres Kandidaten Hildebrand mißbraucht wurde. Die Konservativen liehen in den Orten des Wahlkreises Flugblätter verteilen, auf denen zu lesen ist:

„Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende! Enthaltet Euch bei der heute stattfindenden Stichwahl der Stimme! Hildebrand.“

Das Blatt ist ohne Druckfirma erschienen. — In Jabna, einer kleinen Landstadt, wurden zwei junge Burschen, die diese Blätter verteilten, festgenommen. Sie verweigerten die Aussage darüber, wer ihnen die Blätter zum Verteilen gegeben hat. Sie wurden in Haft behalten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Januar 1912.

Das Recht auf Wahlbeeinflussung.

Die „Germania“ ist höchst erbost darüber, daß das zur Wahlprüfung für die neue reichsländische Kammer berufene Oberlandesgericht in Colmar die Wahl mehrerer Zentrumabgeordneter für ungültig erklärt hat, weil sich katholische Geistliche schwere Wahlbeeinflussungen haben zuschulden kommen lassen. Das ehrsame Berliner Zentrumblatt findet es ganz selbstverständlich, daß die „Diener des Herrn“ die Kanzel und den Reichstuhl zur Agitation für die Wahl von Zentrumabgeordneten benutzen. Solche Tätigkeit, meint die „Germania“, gehöre vielmehr zu den heiligsten Pflichten eines Seelforgers, denn dieser habe dafür zu sorgen, daß die ihm anvertrauten Schäflein auch politisch nicht irren und Abgabe liberaler oder sozialdemokratischer Stimmzettel ihr Seelenheil gefährden. Offen erklärt das unter der Aufsicht des Fürstbischöflichen Kappstehende ultramontane Blatt:

„Wie und nimmer wird man es Wahlbeeinflussung nennen können, wenn ein Geistlicher von seinen Staatsbürgerrechten so gut wie jeder andere Gebrauch macht, wenn er Wahlzettel verteilt oder verteilen läßt, Verclamungen obhält und in Versammlungen redet; und dann erst recht nicht, wenn er von der Kanzel herab zur Wahl von Kandidaten auffordert, die auf dem Boden der staatlichen und kirchlichen Ordnung stehen, die weder religions- noch kirchenfeindlich sind. Das ist nicht allein das gute Recht des Seelforgers, das ist eine seiner heiligsten Pflichten.“

Vor allen Dingen aber müssen wir mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen einlegen, daß durch eine Rechtsprechung, die als Nichtamt für die Zukunft betrachtet wird, der eckh-lothringischen katholischen Geistlichen Rechte streitig gemacht werden, die selbst die radikalsten, revolutionären und anarchisierenden Blätter besitzen; sie dürfen die Wähler beauftragen und tun es reichlich, und in der Wahl der Mittel sind sie zweifellos hundertmal weniger wählbar als die katholische Geistlichkeit. Und daß der Arbeitgeber durch seinen Druck keine Willensbeugung beim Arbeiter hervorruft, wohl aber

der Geistliche bei seinen Zuhörern durch seine Predigten, das ist ein einfacher Non sens. Wir hoffen, daß die eckh-lothringischen Zentrumswähler bei den neuen Freiwahlen dem Oberlandesgericht eine treffende Antwort auf seine Urteile geben werden. Das Reichstagszentrum aber wird einmal bald nach dem Rechten sehen.“

Die Logik der jungferlichen „Germania“ ist, da sie an pathologischem Schwachsinn leidet, wie gewöhnlich etwas schwach. Erstens sind die Medaleure der „radikalen, revolutionären und anarchisierenden Blätter“ keine aus Staatsmitteln bezahlte Amtspersonen, zweitens besitzen sie keine ihnen durch allerlei Gesetze garantierte Amtsanteriorität, und drittens sind sie nicht auf Kosten der Steuerzahler dazu bestellt, die religiöse Gefäßlosigkeit zu pflegen, sondern sie haben die Verpflichtung übernommen die irdischen Interessen bestimmter politischer Parteien oder sozialer Gruppen zu vertreten. Vielleicht vermag die „Germania“ diese Unterschiede nicht zu begreifen — aber Gehirndefekte haben in der Politik keinen Anspruch auf Verhöhnung.

Für ein Ausnahmegesetz zur Gewerkschaftsnebelung

legt sich die „Deutsche volkswirtschaftl. Korrespondenz“ eifrig ins Zeug. Sie rüffelt die Regierung in der heftigsten Weise ab, weil sie in der „Korb. Allgem. Bg.“ nicht etwa die Absicht der Regierung, die Gewerkschaftstätigkeit durch eine Beschränkung des sogenannten Arbeitswillensgesetzes zu unterbinden, bestritten, sondern nur jesuitisch in Abrede gestellt hatte, daß diese Gewerkschaftsnebelung auf dem Wege eines Ausnahmegesetzes, eines besonderen Luthausgesetzes erreicht werden solle. Aber schon dieser untaugliche Versuch einer Zeugnung höchstiger scharfmacherischer Tendenzen innerhalb der Regierung hat die Entrüstung der „Deutschen volkswirtschaftl. Korrespondenz“ hervorgerufen. Die Regierung, so belehrt sie Herrn v. Bethmann Hollweg, hätte vielmehr rundweg bekräftigen sollen, daß tatsächlich der sozialdemokratische Terrorismus unterdrückt werden solle. Hätte sich die Regierung bereit erklärt, den Arbeitswillensschutz mit allen Mitteln durchzuführen, so hätte diese Bekundung des „antiformalistischen Sammlungsgedankens“ bei der Wahl die denkbar günstigste Wirkung haben müssen:

„Ein Akt der Gesetzgebung, der Verhältnisse beseitigen würde, die dem Rechtsstaate Hohn sprechen, ist kein Ausnahmegesetz, sondern ein Gesetz, das die Ausnahmen von Gesetz und Recht, wie sie jetzt ungebändert und ungestraft herrschen, beseitigt und normale Zustände herbeiführt. Welchen Sinn kann es hiernach haben, wenn sich gerade jetzt der Reichskanzler und der Staatssekretär des Innern darauf berufen, daß sie Vorschläge zu Ausnahmegesetzen nicht machen, daß ein Ausnahmegesetz nicht beabsichtigt sei? Von einem Ausnahmegesetz spricht, wie schon gesagt, nur die Sozialdemokratie. Sie verleiht darunter jede gelegentliche Maßnahme zur Bekämpfung ihres Terrorismus. Mit dem Namen Ausnahmegesetz will sie solche Maßnahmen diskreditieren. Wenn nun der Reichskanzler und der Staatssekretär des Innern beteuern, daß sie ein Ausnahmegesetz nicht wollen, so hat einzig und allein die Sozialdemokratie Anlaß, das mit Behagen und Genugtuung zu begrüßen. Mit Dank werden außerdem noch für die Versicherungen der Herren v. Bethmann Hollweg und Delbrück die bürgerlichen Gönner und Handlanger der Notizen quittieren.“

Wir verstehen nicht recht die Entrüstung des Scharfmacherorgans. Denn in Wirklichkeit war doch der ungeschickte Dementierungversuch der Regierung nichts anderes als eine Bestätigung der sozialdemokratischen Warnung. Und alles, was an Scharfmachern gegen die Sozialdemokratie zu sammeln war, ist ja auch in der Tat gesammelt worden: Konservativ, Reichsparteier, Zentrum und der großindustrielle Flügel der Nationalliberalen. Das offene Bekenntnis der Regierung zu einer ausnahmsweisen Nebelung der Gewerkschaftsbewegung würde also an dem Ausgang der Wahlen nicht das geringste geändert, höchstens noch Tausende von Zentrumarbeitern in das Lager der Sozialdemokratie getrieben haben. Immerhin können wir ja dankend dafür quittieren, wenn die Scharfmacherpresse ihre Absicht der brutalsten Niederbittlung der Arbeiterklasse so unverblümt verkündet wie die „Deutsche volkswirtschaftl. Korrespondenz“, deren Wuterguß von der „Deutschen Tageszeitung“ natürlich mit Wärme abgedruckt wird.

Das Wachstum des Luftmilitarismus.

Nach einer Meldung der „Kreuz-Zeitung“ hat das Kriegsministerium soeben verfügt, daß rund 60 Offiziere den verschiedenen Flugzeugfabriken zugeteilt werden, um auf deren Flugplätzen das erste Pilotenzeugnis zu erwerben.

Wenn man bedenkt, daß die Aviation sich immerhin erst noch in ihren technischen Anfängen befindet, und sich deshalb die Militärstaaten einstweilen noch eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, so wird man sich schon eine Vorstellung davon machen können, welche Mittel erst für den Luftmilitarismus ausgeworfen werden dürften, sobald es einmal gelungen ist, die Flugmaschine wirklich zu einem sicheren und bei jeder nicht allzu stürmischen Witterung verwendbaren Luftfahrzeug zu entwickeln. Daß aber in absehbarer Zeit unsere moderne Technik auch dies Problem lösen wird, ist mehr als wahrscheinlich. Dann aber werden sich alle Militärstaaten zweifellos riesige Luftgeschwader zulegen, so daß auch die ausweichendsten politischen Phantasien von dem hereinbrechenden Luftkrieg Wahrheit werden dürften. Die militärische Steueräraube, die ohnehin schon den Nationen das Mark anspriht, wird dann noch fürchterlicher empfunden werden!

Ein Denunziationsüchen der „Germania“.

Das führende Organ der für „Freiheit und Recht“ kämpfenden Zentrumspartei hält es für besonders angebracht, die Laßache festzustellen, daß ein nationalliberaler Kandidat, Dr. Rosenfeld, der seines Reichens Staatsanwalt ist, die sozialdemokratischen Stichwahlbedingungen anerkannt hat. Man dürfe, so probiziert die „Germania“, darauf gespannt sein, was der Justizminister zu diesem Verhalten des nationalliberalen Staatsanwalts sagen werde! Auch die „Köln-Volkstz.“ bringt eine ähnliche Denunziationsnotiz.

Die Zentrumspresse verlumpet immer mehr. Sie betrachtet also jetzt bereits einen Staatsbeamten reif zur Abregung, der nichts anderes verbrochen hat, als an Bedingungen einzugehen, die sich vollständig im Rahmen liberaler Anschauungen und Forderungen bewegen! Sie sollte denn doch gleich nach ein Stück weiter gehen und einfach verlangen, daß jeder Beamte flieht, der sich nicht bedingungslos auf die Forderungen des schwarzblauen Schnapblockes festlegt!

Diätengesetz für Elsaß-Lothringen.

Der Zweite eckh-lothringischen Kammer ist der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Entschädigung der Mitglieder des Landtages, zugegangen. Die Abgeordneten der Ersten Kammer erhalten für jeden Abend der Anwesenheit in einer Plenar- oder Kommissions Sitzung eine Entschädigung von 20 M., für Reisen nach Strassburg zum Landtag oder im Interesse des Landtages Vergütung der Reisekosten mit 14 M. Tagesgeld, 6 M. Uebernachtsgeld und mit Zuschüssen analog der Bekämpfung für die Dienstreisen der Beamten. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer erhalten für

Die Dauer einer ordentlichen Sitzungsperiode die Gesamtsomme von 2000 M., zahlbar in drei Beträgen mit dem Rest am Schlusse. Für Reisen von und zum Landtage wird dieselbe Entschädigung wie den Mitgliedern der Ersten Kammer gezahlt. Für jeden Tag, an dem ein Abgeordneter der Zweiten Kammer einer Plenarsitzung fernbleibt, werden 15 M. in Abzug gebracht. Die Präsidenten werden erhalten 3000 M. Repräsentationsgelder. Für Abgeordnete, die Mitglied des Reichstages sind, wurden entsprechende Abänderungen getroffen.

Die Bestimmungen entsprechen im großen und ganzen denen des Reichstages. Auch die entscheidenden Abzüge und Restzahlungen sind da. Neu ist aber, daß auch die Erste Kammer Diäten erhält, was wohl auf ihre nicht auf Junker und Hoffkranzen beschränkte Zusammensetzung zurückzuführen ist.

Wahlungültigkeitserklärung in Elsaß-Lothringen.

Der Erste Senat des Oberlandesgerichts hat die Wahl des in Hünningen-Sierenz gewählten Zentrumsabgeordneten vom wegen Wahlbeeinträchtigung durch Geistliche und einer Reihe formeller Verstöße für ungültig erklärt. Damit sind die 17 Wahlkreisprüfungen gegen die elsass-lothringischen Landtagswahlen erledigt.

Aus dem preussischen Landtage.

Zur weiteren Ausschließung des staatlichen Vergessens an Steinfeldern im Oberbergamtsbezirk Dortmund fordert die preussische Regierung in einem dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzentwurf außer den ihr im Jahr 1908 bewilligten 55 Millionen Mark nachträglich 16 195 000 M., da die 55 Millionen Mark nicht ausreichen, weil einmal Löhne und Materialien in der Zwischenzeit im Preise erheblich gestiegen sind und zweitens, weil sich die Notwendigkeit herausgestellt hat, für 18 obere und 22 mittlere Werksbeamte Wohnungen zu bauen. In demselben Entwurf werden weitere 3 205 000 M. zum Ankauf von Aktien der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln und der mit ihr verbundenen Mannheimer Dampfschiffahrtsgesellschaft in Mannheim gefordert. Diese Forderung wird damit begründet, daß es notwendig sei, eine zum Transport der Kohlen geeignete Schiffahrtsgesellschaft auf dem Rhein als Bindeglied zwischen dem staatlichen Kohlenlagerplatz in Rheinau und dem südlichen Hafen in Rotterdam zu schaffen. Auf diese Weise sollen die nach Süddeutschland abzuführenden Kohlen nicht mehr ab Bergwerk, sondern ab Oberrhein verladen werden. Zur Erreichung dieses Ziels hat die Regierung einen mehrjährigen Frachtvertrag mit den Gesellschaften abgeschlossen; sie will aber weiter gehen und Hauptaktionär derselben werden, um von ihnen dauernd angemessene und gleichmäßige Frachttarife zu erlangen, was für die Preisfestsetzung bei der vertraglichen Kohlenlieferung nach Süddeutschland von großer Bedeutung ist. Ferner verspricht sich die Regierung von dem Ankauf der Aktien eine Gegenwirkung gegen die Bestrebungen, die Frachtschiffahrt auf dem Rhein in verhältnismäßig wenigen privaten Händen zu vereinigen und hierdurch den Frachtenmarkt bestimmend zu beeinflussen.

Frankreich.

Der Marokkovertrag.

Paris, 25. Januar. Die Senatskommission zur Beratung des deutsch-französischen Marokko-Abkommens hat das Abkommen mit fünfzehn gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen.

Gärung unter den Postbeamten.

Paris, 25. Januar. Unter den Postangestellten macht sich neuerdings eine sehr bedenkliche Gärung bemerkbar, weil die Postverwaltung den Generalsekretär des Verbandes, Bordère, wegen einer Rede und eines von ihm verfaßten Pamphlets entlassen will. Bordère wird am nächsten Sonnabend vor dem Disziplinartrat erscheinen, der über den von der Postverwaltung gestellten Entlassungsantrag entscheiden wird. Der Syndikatsausschuß hat für Sonntag eine Generalversammlung einberufen, um über die zu ergreifenden Schritte Beschluß zu fassen.

Portugal.

Ministerkrise.

Lissabon, 25. Januar. Präsident de Arriaga hat die Demission des Kolonialministers angenommen und der Justizminister hat vorübergehend die Geschäfte des Kolonialministeriums übernommen. Der Rücktritt des Kolonialministers ist auf Meinungsverschiedenheiten zurückzuführen, die im Ministerrat zwischen dem bisherigen Kolonialminister und seinen Kollegen wegen gewisser Klauseln des Gesetzentwurfs bezüglich der Verpachtung transafrikanischer Bahnen entstanden waren.

Streiknarrhen.

Lissabon, 25. Januar. In Evora ist es zu einem Zusammenstoß zwischen ausländischen Landarbeitern und der republikanischen Garde gekommen, wobei mehrere Personen verletzt und eine getötet wurden. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Spanien.

Bertuschungsversuche.

Madrid, 24. Januar. In der Deputiertenkammer stellte Ministerpräsident Canalejas die jüngsten Gerüchte über eine Kabinettskrise formell in Abrede. Das Kabinett sei niemals des königlichen Vertrauens oder der Unterstützung der Kammer bereubt gewesen, und es herrsche volle Uebereinstimmung zwischen allen Kabinettsmitgliedern. Auch Maura erklärte die Gerüchte, die ihm bei der angeblichen Krise eine Rolle spielen, für falsch. Damit war die Angelegenheit in der Kammer erledigt.

Belgien.

Ein Zwischenfall in der Kammer.

Brüssel, 25. Januar. Der Leutnant de Sepine, den der Abgeordnete Vandewelde kürzlich bei seiner Interpellation über die Rüststände im Kongo genannt hatte, drang heute in die Kammer ein, um Vandewelde tätlich anzugreifen. Der Deputierte gab jedoch dem Leutnant, ehe er zuschlagen konnte, einen Faustschlag, worauf Sepine unter Drohungen die Kammer verließ.

Stichwahlergebnisse.

Königreich Preußen.

Westpreußen.

Marienburg-Pilg. v. Oldenburg (Konf.) 10 600, Schröder (Rp.) 8189, Crispin (Soz.) 8133, gesplittert 15. Stichwahl: Gewählt: Schröder (Rp.). Bisher: v. Oldenburg (Konf.).
Schw. v. Soh-Jamorski (Pole) 8487, v. Salem (Rp.) 8307, Grugo (Soz.) 161, gesplittert 21. Stichwahl: Gewählt: v. Salem (Rp.). Bisher: v. Soh-Jamorski (Pole).

Brandenburg.

Potsdam-Osthavelland. Dr. Liebnicht (Soz.) 21 505, Vosberg (Rp.) 12 038, Kennes (Sp.) 11 003, Graf v. Oppersdorff (Z.) 712, Chociszewski (Pole) 54, gesplittert 7. Stichwahl: Dr. Liebnicht (Soz.) 22 751. Vosberg (Rp.) 18 243. Bisher: Pauli (Konf.).
Landberg-Selbin. Volkshilfe (Konf.) 12 483, Pachel (Soz.) 9037, Lehmann (Nat.) 5925, gesplittert 3. Stichwahl: Volkshilfe (Konf.). Bisher: Volkshilfe (Konf.).
Guben-Lübben. Prinz Schönau-Carolath (Nat.) 9004, Kofke (Soz.) 7549, Schneider (Konf.) 4538, gesplittert 2. Stichwahl: Gewählt: Prinz Schönau-Carolath (Nat.). Bisher: Prinz Schönau-Carolath (Nat.).
Calau-Ludau. Wels (Soz.) 11 757, Henning (Konf.) 10 689, Kottwig (Nat.) 9854, Chociszewski (Pole) 722, gesplittert 7. Stichwahl: Wels (Soz.) 15 600. Henning (Konf.) 14 700. Gewählt: Wels (Soz.). Bisher: Henning (Konf.).
Järlow-Großen. Dr. Wiembek (Rp.) 9215, Brudhoff (Sp.) 5783, Grauer (Soz.) 5311, gesplittert 18. Stichwahl: Dr. Wiembek (Rp.) 10 256. Brudhoff (Sp.) 11 364. Gewählt: Brudhoff (Sp.). Bisher: Schlüter (Rp.).
Serau-Ferk. Bahn (Nat.) 12 705, Schumann (Soz.) 12 555, v. Oppersdorff (Z.) 127, gesplittert 5. Stichwahl: Bahn (Nat.) 12 559. Schumann (Soz.) 13 300. Gewählt: Schumann (Soz.). Bisher: Bahn (Nat.).
Frankfurt a. O.-Lebus. Dr. Wehl (Soz.) 14 906, Volpert (Nat.) 9428, Dunkel (Konf.) 7695, gesplittert 32. Stichwahl: Dr. Wehl (Soz.) 16 255. Volpert (Nat.) 16 355. Gewählt: Volpert (Nat.). Bisher: Haber (Soz.).

Provinz Sachsen.

Cuerfurt-Merseburg. Vollenber (Soz.) 11 128, Koch (Sp.) 10 776, Kiele (Konf.) 8653, gesplittert 6. Stichwahl: Vollenber (Soz.) 12 342. Koch (Sp.) 15 357. Gewählt: Koch (Sp.). Bisher: Windler (Konf.).
Schweinitz-Wittenberg. Leitze (Konf.) 9206, Dobe (Sp.) 6268, Hilbrandt (Soz.) 5791, gesplittert 2. Stichwahl: Leitze (Konf.) 9586. Dobe (Sp.) 12 226. Gewählt: Dobe (Sp.). Bisher: Dobe (Sp.).
Salzwedel-Gardelegen. v. Kröcher (Konf.) 12 073, Dr. Böhm (b. L. B.) 10 271, Koch (Soz.) 2407, gesplittert 21. Gewählt: Dr. Böhm. Bisher: v. Kröcher (Konf.).
Lieberwerda-Torgau. Fehr, v. Strombeck (Rp.) 5297, Dr. Ortman (Nat.) 5569, Meßler (Wirtsch. Bg.) 3303, Kengel (Soz.) 8941, gesplittert 7. Gewählt: Ortman (Nat.). Bisher: Wilde (Nat.).
Sangerhausen-Gartberg. Wamhoff (Nat.) 8187, Widlein (Soz.) 7991, Dr. Eckert (Konf.) 6483, gesplittert 5. Gewählt: Wamhoff (Nat.). Bisher: Scherre (Rp.).
Nordhausen. Dr. Gohn (Soz.) 7462, Dr. Wiemer (Sp.) 5208, Holz (Wirtsch. Bg.) 3811, gesplittert 3. Gewählt: Dr. Gohn (Soz.). Bisher: Dr. Wiemer (Sp.).

Schlesien.

Grünberg-Frensdorf. Davidsohn (Soz.) 8534, Beuchelt (Konf.) 6350, Bohl (Sp.) 5406, Thomas (Z.) 1272, Hoef (Bauernb.) 650, gesplittert 12. Stichwahl: Davidsohn (Soz.) 11 534. Beuchelt (Konf.) 10 945. Gewählt: Davidsohn (Soz.). Bisher: Beuchelt (Konf.).
Striegau-Schweidnitz. Feldmann (Soz.) 9791, Fehr, v. Richtigshofen (Konf.) 8457, Theising (Sp.) 7172, Raier (Konf.) 925. Stichwahl: Feldmann (Soz.) 13 111. v. Richtigshofen (Konf.) 12 643. Gewählt: Feldmann (Soz.). Bisher: v. Richtigshofen (Konf.).
Olesau. v. Jordan (Konf.) 6878, v. Liszt (Sp.) 4671, Zintme (Soz.) 2798, gesplittert 1. Stichwahl: v. Jordan (Konf.) 6403. v. Liszt (Sp.) 7381. Gewählt: v. Liszt (Sp.). Bisher: Hoffmeister (Sp.).
Saldau-Virchow. Dr. Ablah (Sp.) 9501, Schiller (Soz.) 5187, Rahm (Konf.) 2788, Senkel (Z.) 650, gesplittert 19. Stichwahl: Dr. Ablah (Sp.) 10 719. Schiller (Soz.) 9299. Gewählt: Dr. Ablah (Sp.). Bisher: Dr. Ablah (Sp.).
Oppeln. Brandys (Pole) 9258, Sonnen (Z.) 8715, Rieckowatz (Soz.) 2285, Seffermann (Nat.) 1835, gesplittert 30. Gewählt: Brandys (Pole). Bisher: Brandys (Pole).
Liegnitz-Gönnau. Dietrich (Soz.) 10 678, Fischbeck (Sp.) 10 479, Conradt (Konf.) 7767, gesplittert 3. Gewählt: Fischbeck (Sp.). Bisher: Fischbeck (Sp.).
Lüben-Bunzlau. Doormann (Rp.) 6641, Aus dem Winkel (Konf.) 6158, Scheß (Soz.) 5681. Stichwahl: Gewählt: Doormann (Rp.). Bisher: Doormann (Rp.).

Posen.

Artojschin. v. Chlapowski (Pole) 5141, Gampel (Konf.) 3573, v. Lipold (Pole Konf.) 3380, Auerbach (Soz.) 100, gesplittert 4. Gewählt: v. Chlapowski (Pole). Bisher: Teginski (Pole).

Rheinprovinz.

Elberfeld-Barmen. Ebert (Soz.) 33 644, Ling (Hosp. d. Rp.) 10 763, Dr. Nymann (Nat.) 11 543, Rau (Z.) 6046, gesplittert 4. Stichwahl: Ebert (Soz.) 35 969. Ling (Rp.) 33 233. Ungültig 784. Gewählt: Ebert (Soz.). Bisher: Ling (Rp.).
Lenney-Nemtschid. Dittmann (Soz.) 27 120, Eichhoff (Sp.) 15 092, Strömman (Wirtsch. Bg.) 14 788, Chociszewski (Pole) 153, gesplittert 20. Stichwahl: Dittmann (Soz.) 28 508. Eichhoff (Sp.) 25 776. Gewählt: Dittmann (Soz.). Bisher: Eichhoff (Sp.).

Düsseldorf. Haberland (Soz.) 36 759, Dr. Schmitz (Z.) 31 544, Achren (Nat.) 11 478, Tschaff (Wirtsch. Bg.) 2332, Dr. Freilich (Dem. Bg.) 1978, Chociszewski (Pole) 507, gesplittert 9. Stichwahl: Haberland (Soz.) 42 643. Dr. Schmitz (Z.) 42 277. Gewählt: Haberland (Soz.). Bisher: Haberland (Soz.).
Essen. Wiesberts (Z.) 42 832, Gewehr (Soz.) 40 503, Steinede (Nat.) 25 937, Chociszewski (Pole) 2744, Kandel (Wirtsch. Bg.) 578, gesplittert 16. Stichwahl: Wiesberts (Z.) 57 835. Gewehr (Soz.) 52 979. Gewählt: Wiesberts (Z.). Bisher: Wiesberts (Z.).
Mülheim a. M.-Duisburg. Hengsbach (Soz.) 34 187, Dr. Wötger (Nat.) 33 934, Klost (Z.) 31 559, Chociszewski (Pole) 7270, Fr. Schmidt (Sp.) 2231, Dr. v. Heydebrand u. d. Lafe 1546, gesplittert 6. Stichwahl: Hengsbach (Soz.) 43 813. Wötger (Nat.) 63 633. Gewählt: Wötger (Nat.). Bisher: Hengsbach (Soz.).
Münster. Dr. Vell (Z.) 17 283, Dr. Rosenfeld (Nat.) 9180, Webers (Soz.) 5335, Pauli (Konf.) 3457, Lic. Hein (Christl. Soz.) 1288, Dr. Albrecht (Sp.) 1165, Chociszewski (Pole) 320, gesplittert 13. Stichwahl: Gewählt: Dr. Vell (Z.). Bisher: Frißen (Z.).

Westfalen.

Bodum-Gelsenkirchen. Hue (Soz.) 53 323, Beckmann (Nat.) 43 257, Westamp (Z.) 37 650, Chociszewski (Pole) 10 630, gesplittert 19. Stichwahl: Hue (Soz.) 65 955. Beckmann (Nat.) 73 807. Gewählt: Beckmann (Nat.). Bisher: Hue (Soz.).
Altena-Iserlohn. Spiegel (Soz.) 17 703, Müller (Sp.) 13 490, Brünemann (Wirtsch. Bg.) 10 963, Witt (Demokr. Bg.) 1772, gesplittert 30. Stichwahl: Spiegel (Soz.) 20 848. Müller (Sp.) 18 276. Gewählt: Spiegel (Soz.). Bisher: Müller (Sp.).
Dortmund. Dr. Erdmann (Soz.) 48 838, Widhoff (Z.) 25 708, Dr. Leidig (Nat.) 25 285, Chociszewski (Pole) 6878, Dr. Fischhoff (Wirtsch. Bg.) 1570, Braun (Demokr. Bg.) 717, gesplittert 20. Stichwahl: Dr. Erdmann (Soz.) 54 000. Widhoff (Z.) 43 000. Gewählt: Erdmann (Soz.). Bisher: Bömelburg (Soz.).

Provinz Hannover.

Osnabrück. Veran (Z.) 14 416, Stöbe (Nat.) 12 772, Vesper (Soz.) 8017, Graf v. Dornbroeck (Sp.) 1304, Niehaus (Konf.) 933, Freiberg v. Schelle (Welfe) 771, gesplittert 6. Stichwahl: Gewählt: Stöbe (Nat.). Bisher: Dr. Ritter (Z.).

Der Krieg.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Tripolis, 25. Januar. (Nachricht der Agenzia Stefani.) In der Nacht zum 24. d. M. entstand ein kleiner Alarm, weil einige Häuser einer Familie in der südlichen Gasse von Tripolis überfallen und zwei Eingeborene verwundet hatten. Gestern griff eine arabische Kavalleriepatrouille einen italienischen Beobachtungsposten vor Gargareh an; wurde aber sofort zurückgeschlagen. Die Verteidigungswerke in Gargareh sind nunmehr vollendet.

Nachrichten aus Hom s berichten, daß die Türken am 22. und 23. d. M. einige Kanonenschiffe gegen die italienischen Stellungen abgaben, die jedoch keinen Schaden anrichteten.

Wie aus Benghasi gemeldet wird, fanden dort vorgestern einige Wappstengengefächte statt, in denen die Araber und Türken geschlagen wurden. Sie hatten 150 Tote und Verwundete. Die Italiener hatten keine Verluste.

Die Revolution in China.

Juanfiskai will Peking verlassen.

London, den 25. Januar. Nach einer Depesche aus Tientsin bestätigen geheime Meldungen die Gerüchte, nach welchen Juanfiskai beabsichtigt, Peking bei der ersten sich bietenden Gelegenheit zu verlassen und in der kritischen Konzeption von Tientsin Wohnung zu nehmen. Die Mandchus fahren fort, sich den Absichten Juanfiskais zu widersetzen. Dieser soll seinen alten Truppen Befehl erteilt haben, sich unverzüglich nach der Hauptstadt zu begeben, um etwaigen Ereignissen die Stirne bieten zu können. Man meldet aus Peking, daß sich nur 2000 Soldaten gegenwärtig in der Hauptstadt befinden und daß, wenn ein Angriff auf die Europäer und die Amerikaner ausgeführt würden, eine Garantie für das Leben und Eigentum der letzteren nicht gewährleistet werden kann.

Die Mandchu-Dynastie wünscht japanische Hilfe.

Peking, 25. Januar. Im Laufe einer geheimen Sitzung haben mehrere Prinzen und der Regent die Kaiserinmutter gebeten, die Hilfe Japans anzurufen, um die Revolution wirksam zu unterdrücken. Die Kaiserin steht diesem Vorschlag günstig gegenüber und beauftragt die Prinzen, sich mit den Vorbedingungen zu beschäftigen. Mitglieder des Kabinetts stehen jedoch dieser Mitteilung feindselig gegenüber und geben ihre Absicht kund, zu demissionieren. Ferner wird berichtet, daß von Beginn der revolutionären Bewegung an die Japaner den Mandchus ihre Unterstützung angeboten haben.

Wenterei kaiserlicher Truppen.

Peking, 24. Januar. Nach einem chinesischen Bericht haben 1000 Mann kaiserliche Truppen in Shanghangsu, nordwestlich von Honsan, gemuntert. Die Vorsichtsmaßregeln zur Sicherheit Juanschkais werden weniger streng gehandhabt. Die Aufregung läßt nach, da die Gerüchte, daß Japan die Mandchus unterstützen werde, weniger Glauben finden.

Aus der Partei.

Zu den bayerischen Landtagswahlen. Im A. Rürnberger Landtagswahlkreise ist die Kandidatur frei geworden, nachdem der bisherige Abgeordnete Genosse in Augsburg aufgestellt ist. Eine Parteiverammlung, die am Mittwoch in Rürnberg stattfand, beschloß in geheimer Abstimmung, den Genossen Schneydenhorst in Rürnberg als Kandidaten zu nominieren.

Der Tätigkeitsbericht des deutschen sozialdemokratischen Klubs im österreichischen Abgeordnetenhaus über die letzte Sommer- und Herbsttagung ist jedoch erschienen. Die bürgerlichen Abgeordneten halten es nicht für nötig, ihre Wähler über ihre Tätigkeit aufzuklären.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Fleischer im Jahre 1911.

In der am Dienstag abgehaltenen Generalversammlung des Zentralverbandes der Fleischer erstattete der Ortsvorsitzende **Bergmann** den Jahresbericht für 1911. Er bezeichnete das Jahr als ein für die Organisation in jeder Hinsicht günstiges. Es ist nicht nur die Organisation erstarkt, sondern es war ihr auch möglich, mit Erfolg für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu wirken. Die jahrelange, mühselige Agitations- und Organisationsarbeit beginnt jetzt Früchte zu tragen. Die Mitgliederzahl, die sich am Schlusse des Vorjahres auf 876 belief, ist bis zum Schlusse des Jahres 1911 auf 1372 gestiegen. Leider ist die Fluktuation immer noch recht erheblich. Von den im Laufe des Jahres neu Eingetretene sind nur ein Drittel dem Verbands treu geblieben. Hier muß also die Agitationsarbeit noch kräftig betrieben werden. Entsprechend der gesteigerten Mitgliederzahl sind auch die Einnahmen gestiegen. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken steigerte sich von 26 500 auf 45 889. Die meisten Mitglieder haben ihre Beiträge voll bezahlt. Die Gesamteinnahmen sind von 7808 M. im Jahre 1910 auf 15 654 M. im Jahre 1911 gestiegen. Der Kassenbestand hob sich von 1128 M. auf 1658 M. An Unterstützungen wurden im ganzen 4810 M. ausgegeben. — Der Erfolg der Organisationsarbeit zeigte sich unter anderem auch darin, daß 120 in Arbeit stehende Kollegen den 1. Mai durch Arbeiterruhe feierten. Ein Resultat, wie es dordem noch nie bezeichnet werden konnte. — Mehrere Streiks in einzelnen Geschäften konnten teils mit vollem, teils mit geringem Erfolge durchgeführt werden. Der Arbeitsnachweis des Verbandes besetzte 482 Stelle und eine größere Zahl Ausfühlfstellen. Im Laufe des Jahres wurden mit 22 Arbeitgebern, bei denen 300 Kollegen beschäftigt sind, Tarifverträge abgeschlossen. Die Anerkennung des Arbeitsnachweises findet beim Abschluß der Verträge fast immer den lebhaftesten Widerstand der Arbeitgeber. — Das Vereinsleben war sehr reger und der Besuch der Versammlungen im allgemeinen gut. — Die Sektion der Engroschlächter hat nicht die wünschenswerte Entwicklung genommen. Die Engroschlächter sind schwer für die Organisation zu haben. Die Verbesserungen, welche der Verband auf dem Schlachthofe durchgesetzt hat, sind den Engroschlächtern sehr willkommen gewesen, aber von einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit wollen sie nichts wissen, obgleich sie eine längere Arbeitszeit haben, wie irgendeine andere Arbeiterschicht. — Die Sektion der Darmarbeiter macht gute Fortschritte. — Alles in allem kann der Vorstand mit Befriedigung auf das abgelaufene Jahr zurückblicken. Der Bericht wurde ohne Debatte entgegengenommen. — Hierauf wurde die Wahl der Ortsverwaltung vorgenommen.

Im weiteren Verlauf der Versammlung gedachte **Bergmann** einer Andacht, die kürzlich durch die bürgerliche Presse ging. Danach hat die Feier des 600jährigen Bestehens der Innung mit einem Defizit von 1100 M. abgeschlossen. Seitens des Innungsvorstandes wird zwar das Vorhandensein eines Defizits bestritten; aber einer Verächtigung gegenüber hat das Blatt, welches die Nachricht brachte, die Richtigkeit seiner Meldung aufrechterhalten. Es soll vorgekommen sein, daß Innungsmitglieder nur diejenigen Billets abgerechnet haben, deren Inhaber das Fest besuchten, während sie die Beträge der Billets, deren Käufer keinen Gebrauch davon machten, nicht mit in Abrechnung stellten. — Ferner ging der Redner auf die Zustände in der kürzlich errichteten Innungskrankenkasse ein. Es sei alles eingetroffen, was man hinsichtlich der Veranlassung der Versicherten vorausgesetzt habe. Krankenhauspfllege werde in Fällen, wo der Arzt sie angeordnet habe, von der Kasse verweigert, in anderen Fällen eigenmächtig abzufürzen versucht, und in einem Falle sei es vorgekommen, daß die Kasse nur die Hälfte der entstandenen Krankenhauskosten bezahlte und sich wegen der anderen Hälfte vom Versicherten zurückziehen lasse. So habe die Innungskrankenkasse schon in der kurzen Zeit ihres Bestehens bewiesen, daß die Versicherten bei ihr wesentlich schlechter wegkommen wie in der Ortskrankenkasse.

Die Zigarrenarbeiterbewegung in Groß-Berlin.

Nach immer weigern sich eine Anzahl von Zigarrenfabrikanten ihre gezahlten niedrigen Löhne aufzubessern. Noch immer werden in Berlin Zigarren für 5 M. das Tausend eingekauft und zwar bei **Walden** in der Seefraße. Auch **Krummhauser**, **Neue Hochstr.** u. **Sowie** **Kirchhof** in der Fuhlfelder Str. 4. scheinen konsequent jeder Forderung, jeder Einigung aus dem Wege gehen zu wollen, sehr zum Schaden einer sich vorbereitenden Einigung der Branchenverhältnisse am Orte, sowie vermuthlich zu ihrem eigenen Schaden. Auch wäre es für Herrn **Sonnabend**, **Alexanderstraße**, nachgerade an der Zeit, seine Außenleiterstellung endlich aufzugeben. So hoch sind dort die Löhne wahrhaftig nicht, daß eine Aufbesserung derselben den Fabrikanten am Lebensnerv trafe. Denn schließlich ist ja auch sein Käuferpublikum in Arbeiterkreisen zu suchen. Dem sollte doch schon aus Klugheit Rechnung getragen werden.

Arbeiter, Parteigenossen, fragt bei Euren Zigarreneinkäufen nach den grünen Plakaten, unterschrieben **Alwin Schulze**. Beachtet die Veröffentlichungen im „Vorwärts“.

Der Vertrauensmann der Tabakarbeiter.

Deutsches Reich.

Freisinniges Schwindelmanöver gegen eine Gewerkschaft.

Das freisinnige „**Düssener Tageblatt**“ meldet, daß der Kassierer des Transportarbeiterverbandes für Leipzig, **Bernhard Liebnig**, nach Unterzeichnung von 300 M. Verbandsgeldern flüchtig geworden ist. Diese Meldung ist vollständig aus den Fingern gesogen. Die Filiale Leipzig des Transportarbeiterverbandes hat weder einen Angestellten, noch einen Kassierer oder Handkassierer, ja, nicht einmal ein Mitglied dieses Namens. Die Meldung, die sofort von der liberalen „**Wittauer Morgenzeitung**“ nachgedruckt wurde und nun wahrscheinlich die Kunde durch die bürgerliche Presse machen wird, ist also glatt erfunden.

Sattlerausperrung. In Stettin wurden bei der Firma **Stöber**, Automobilfabrik, 40 Sattler wegen Differenzen bei den Stellmachern ausgesperrt. Zugug ist streng fernzuhalten.

Ausperrung der Schuhmacher in Wermelskirchen.

Die Arbeiterinnen bei der Firma **Hersford** u. **Kattwinkel**, Schuhfabrik, hatten Lohnforderungen gestellt und, weil die Firma in keiner Weise entgegenkommen zeigte, hatten sie die Kündigung eingereicht. Der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten verlangte, ohne auf die angebotenen Unterhandlungen einzugehen, die bedingungslos die Kündigung der Arbeiterinnen. Das wurde von den Arbeitern und Arbeiterinnen abgelehnt, worauf dann die Aussperrung von annähernd 800 Arbeiterinnen erfolgte. Damit haben die Fabrikanten einen schweren wirtschaftlichen Kampf heraufbeschworen. Es wird ersucht, den Zugug streng fernzuhalten.

Ausland.

Intervention der Regierung im Kohlengräberstreik des Vorkinige.

Man meldet uns aus **Brüssel** unterm 24. d. M.: Gestern fand eine Beratung beim Ministerpräsidenten **Procureville** statt, an der der Arbeitsminister, die Arbeiterabgeordneten des Streikgebiets, ferner **Bandervelde** und **Denis**, sowie der Kammerpräsident **Cooreman** teilnahmen. Der Rabinetschef machte die Zusage, beim Präsidenten der Unternehmungsorganisation zu intervenieren, um eine Lösung herbeizuführen, im Fall des Scheiterns wären andere Maßnahmen zu ergreifen, um zu einem Resultat zu kommen. Der sozialistische Deputierte **Wepin**, der den Streikenden diese Eröffnungen machte, äußerte sich schließlich sehr optimistisch über den Ausgang des Streiks. Einige Establishments werden demnach, wenn der Streik fortbauert, schließen, da die ausländische Kohle für ihre Oefen unbrauchbar ist. Auch im Haushalt ist die Kohle rar — allen voran leiden natürlich die Arbeiter selbst unter dem Mangel.

Berantiv. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil berantiv. Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Gerichts-Zeitung.

Der Abschluß einer Liebestragödie.

Unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung hatte sich der 18-jährige Arbeiter **Richard Köster** vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten. Der Angeklagte unterhielt seit längerer Zeit mit der 17-jährigen Arbeiterin **Verta Proloff** aus der Gleimstraße ein Liebesverhältnis. Er trug sich schon seit längerer Zeit mit Selbstmordgedanken, weil er keine Lust zum Arbeiten hatte, trotzdem aber Geld zum amüsieren haben wollte. Am 22. September v. J. veranlaßte er die F. mit ihm einen Ausflug nach Tegel zu unternehmen. In der Nähe des Schloßparks erklärte er dem Mädchen, daß er keine Lust zum Leben mehr habe und er deshalb sterben wolle. Auf seine Frage, ob sie mit ihm sterben wolle, habe die F. nach seiner Behauptung eingewilligt. Vor Gericht behauptete das Mädchen jedoch, daß sie ihn weder aufgefordert, noch sich einverstanden erklärt habe. Nachdem der Angeklagte allen möglichen theatralischen Nymphy unternommen hatte, zog er einen Revolver hervor und gab auf die F. zwei Schüsse ab. Die eine Kugel drang in das rechte Auge der F., während die andere in dem Arm stecken blieb. Als das Mädchen blutüberflutet zu Boden sank, war es auch mit seinen selbstmörderischen Absichten vorbei. Er ließ das Mädchen liegen und lief nach Tegel, wo er sich der Polizei stellte. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig, behauptet aber, daß er die Schüsse auf das ausdrückliche und ernstliche Verlangen der F., die übrigens auf einem Auge erblindet und zeitweilig einseitig ist, abgegeben habe. — Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte ein recht frevelhaftes Spiel mit einem Menschenleben getrieben habe, erkannte die Strafkammer dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf zwei Jahre Gefängnis.

Ein tragischer Unglücksfall.

Der wieder einmal durch das unvorsichtige Umgehen mit Schusswaffen entstanden ist, beschäftigte heute unter Vorsitz des Landgerichtsrats **Vrieskorn** die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen fahrlässiger Tötung war der Buchhalter **Erich Ullrich** angeklagt. Der Angeklagte war mit dem Buchhalter **Gerade** zusammen in dem Bureau der Elektro-mechanischen Industrie-Gesellschaft m. b. H. angestellt. Eines Tages brachte der ebenfalls im Bureau angestellte **Schreiber Müller** mehrere ungeladene Revolver mit, von denen er einen für sich behielt, während ein anderer von **Gerade** gekauft wurde. Am nächsten Tage, dem 8. November v. J., erklärte **Gerade**, daß ihm der Revolver zu schwer sei und er lieber den von **Müller** erworbenen Revolver haben wolle, da dieser leichter sei. Der Angeklagte wurde nun aufgefordert, die beiden Waffen in der Hand auf ihr Gewicht abzuschätzen, wobei ihm **Müller** in höchst fahrlässiger Weise beistand, daß er seinen Revolver inzwischen geladen hatte. Während der Angeklagte mit den beiden Waffen herumhantierte, entlud sich plötzlich ein Schuß und der neben ihm stehende **Heine** drach tödlich getroffen zusammen. Die Kugel war ihm in den Unterleib gedrungen und hatte nach wenigen Stunden den Tod zur Folge. — Die Anklage erblickte eine Fahrlässigkeit des Angeklagten darin, daß er sich nicht vorher davon überzeugt habe, ob die Waffe geladen sei oder nicht. Vor Gericht beantragte der Staatsanwalt mit Rücksicht auf die schweren Folgen der Handlungswelt des Angeklagten ein Jahr Gefängnis. — Das Gericht erkannte auf nur einen Monat Gefängnis und beschloß auch, den Angeklagten der bedingten Begnadigung zu empfehlen.

Aus der Frauenbewegung.

Das Föllit der Staatsbeamtinnen.

Während bei dem öffentlichen Unterrichtsweisen Italiens das Vorurteil gegen die Anstellung verheirateter Frauen nie Fuß gefaßt hat, so daß sowohl an den Gemeindeschulen als an den vom Staat abhängigen Mittelschulen verheiratete Lehrerinnen angestellt sind, will die Telephonverwaltung absolut nichts davon wissen, ihren weiblichen Angestellten die Ehe zu gestatten. Eine Kommission, die sich mit Reformen im Telephonwesen beschäftigen sollte, hat sich ganz energisch gegen die Zulassung verheirateter Frauen ausgesprochen. Sie konstatiert mit Genugtuung, daß außer Frankreich kein einziges Land verheiratete Telephonistinnen anstellt. Soweit sich bisher verheiratete Frauen unter den Telephonistinnen befanden, stand ihnen von Gesetzeswegen das Recht zu, während der Schwangerschaft und Stillungsperiode in anderen Zweigen der Verwaltung beschäftigt zu werden. Gegen diese Bestimmung spricht sich die Kommission aus und schlägt vor, die Ehe nur dem telephonischen Hilfspersonal zu gestatten, damit dem Staate nicht aus der verminderten Verwendbarkeit der Schwangeren oder Säugenden unnütze Ausgaben () erwachsen.

Immer nobel, der Staat! Wenn erst in fünf oder zehn Jahren auch in Italien die Geburtenzahl zurückgehen wird, dann wird sich die Regierung natürlich zu einer ganz anderen Taktik bekennen. Einstweilen denkt sie nur an den Geldbeutel.

Kommunales.

Die Stadtverordnetenversammlung

Ich gestern zu Gericht über Polizeipräsident **v. Jagows** Herausforderung an die Bevölkerung Berlins. Die Stellungnahme der Stadtverordneten zu den beiden Schießverfügungen des Polizeipräsidenten, zu der zwei im Sommer und im Herbst eingebrachte Anträge der sozialdemokratischen Fraktion sie nötigten, hat nunmehr denjenigen Abschluß gefunden, der von dem Ehrgefühl einer etwas auf sich haltenden Gemeindevertretung als das mindeste erwartet werden mußte. Die Redheit, mit der Herr **v. Jagow** die Stadtverordneten belehren wollte, daß sie in die ganze Angelegenheit nicht hineinzureden hätten, hat schließlich auch die Freisinnigen aufgepeitscht. Nachdem sie so manchen Fuhtritt von „oben“ her in Demut hingenommen haben, hat endlich **Jagows** plumper Junkerstiesel sie ein bißchen zur Besinnung gebracht.

Die Abwehrrklärung, die der Ausschuss vorschlug, wurde vom Stadtverordneten **Cassel** und seiner Fraktion reichhaltlos unterfütigt. Was Herr **Cassel** darüber ausführte, erkannte auch **Genosse Stadthagen** als durchaus zutreffend an. Unser Redner rückte aber die Ueberhebung der Polizei und ihres Präsidenten noch in das rechte Licht in einer Schilderung der Polizeitaten, die in neuester Zeit die Bevölkerung Berlins in berechtigter Erregung versetzt haben. In anklagenden Ausführungen, die die schmuckvollen Uebergriffe von Polizisten, wie sie bei den „**Moabitern Unruhen**“ vorgekommen sind, mit schärfsten Worten geißelten, kam **Stadthagen** zu dem Schluß, daß es gelte, die Sicherheit Berlins sicher zu stellen vor der Polizei.

Ein Versuch des Oberbürgermeisters **Kirchner**, den Eindruck der Rede unseres Genossen abzuschwächen, fiel nicht sehr glücklich aus. Erfreulicherweise sprachen auch in der weiteren Debatte beinahe alle Redner sich für scharfe Zurückweisung der Jagowschen Ueberhebung aus. Nur in der Gruppe, die Herrn **Wommsen**, den unterlegenen Reichstagskandidaten der „**Fortschrittlichen Volkspartei**“ für **Berlin II**, zu ihrem Führer hat, hielt man es für passend, die Einmütigkeit zu stören. Herr **Wommsen** selber fehlte in der Sitzung. Stadtverordneter **Körte**, der diesmal seine Stelle vertrat, erklärte mit schöner Offenheit, daß für die Stellungnahme der

Verammlung ihm und seinen Freunden das Verständnis vollkommen abgeht. Nachdem zum Schluß **Genosse Stadthagen** noch einmal klargestellt hatte, welches die Wirkung der Schießverfügungen sein muß, wurde die Abwehrrklärung mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Die weitere Sitzung brachte noch manches Bemerkenswerte. Eine Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion, die sich auf die Unterstellungen bei der Steuerverwaltung bezog, wurde von unserem Genossen **Schneider** begründet mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit ausreichender Kontrollmaßregeln. Die Auskunft des Stadtrats **Sauke** befriedigte, so daß auf Besprechung verzichtet wurde.

Zur Kenntnisnahme hatte der Magistrat den Stadtverordneten mitgeteilt, daß er ihrem Erluchen, zur Reichstagswahl Wahlkarten zu versenden, nicht entsprechen könne. Ganz kurz vor den Wahlen erst hatte er diese Mitteilung gemacht, und erst zwei Wochen nach dem Tage der Hauptwahl wurde darüber verhandelt. **Genosse Fjannkuch** hob hervor, daß der Magistrat auf Vorrat auch für spätere Wahlen ablehnen zu sollen geglaubt hat, wozu er durchaus keinen Anlaß gehabt habe. Auch hier kam es zu keiner Diskussion.

Ein Antrag des Magistrats, für ein Schülerbootshaus Geldmittel zu bewilligen, wurde einem Ausschuss überwiesen. Stadtverordneter **Reimann** bemängelte, daß man den Charakter des dahinterstehenden Vereins gar nicht kenne. **Genosse Leid** wies darauf hin, daß schon die Tatsache der Aufsichtsführung durch das Provinzialschulkollegium genug sage. Auch er forderte namens der Fraktion Auskunft über manche Unklarheiten. Stadtschulrat **Michaellis** will im Ausschuss antworten.

Im „Vorwärts“-Haus

herrschte am Abend des dritten Stichwahltages, wie an den Abenden des Hauptwahltages und der beiden ersten Stichwahltage, ein lebhaftes Treiben. Wieder füllten Hunderte von Genossen den weiten Raum des vorderen Sofes und harrierten in froher Erwartung auf die Ankunft der Wahlergebnisse, um möglichst sofort Kenntnis davon zu erhalten und die Kunde neuer Siege in die Außenbezirke der Stadt hinauszutragen. So oft der Redaktion wieder ein Telegramm mit Wahlergebnissen zugeht, trat einer unserer Genossen an das geöffnete Fenster und verkündete vom vierten Stockwerk heraus mit lauter Stimme, was der Telegraph zu melden hatte. So mancher Jubelsturm brauste zu uns herauf und rührte an unser bewegtes Herz. Mit donnernden Hochrufen begrüßten unsere Genossen die neuen Siege der Sozialdemokratie, von denen wir ihnen Kunde geben durften. Auch Siege der „**Fortschrittlichen Volkspartei**“ und selbst der „**Nationalliberalen**“ lösten Beifall und Zurufe der Genugtuung aus, wenn der Unterlegene ein Schwarzblauer war. Mit kräftigen Buirufen aber wurden die Meldungen begleitet, die über Siege der Schwarzblauen berichteten. In stürmischen Kundgebungen kam es auch in der Zimmerstraße vor dem Hause des „**Localanzeigers**“, wo sich dicke Massen gesammelt hatten und jeden Sieg der Sozialdemokraten mit freudigen Hochrufen feierten. Gegen 11 Uhr, als der Sieg des 110. Sozialdemokraten gemeldet worden war, marschierten einige tausend Personen von der Zimmerstraße nach dem „**Vorwärts**“-Haus. Unter den Klängen der Arbeitermarseillaise zogen sie durch die Loreinfahrt in den Hof, der die Flut der Nachdrängenden nicht zu fassen vermochte. Ein donnerndes Hoch auf die Sozialdemokratie brauste herauf, ein tausendstimmiges Gelöbniß der **Treue**. Dann verliehen die Massen in Ruhe das Haus und zerstreuten sich rasch. Die auf der Straße bereit stehende Polizei bekam nichts zu tun.

Letzte Nachrichten.

Rücktritt Aehrenthals.

Wien, 25. Januar. (P. Z.) Graf **Aehrenthal** wird wahrscheinlich morgen, jedenfalls aber noch im Laufe dieser Woche sein Rücktrittsgesuch überreichen, welchem auch mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand stattgegeben werden wird. Wir erfahren hierzu von zuverlässiger Seite, daß der gemessene Handelsminister und langjährige Referent für auswärtige Angelegenheiten in der österreichischen Delegation, **Marquis de Vacquem**, mit seiner Vertretung betraut werden wird. **Marquis de Vacquem** wird wahrscheinlich auch der definitive Nachfolger des Grafen **Aehrenthal** sein.

Berschollenes Schiff.

Sambura, 25. Januar. (S. B.) Von dem zur Reederei **A. G.** von 1806 gehörigen Segelschiff „**Orla**“, welches am 16. Oktober von **Newcastle** nach **Coquimbo** in Chile mit einer Stückzahl von 22 Mann Besatzung abgegangen war, fehlt bis heute jede Nachricht. Das Schiff ist weder gesehen, noch von irgend einer Seite angesprochen worden. Die gewöhnliche Reisedauer zwischen **Newcastle** und **Coquimbo** beträgt 40 bis 50 Tage; das Schiff ist aber bereits seit 101 Tagen unterwegs. Die Besorgnis um das Schiff wird von Tag zu Tag größer.

Krieg im Frieden.

Rom, 25. Januar. (S. B.) Während der Versuche, die der Artilleriecaptain **Montemprelli** heute auf dem Militärflugfelde von **Signa del Valle** vornahm, um Bomben für Flugapparate zu prüfen, erfolgte eine Explosion, durch die der Offizier schwer verletzt wurde. Ihm wurde der rechte Arm teilweise abgerissen. Nach Anlegung eines Notverbandes brachte man den Verunglückten in das Spital. Man befürchtet, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Die „Väterchen“ Henkerknechte.

Gettine, 25. Januar. Ueber 100 politische Verurteilte, die in **Podgorica** inhaftiert sind, haben gemeutert. Sie beklagten sich über die schlechte Behandlung und daß man keine Kerker zu ihnen lassen will. Die meisten der Gefangenen waren an der Bombenaffäre von 1907 beteiligt.

Bandenwesen im Vilajet Kosovo.

Konstantinopel, 25. Januar. (P. Z. B.) In **Guzinje** und **Plava** sind schwere Unruhen ausgebrochen, so daß Militär dorthin geschickt werden mußte. In einem Dorfe bei **Isip** warf eine fünfzehn Mann starke Bulgarenbande drei Bomben, von denen eine platze; drei Einwohner des Dorfes wurden getötet, mehrere verwundet. Ein Genbarm wurde ermordet aufgefunden. In einem andern Dorfe bei **Isip** wurden durch sechs Bomben mehr als zwanzig Personen, darunter drei Soldaten, getötet.

Stadtverordneten-Verammlung.

8. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Januar 1912, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Mischelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es findet zunächst die Einführung und Verpfichtung des wiedergewählten Stadtv. Hoffmann (Soz.) statt.

Schießerlasse des Polizeipräsidenten.

Ueber die Ausschussberatung der Anträge Krons (Soz.) aus Juni und September 1911, betr. die Verfügung des Polizeipräsidenten vom 20. Juni wegen Erleichterung im Gebrauche der Schutzwaffe der Schutzmannschaft, und betr. die im Anschluß daran am 6. August verfügte Strafandrohung an jeden Schutzmann, der zu spät von der Schutzwaffe Gebrauch macht, berichtet Stadtv. Sprengis (A. L.).

Da die Ausübung der Polizei in Berlin die gesamte Stadtgemeinde und ihre Einwohner in höchstem Maße interessiert, so legt die Verammlung gegen die im Schreiben des Herrn Polizeipräsidenten an den Magistrat vom 24. November 1911 ausgedrückte Auffassung, daß sie, wenn sie sich mit der Ausübung der Polizei befaßt, die ihr im § 35 der Städteordnung gezogene Zuständigkeitsgrenze überschreitet, hiernächst nachdrücklich Verwahrung ein.

Die Stadtverordnetenversammlung behauptet, daß in der Verfügung des Herrn Polizeipräsidenten vom 6. August 1911 die Verstrafung jedes Schutzmannes, der zu spät von der Schutzwaffe Gebrauch mache, angedroht ist, weil dies einen unter Umständen nicht gebotenen, zu frühzeitigen Gebrauch von der Schutzwaffe mihverhältnißlich herbeiführen kann, zumal auch ohne eine solche Androhung die gebotene Abwehr gewalttätiger Angriffe, ausreichender Schutz der Bevölkerung vor Wissetaten, sowie der erforderliche Schutz der Beamten der Schutzmannschaft bei Ausübung ihres Amtes sich polizeilich erzielen lassen muß.

Die wünschenswerte Rinnrichtung der Bevölkerung in der Ausübung des schweren Amtes der Schutzmannschaft wird um so mehr stattfinden, je mehr die Ueberzeugung gerechtfertigt ist, daß nachdrücklich dafür gesorgt wird, daß Ausschreitungen und Uebergriffe bei den erforderlichen Repressivmaßnahmen vermieden werden.

Stadtv. Cassel (A. L.): Wir stimmen dem Ausschuhtrage zu. Die Rechtsanschauung des Polizeipräsidenten muß als rechtmäßig und rechtsmäßig auf nachdrücklichste zurückgewiesen werden. Die Gemeinden und Gemeindebehörden dürfen zum Gegenstande von Eingeboten alles machen, was die Pflege der gemeinlichen Verhältnisse betrifft, das ist wiederholt vom Oberverwaltungsgericht ausgesprochen worden; hätte der Polizeipräsident diese Entscheidungen berücksichtigt, so hätte er nicht dazu gelangen können, das Recht der Stadtgemeinde Berlin zur Kritik der Handhabung der Berliner Polizei anzutasten.

Es kommt hinzu, daß die Kosten für die Polizei zu einem großen, viele Millionen betragenden Teil von der Stadt aufgebracht werden. Die Strafandrohung für zu späte Anwendung der Schutzwaffe hält mir geradezu für verhängnisvoll. Nicht Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Schutzmannschaft bekämpfen wir; aber eine solche Verfügung muß dahin führen, daß die Schutzleute zu schnell von der Schutzwaffe Gebrauch machen. Wir bedauern daher diese Verfügung, deren Unwegsamkeit und Gefährlichkeit der Polizei aller Parteien sofort unmissverständlich betont hat. Die Auffassung, daß die Dreimilionsstadt Berlin nur durch schärfstes Eingreifen der Polizei vor dem Apokalyptikum bewahrt werden könne, weichen wir im Interesse des Ansehens der Berliner Bevölkerung entschieden zurück; auch in Berlin herrscht Gesetz und Recht, und die Bevölkerung im großen und ganzen ist friedfertig und Gewalttätigkeiten abgeneigt. Der Ton des Schreibens ist mit einem starken Hauch des beschränkten Untertanenverstandes imprägniert; es ruft uns zu: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Dazu können wir nicht schweigen! Wir hoffen, daß unsere Klagen, wenn nicht beim Polizeipräsidenten, so doch bei den vorgesetzten Behörden einen Widerhall finden. (Beifall.)

Stadtv. Stadthagen (Soz.):

Da alle Wesentliche und Notwendige in dem Ausschuhtrage enthalten ist, erscheinen Änderungsanträge überflüssig; auch ist nichts dafer an die Verammlung die Bitte.

Kleines feuilleton.

Verwinden die Saturnringe? Der französische Astronom Camille Flammarion hat sich einem Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ gegenüber zu den aufsehenswerten Beobachtungen, die in den letzten Wochen von verlässlichen astronomischen Observatorien an den Saturnringen gemacht worden, geäußert. „Saturn“, so sagte er, „ist immer ein launischer Planet gewesen. Er ist der leichteste der Planeten und fortwährend Veränderungen unterworfen. Die Rannen des Saturn würden, seitdem er der Astronomie bekannt ist, den Stoff zu einem eigenartigen Roman geben können. Ich erhielt von befreundeten Astronomen an den Observatorien von Sest und Kiel Meldungen über neue Entwicklungen in den Ringen. Nach meiner Ansicht ist nicht Erstaunliches darin, daß an den Ringen des Saturns Veränderungen vor sich gehen. Der Planet ist immer in Bewegung. Die Ringe werden nicht direkt in ihrer ganzen Oberflähe gesehen, sondern wir bekommen sie von der Erde immer nur schräg zu Gesicht, und der Winkel, unter dem wir sie sehen, ist in den letzten Jahrhunderten immer kleiner geworden. Ich habe die astronomischen Verichte, Beschreibungen, Beobachtungen und Zeichnungen in den letzten 260 Jahren und weiter zurück studiert und gefunden, daß der Saturn in den Jahren 1637, 1799, 1861 und 1882 vier verschiedene Größen seiner Ringe darbot. Vielleicht kommen wir jetzt nur zu einer neuen Phase dieser Entwicklung. Auf der Station von Sest wurde eine beträchtliche Verdunkelung der östlichen Vorderseite der Ringe beobachtet. Der Verdunkelungsprozess wurde um 11 Uhr 15 Min. nachts am 20. Dezember stärker, um Mitternacht war die Erscheinung nicht mehr sichtbar, aber dann wurde die westliche Seite des äußeren Ringes dunkel, und der innere Ring war kaum erkennbar. Am folgenden Tage war sein Umfang von deutlich zu unterscheiden. Dann kam die Nachricht, daß das Observatorium von Greenwich am 12. Januar eine schillernde flodige Absonderung am äußersten Ende der großen Ringe des Saturns beobachtete, und eine der Tentungen dafür war, daß dies die Vorbereitung für das völlige Verwinden oder die Auflösung dieses Ringes, wenn nicht vielleicht auch aller Ringe, wäre. Gegenwärtig läßt sich jedoch, bevor nicht vollständige gute Photographien erzielt sind, nichts Abschließendes über die neue Erscheinung sagen. — Bis nicht weitere Tatsachen ans Licht kommen, bin ich geneigt zu glauben, daß einfach der Winkel, unter dem wir den Planeten und seine Ringe sehen, merklich kleiner geworden ist, fobald sich um ein ganz neues Bild darbietet. Aber auch wenn die Ringe sich auflösen oder auf den Planeten fallen sollten, so ist es nicht wahrscheinlich, daß dies auch nur die leiseste Wirkung auf andere Planeten haben würde.“

Das Siegesdenkmal des Augustus. Ueber ein merkwürdiges Monument aus der Römerzeit teilt F. C. Formig in „La Nature“ folgendes mit: Auf einem, zu Savoyen gehörenden, 400 Meter hohen Felsen über der Bai von Monaco erheben sich, mitten im

diesem Antrag anzunehmen. Könnte es noch zweifelhaft sein, daß hier die Vertretung der Bürgerschaft und der Schutzleute gegen den Polizeipräsidenten auftreten muß, so ist der letzte Zweifel daran durch das Schreiben des Herrn von Jagow beseitigt. Ich unterschreibe alles, was der Vortrager darüber gesagt hat, und füge noch einige Gesichtspunkte hinzu. Herr v. Jagow meint, die Stadt habe kein Recht, sich um die Sicherheit und das Leben der Einwohner zu kümmern. Er vergißt, daß er und seine Leute bezahlte Beamte sind.

Durch sein Schreiben gibt der Polizeipräsident zu erkennen, wie wenig er mit dem Gedanken der Selbstverwaltung einverstanden ist; er steht auf dem Standpunkt des Kontrahenten, des Apokalypten. Wenn wir die indischen Verhältnisse mit den hiesigen vergleichen wollen, dann kann man vielleicht von einem Apokalypten der Schutzleute reden, aber nicht von einem Apokalypten der Bürgerschaft. (Zurufe.) Herr Kollege Ritter, Sie haben das Recht zu einer anderen Anschauung, aber Ihre Anschauung ist nicht zureichend. (Große Heiterkeit.) Ich darf an die Moabitier Vorgänge erinnern, wie sie gerichtlich festgestellt sind. Wenn die Schutzleute, Polizeifergeanten und Polizeioffiziere gegen das Publikum mit Ausbrüchen vorgegangen sind, wie „Gaut doch die alte Sau!“, „Schweinebunde!“, „Saubunde!“, „Räuberbunde!“, „Saubunde Hund!“, „Kaus, Ihr Hunde!“ (Unruhe), so ist das Apokalypten. Oder: „Hure, mach, daß Du rüber kommst, sonst kriegst Du was mit dem Säbel!“ usw., das ist auch Apokalypten. (Wachsende Unruhe.) Ich verstehe es, wenn bei Ihnen über solche Apokalypten der Schutzmannschaft Empörung ausbricht; Herr Ritter ist jetzt hoffentlich überzeugt. Eine weitere Reihe von Ausbrüchen, gebraucht von Polizeielementen gegenüber ehrbaren Bürgern und anständigen Frauen, ist zu schmerzhaft, um auch nur hier wiederholt zu werden. Und festgestellt worden ist auch die Tätigkeit

von mit Gummitappeln ausgerüsteten Lockspiegeln,

die die politische Polizei hindeckert hatte, die den Ruf: „Muthunde!“ ausstießen, und als sie von Schutzleuten verfolgt wurden, sich als „Kollegen“ auswiesen, worauf die Waffensichler nicht in allen Fällen hat dieses „Gesam“ geholfen; es hat auch Hilfe gefehlt, und ich würde mich, der da vorbeiging. (Heiterkeit.) Der anständige Teil der Schutzmannschaft muß sich ja dieser Frechlinge, dieser Hohlhingen schämen! Aber da kommt der Chef der Polizei und verlangt, man soll ihm dafür danken, daß solche Apokalypten nicht in der Bürgerschaft bestehen! Es wäre ja noch besser, wenn solche Komödien auch in der Bürgerschaft vorhanden wären! Der Polizeipräsident erklärt sich für „verantwortlich“ für Leben und Sicherheit der Bürger. Will er vielleicht die Verantwortung übernehmen für die Fälle von Unrat in den vorhin zitierten Ausbrüchen? Will er sie tragen für die Rohheiten, die wehrlosen Mädchen und schwächeren Frauen gegenüber vorgekommen sind? Will er die Verantwortung tragen für das Leben? Gut! Da war ein altes

Arbeiter Hermann,

der ohne jede Veranlassung von zwei Schutzleuten niedergeschlagen worden und an den Folgen dieser feigen Brutalität verstorben ist! Dann mag der Polizeipräsident zur Staatsanwaltschaft gehen und sich zum Nutzen bereit erklären. Nicht das die Verantwortung tragen für das Leben der Bürger, wenn man nicht einmal die Polizeibeamten unter Anklage stellen kann, welche diesen ehrbaren Bürger zum Tode gebracht haben! Ja, wäre es etwa Herr Stinnes gewesen, dann wären die betreffenden Schutzleute wohl längst hinter Schloß und Riegel. Und auch zurecht, will er ja doch die Verantwortung nicht tragen, denn die Klage der Frau Hermann wird ja abgewiesen! Was soll also diese Redensart?

Daß in der „Obdach“-Affäre der Polizei, wie Herr Cassel meint, ein besonderes Verdienst gebührt, ist eine Legende, der ich entgegenstehe muß. Die Sache wurde durch unseren Inspektor, durch die Droffgen in Gang gebracht, und dann allerdings, nachdem schon eine Deklamation von Leiden aufgeführt war, von der Polizei weiter verfolgt. Dafür schulden wir der Polizei nicht den geringsten Dank; es war bestenfalls einladige Pflichterfüllung. „Lepfer“ fordert allerdings der Sicherheitsdienst, das stimmt, aber er fordert Opfer vom Leben, von der Sicherheit, vom Eigentum der Bürgerschaft. Auch wer einem polizeilichen Verbrecher entgegentritt, tut ein gutes Werk, erwirbt sich ein Verdienst. Durch solche Verfügungen aber schützt man den eigentlichen Verbrecher; wer wird sich noch in Berlin als Zeuge anbieten, wenn man in solchen Fällen einfach mitangeht und vor Gericht geschleppt wird? (Zwischenruf des Stadtv. Hill-

mann.) Ich erinnere bloß an die Gerichtsverhandlung, die sich 1898 hier in Moabit abspielte, wo ich den Polizeipräsidenten v. Windheim als Zeugen habe laden lassen; was damals festgestellt wurde, reicht mehr als aus, um Herrn Stinnes zu überzeugen, daß ich nicht „übertreibe“.

Durch die Verfügung vom 6. August ist eine Verschärfung der bestehenden Vorschriften herbeigeführt, deren Gesehmäßigkeit mindestens sehr zweifelhaft ist. Ich bedaure, daß wir dieser Verfügung gegenüber nur das Mittel der öffentlichen Besprechung haben; wir werden allerdings bei der Staatsberatung zu ermessen haben, wie weit wir etwa durch Verweigerung des Polizeieinsatzes einschreiten können. Der ganze Vorgang zeigt wieder, wie nötig die

Uebertragung der Polizei auf die Stadt ist;

dann würde es nicht mehr möglich sein, als Zeuge zu handeln oder gar ins Irrenhaus gesetzt zu werden. Die Sicherheit Berlins muß sichergestellt werden vor der Polizei und vor dem Polizeipräsidenten. Nehmen Sie deshalb den Ausschuhtrage an!

Oberbürgermeister Kirchner: Ich habe zunächst festzustellen, daß ich mit dem Polizeipräsidenten nicht telephonisch, sondern persönlich unterhandelt habe. Dabei habe ich erfahren, daß der Ausdruck „geheim“ nur besagen sollte, daß das Schreiben ohne Vermittlung von Bureaubeamten direkt an mich gelangen sollte. Alle die eben gehörten Ausführungen scheinen mir mit dieser Sache in keinem Zusammenhang zu stehen. (Widerspruch und Beifall.) Wenn so rohe Schimpfwörter wirklich von Polizeiorganen gebraucht worden sind, wenn solche Anschuldigungen festgestellt haben, so haben sie mit diesen Erlassen nichts zu tun. (Widerspruch.) Der Polizeipräsident hebt hervor, daß hier in Berlin sich ein Apokalypten entwickelt; damit meint er nicht die Bürgerschaft, sondern jene Elemente, die man als Apokalypten bezeichnet, und legt dar, daß es seine Aufgabe ist, dagegen vorzugehen. Jeder ruhig und ruhig denkende Mensch wird das anerkennen. (Zustimmung.) In einer Weltstadt finden sich Elemente zusammen, die wirklich eine Gefahr für Leben und Sicherheit der Bürger sind. Ob es ein glücklicher Griff war, diesen Tatsachen gegenüber gerade diese Erlasse zu erlassen, darüber läßt sich ja sehr streiten. (Sehr richtig.) Aber es ist eine schwierige und ernste Aufgabe, in der Großstadt nach dieser Richtung extralidische Zustände zu schaffen. Den Debatten können wir entnehmen, daß wir alle bemüht sein müssen, Hand in Hand auf diesem Gebiete vorzugehen. Ist eine nicht sachgemäße Maßregel getroffen worden, so kann man das bedauern, aber das Endziel dürfen wir nicht aus den Augen verlieren.

Stadtv. Galsand (A. L.): Herrn Stadthagen gegenüber müssen wir uns ebenfalls gerade feststellen, daß die Berliner Polizei ihrer Aufgabe gewachsen ist und wir ihr Anerkennung schulden. In einer „gottgewollten Abhängigkeit“ von der Polizei steht aber die Stadtgemeinde keineswegs; sie hat sich auch um die besten und kulturellen Zwecke zu kümmern, so weit diese in den Rahmen der gemeinlichen Verhältnisse fallen.

Stadtv. Kruener (fraktionslos) legt den Nachdruck darauf, daß die Verfügung Unruhe in der Schutzmannschaft tragen muß, daß es angezeit gewesen wäre, auf eine bessere Auslese für das Schutzmannsmaterial zu dringen. Die Verfügung geht entgegenstrebend zu weit und spreche durchaus gegen das allgemeine Gefühl. (Beifall.)

Stadtv. Körte (Fr. Fr.): Die Mehrheit unserer Fraktion muß leider der Resolution die Zustimmung verweigern. Wir sind erkrankt, daß ein Nebenfänger wie Herr Stadthagen behaupten kann, die Erlasse richteten sich gegen die Sicherheit der Bürgerschaft. Wir haben Elemente, wie sie hier in Wahrheit gemeint sind, in Groß-Berlin tatsächlich in nicht zu knapper Haül. Die Bürgerschaft muß alles tun, um ihr Verhältnis zu den Polizeibeamten möglichst gut zu gestalten, wie es z. B. in London der Fall ist; davon sind wir leider weit entfernt. Wir schließen uns dem vom Oberbürgermeister Gesagten an.

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Alles in allem kann man hier doch nur sagen, daß das Ganze

eine Entgleisung des Polizeipräsidenten ist,

die man von einem gebildeten Manne nicht erwarten sollte. Die Rede des Stadtv. Stadthagen hatte wohl den Zweck, nach außen die erwiderten Vorgänge parteilich zu verwerfen. Auch Herr Körte hätte wohl besser getan, sich für die Resolution zu entscheiden, wie wir es tun.

Stadtv. Dr. Nathan (Fr. Fr.): Als „Karikatürist“ konnte Herr Stadthagen gar nicht besser sprechen, als er gesprochen hat. Eine Wiederholung von uns steht völlig auf dem Standpunkt des Kollegen

die eine Bibliothek, ein Lesezimmer und einen Vortragssaal enthalten werden. Es wird so ein islamitisches Zentrum im Herzen der englischen Hauptstadt geschaffen, dessen Hauptaufgabe es sein soll, junge Mohammedaner, die zeitweilig sich in England aufhalten, gegen die Versuchungen, denen sie hier ausgesetzt sind, zu schützen. (Z)

Humor und Satire.

Nach den Wahlen.

Jetzt ist die wilde Zeit vorüber, nun hat die liebe Seele Ruh — des Bürgers Bild wird wieder trüber, ihm sollen beide Augen zu.

Im Volkstanz blühen die Trompeten mit Pflichtgefühl und viel Geiß — Altären selten, meist Ministranten — er meint es nämlich nicht so böß.

Den Warden schüttelt ein Gefaß, er kann nicht mehr, er ist so matt; schon fehlt es an der nötigen Puße, weil er sich überanstrengt hat.

Wir wollen ihn ins Bettchen stellen. Er schläft und die Regierung wacht... So laßt ihn ruhen. Nur nicht wachen! — Wir wünschen ihm 'ne Gute Nacht!

(Gute Nacht!)

Fort.

Notizen.

— Theaterchronik. Das russische Ballett-Werkspiel im Theater des Westens ist bis einschließlich Sonntag, den 8. Februar, verlängert worden.

— In der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft spricht Freitag, den 26. Januar, 8 1/2 Uhr, Dr. A. Berg über den „Wassfelder Kupfersteinerbergbau und Stahlfabrikation Schöneberger Kalk- und Steinsalzbergbau“ im Horsaal, Trauenstr. 181, 8. Energiegebäude 1 Treppe.

— Die fixe Kritik. Das Schweriner Hoftheater hatte für Sonntag, den 11., die Uraufführung der Oper „Das Wieselgreden“ angezettelt, mußte aber wegen eines Krankeitsfalles die Vorstellung um acht Tage verschieben. In der Deutschen Montags-Zeitung vom 15. las man folgende Notiz: „Das Wieselgreden“ gelangte gestern, wie unser Korrespondent telegraphisch, mit schönem Erfolge am Schweriner Hoftheater zur Uraufführung. Der Großherzog wohnte der Vorstellung bei und sprach dem anwesenden Dichter und Komponisten, wie auch dem Dirigenten seine besondere Anerkennung aus.“

Es ist aber auch wirklich nichtiglos von dem Schweriner Theater, daß es dem Berliner Blatte die Verschiebung nicht angezeigt

Coffel. Der Polizeipräsident setzt sich auch mit dem Oberpräsidenten durch sein Schreiben in Gegenstand, denn letzterer hat die Verhandlung des Gegenstandes in unserer Versammlung nicht beanstandet. Wir halten auch die Ausführungen des Oberbürgermeisters für ungewöhnlich. Andererseits protestieren wir gegen das „von oben herab“ in dem Schreiben; wir haben von dem Polizeipräsidenten keinerlei Befehle bezogen entgegenzunehmen.

Stadtb. Coffel bleibt gegenüber den Ausführungen von Stadthagen und Körte bei seiner Meinung stehen. Partier Apodachgustände existieren in Berlin nicht.

Stadtb. Stadthagen: Beim Kollege Körte bestritt, daß sich die Verfügung gegen die Sicherheit der Einwohner richtet, so ist die Absicht der Verfügung natürlich nicht dahin gerichtet, wohl aber geht die Wirkung dahin; das war der Sinn meiner Ausführungen. Herr Goldschmidt ließ durchblicken, als ob ich zuviel gesagt hätte. Ich kann behaupten: wenn wir auf jeder Polizeiwache Kinematographen und Phonographen hätten, dann würden alle Zweifel über die dort verübten Mißhandlungen — und das sind Verbrechen — verschwinden. In dem Korbier-Prozess war auch von den Streikbrechern, den Hinkelbrüdern, die Rede; da wurde festgestellt, daß diese Leute, die man allenfalls als Apodach bezeichnet kann, wehrlose Arbeiter niedergeschlagen haben; trotzdem ist bis heute eine Auflage nicht erheben worden. Ich bedauere sehr, daß Herr Körte mit mehreren Kollegen sich absetzt hielt; es handelt sich hier wirklich um die Sicherheit unserer Mitbürger, und da sollten wir einig sein. Ich wünsche den Herren nur, daß sie Geduld haben, einmal an ihrem eigenen Körper die Wirkung dieser Verfügung zu verspüren. (Große Heiterkeit.) Der Ausschuh Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Vorlage betr. Umbau und

Erweiterung der Pumpstation des Radialsystems VIII

Der Sanitätsrat beantragt der niedergesetzte Ausschuh mit Rücksicht auf das neue erheblich billigere Angebot der B. G. W. abzulehnen und den Magistrat zu ersuchen, mit den B. G. W. erneut zu verhandeln.

Die Versammlung beschließt demgemäß, nachdem Stadtbaurat Krause zugestimmt hat.

Die jugendlichen Arbeiter der städtischen Straßenreinigung sollen vom 1. April 1912 ab in die städtische Pflichtfortbildungsschule aufgenommen werden.

Die Vorlage betreffend den

Verkauf einer Baukette

an der Sonnenburger Straße wird vom Stadtb. Talsdorf (Soz.) beantragt und Ausschuhberatung beantragt. Nach kurzer Erörterung wird dieser Antrag abgelehnt und die Vorlage angenommen.

Die zur Durchlegung der Poststraße von Wendelsöhnestraße bis Neue Königsstraße erforderlichen Grundstücke Wendelsöhnestr. 3 und Neue Königsstr. 19 sollen, da die Verhältnisse unüberwindlich hohe Forderungen stellen, im Enteignungsverfahren erworben werden.

Sur Verweigerung der Neuen Königsstraße

soll von dem Grundstück 81/84 eine circa 380 Quadratmeter große Fläche für 220 000 M. freihändig erworben werden.

Beide Vorlagen werden zusammen beraten.

Die Stadtverordneten Brunzlow (N. L.) und Anauer treten für Aufschubberatung ein.

Stadtb. Manasse (Soz.) hätte die einfache Enteignung am liebsten gesehen, ist aber auch bereit, in einem Ausschuh beide Vorlagen noch näher zu prüfen. Speziell beantragt er, daß in dem Kaufpreis von 220 000 M. schon der Wertzuwachs enthalten sein soll; auch hinsichtlich der Grundstücke an der Wendelsöhnestraße macht er eine Reihe von Bedenken geltend.

Nach kurzer Erwid. an des Stadtrats Rast wird die Einsetzung eines Ausschusses beschlossen.

Am 23. Dezember 1911 haben die Stadtb. Dr. Arons und Genossen (Soz.) die Anfrage an den Magistrat gerichtet: „ob Vorkehrungen getroffen sind, um die Wiederholung von Verfassungsverstößen in den städtischen Steuerbüros zu verhindern, wie sie aus Anlaß des Prozesses Lüdicke gutgeheißen sind.“

Unter dem 8. Januar cr. hat sich der Magistrat zur Beantwortung bereit erklärt.

Stadtb. Schneider (Soz.): Wir haben die Frage gestellt, weil der Magistrat durch das Nachrichtenamt an mehrere Zeitungen Veröffentlichungen ergoßen ließ, die uns nicht befriedigt haben, und weil auch der Obmann der Geschworenen, Verleger Hillger, in „Berliner Tageblatt“ dazu Stellung nahm. (Schwerer Verstoß die Ausführungen des Herrn Hillger.) Das kann also mit dem vom Magistrat Berichteten nicht ganz stimmen. Das Nachrichtenamt schreibt von „Verstößen“, die gemacht worden sind; „Verstöße“ aber geben uns noch keine Garantie.

Stadtb. Sauppe: Es ist selbstverständlich eine unserer vornehmsten Pflichten, dort zuzugreifen, wo sich Mängel zeigen, und bessere Einrichtungen an die Stelle zu setzen. Die Interpellation ist aber wohl weniger aus diesem Zweifel heraus geboren, als mit Rücksicht auf gewisse Befürchtungen, welche anscheinend in weiteren Kreisen entstanden sind. Die Vorkommnisse des Falles Lüdicke haben den Magistrat inmierlich berührt, und er bedauert diese Ereignisse; aber man geht zu weit, wenn man darin symptomatische Vorgänge erblickt. Es handelt sich hier um Fälschungen höchst raffinierter Art, um Fälschungen, die auch in staatlichen Institutionen vorkommen, und die Hoffnung, daß solche überhaupt aus der Welt verschwinden, ist nur gering. In einem Jahre hatte Lüdicke neun Fälschungen mit Erfolg durchgeführt, er hat ganze Albenstücke samt den Unterschriften vorgügig gefälscht. Durch eine Angelegenheit wurde er verhaftet, und die Sache wurde aufgedeckt. Die Maßnahmen selbst kann man nicht verhindern, aber es muß verhindert werden, daß sie in den Geschäften gelangen. Da liegt der Rempel einer hinreichend organisierten Kontrolle vor. 1896 ist verfügt worden, daß Staatskontrolle bei der Steuerverwaltung nicht mehr zu führen seien. Hier habe ich mit neuen Sicherungsmaßnahmen einsehen zu müssen geglaubt; dieselben sind seit neun Monaten in Übung und haben sich, wie ich annehmen darf, bewährt. Ich bitte: lassen Sie sich durch den Fall Lüdicke nicht in Ihrem Vertrauen zur städtischen Steuerverwaltung wankend machen.

Stadtb. Hermann (Soz.) erklärt zur Geschäftsordnung: Wir erkennen an, daß durch die Antwort des Magistratskommissars der Zweck unserer Anfrage zunächst vollkommen erreicht zu sein scheint. Wir legen daher auf Beantwortung der Interpellation keinen Wert.

Der Gegenstand ist damit erledigt.

Am 5. Januar d. J. hat der Magistrat der Versammlung mitgeteilt, daß er ihrem Beschlusse wegen Bekämpfung

ausländischer Wahlkarten zu den Reichstagswahlen

nicht zu entsprechen vermöge, da die Zeit nicht ausreicht, um circa 621 000 Karten mit der erforderlichen Sorgfalt herzustellen und rechtzeitig zu versenden. Aber auch prinzipiell hätte der Magistrat davon Abstand genommen, weil erfahrungsgemäß damit gerechnet werden müsse, daß die Unbereinigung der Wahlkarten künftig mit einer so kurzen Frist erfolgt, daß eine solche Versendung schlechthin unmöglich ist.

Stadtb. Hönning (Soz.): Die Auskunft, die wir vom dem Magistratskommissar am 21. Dezember 1911 erhielten, ging dahin, daß die Möglichkeit der Versendung der Wahlkarten vorüberhand sei. Nun kann sich ja der Stadtrat nicht bewegen, und das Magistratskollegium hat in seiner höheren Weisheit über eines besseren belehrt. Der Magistrat nimmt aber auch für die Zukunft eine ablehnende Haltung ein. Diese weitere Behauptung des Magistrats kann ich mir nur dadurch erklären, daß man der Wiederkehr eines solchen Vorfalles die Spitze abbrechen will. Es wird davon ausgegangen, daß der Wahltermin in zu kurzer Frist an demselben werden ist. Ist denn der Magistrat über die Absichten der Reichsregierung so genau unterrichtet? Er sollte doch zunächst abwarten, statt schon jetzt zu wahren und vorgeben; das hätte er sich ersparen können. Das Verzeichnis der für 1912 zur

Neu- oder Umprägung

in Aussicht genommenen Strafen legt der Magistrat vor. Die Vorlage geht an einen besonderen Ausschuh.

In Frankfurt a. M. findet in diesem Jahre das 17. Deutsche Bundes- und Goldene Jubiläumsschießen statt. Der Magistrat beantragt die Gewährung einer Ehrengabe von 1000 M. Die Versammlung stimmt zu.

Für die Benutzung des neuen

Schülerbootschiffes in Niederschöneweide

sollen 12 600 M. in den Etat für 1912 eingestellt werden.

Stadtb. Weimann (N. L.) beantragt, die Vorlage dem „Ausschuh für Zuwendungen an Vereine usw.“ zu überweisen.

Stadtb. Leib (Soz.): Für 9 städtische Anhalten soll hier ja 1400 M. Zuschuß geleistet werden. Wir haben an sich nichts einzuwenden gegen die Förderung von Auberbestrebungen, aber wir müssen Klarheit haben. Es heißt u. a.: Diese Vereinigung steht unter der Verwaltung des Provinzialschulkollegiums; ferner handelt es sich hier um 9 städtische und zwei staatliche Anhalten. Wenn wir schon diese Zuschüsse leisten, so will es uns nicht recht in den Kopf, daß einzig das Provinzialschulkollegium die Verwaltung haben soll. Die Ausgabe soll ferner eine dauernde sein; wieviel Schüler nehmen denn an dieser Veranstaltung teil?

Nach meiner Information ist die Zahl eine recht geringe. Unter welchen Bedingungen haben die einzelnen Schüler das Recht, sich an dieser Vereinigung zu beteiligen? Es scheinen eine Reihe Hanteln zu bestehen. Leistungsfähigkeit des Schülers und Genehmigung des Direktors kommen anscheinend in Frage.

Stadtschulrat N. 10 stimmt der Ausschuhberatung zu, welche darauf bedacht wird.

Für die Nordlinien der städtischen Straßenbahnen ist die Beschaffung von 15 Anhängewagen sowie die Erbauung einer vierten Wagenhalle und eines Lagerhauses auf dem Depotgrundstück Anprobenstraße erforderlich. Die Kosten sind auf 382 500 M. berechnet und sollen aus Anstehemitteln entnommen werden.

Die Vorlage wird genehmigt.

Für die Vorlage betreffend den Erwerb zweier Grundstücke, die dem Erziehungsverein zum Grünen Hause an der Müller- und Gindburger Straße gehören, für den Betriebsbahnhof der Nord-Südbahn beantragt Stadtb. Dr. Arons (Soz.) Ausschuhberatung, um nochmals zu versuchen, mit dem Verein civil. ein Kaufgeschäft abzuschließen.

Nach längerer Debatte wird demgemäß beschlossen und der Ausschuh sofort vom Vorstande ernannt.

Schluß gegen 9 Uhr.

Das Geheimnis von Dabendorf.

In der gestrigen Sitzung berichtet zunächst der Sachverständige Hofschadenmacher Barck über einige Schieberversuche, die er auf Anregung der Verteidigung angestellt hat.

Unvollständige Heiterkeit wurde durch die Aussage der Zeugin Frau Werner ausgelöst, die folgendes bekundet: Eines Tages besuchte mich Kolbe, er breitete die Arme aus und wollte mich so begrüßen. Ich sagte aber: Kolbe, lassen Sie mich, ich habe vor Ihnen Angst. Darauf sagte Kolbe: Vor mir brauchen Sie sich nicht zu fürchten, ich tue feiner Frau etwas. Daß ich den Hund totgeschlagen habe, da habe ich nur einer armen Frau beigehtan. Ich habe ihn nicht totgeschossen, sondern totgeschlagen. Wir wollten ihn zuerst vergiften, aber es ist uns dreimal nicht gelungen. Geld habe ich genug, aber es darf niemand etwas davon wissen. Ich sagte ihm darauf: Aber Kolbe, wie konnten Sie bloß so etwas machen? Darauf antwortete er: Es ist ganz einfach! Ich habe einer unschuldigen Frau beigehtan, aber ich habe seitdem keine Ruhe mehr und schreie des Nachts oft auf. Ich habe der Frau Behm schon gesagt, es wäre besser, wenn ich sie nicht kennen gelernt hätte, sie hat mich aber beruhigt und gesagt: Ich werde Sie nicht vergessen; seit 10 Jahren suche ich schon jemand, der mich von ihm befreit, und nun habe ich endlich jemand gefunden! Die Zeugin schließt ihre Aussage mit dem Bemerkten: Beim Fortgehen sagte Kolbe zu mir: „So, nun gehen Sie hin und zeigen Sie mich an, aber beweisen kann mir niemand etwas.“

Eine Frau Kahn, die bei Frau Behm gewaschen hat, bekundet einige Vorfälle, die auf einen vertraulichen Verkehr der beiden Angeklagten hindeuten. So ist er eines Tages bei Frau Behm in Niederschöneweide erschienen und die Tür wurde sofort geöffnet, als er dreimal geklingelt hatte. Frau Behm hielt ihm vor, daß er ja doch nicht kommen solle, darauf soll er geantwortet haben: „Ich kann kommen, wenn ich will!“

Kolbe habe dann, während die Zeugin auf kurze Zeit wegging, mit Frau Behm eine Unterredung gehabt, und als die Zeugin wieder zurückkam, soll Frau Behm verweinte Augen gehabt haben. Die Zeugin will auch mehrfach gehört haben, daß Kolbe die Frau Behm begutet hat.

Unter den weiter vernommenen Zeugen sagte der Zeuge Steinhausen aus, daß er eines Tages unter einer Taube ein zusammengeklüfftes Stück Teppich vorgefunden habe, welches anscheinend Muffel zeigte und von dem Jungen bei der Bekkide abgeliefert wurde. Dies Mittelstück war das Mittelstück eines Teppichs, der in Dabendorf in der Wohnung des Behm gelegen hat, aber in drei gleiche Teile zerstückelt worden ist. Dieses Teppichstück spielt in der ganzen Strafsache immer wieder eine besondere Rolle. Frau Behm behauptet fort und fort, daß der Teppich schon von ihrem Manne zerstückelt worden sei, weil er schon schlecht war und das abgeklüffte Mittelstück von ihm zu seiner Wienerstadt Verwendung fand. Die Anklage liegt auf dem Standpunkt, daß dieser Teppich in dem Zimmer gelegen habe, in dem Behm wahrscheinlich erschossen worden sei, daß dabei Blut auf das Mittelstück des Teppichs geflossen sei und Frau Behm aus diesem Grunde das Teppichstück verstaubt habe.

Es folgen sehr eingehende Darlegungen des Sachverständigen Dr. Paul Frankel vom Institut der Staatsarzneikunde und des Gerichtschemikers Dr. Neferich über die sorgfältigen Untersuchungen des Teppichstücks auf Blutsfunde. Welche haben neben verschiedenen Blutspuren, die von Tierblut herrühren, auch einige Reste von Menschenblut festgestellt. Dr. Neferich hat außerdem auch das Tierblut untersucht und hat feststellen können, daß es sich um Hundenblut und Taubenblut handelt.

Der Vorsitzende teilt weiter mit, daß von dem Regierungsrat Dr. Wolf vom Staatlichen Amt, der die Disziplinarsache seinerzeit geführt, ein Schreiben eingegangen sei. Darin wird darauf hingewiesen: in Dabendorf sei das Gerücht, daß auffälligerweise der Angeklagte Kolbe auf der Wache des Schutzwirts Wech einen etwa 3 Meter tiefen Brunnen nachträglich zugeschüttet habe. — Vors.: Angeklagter Kolbe, haben Sie dort vielleicht die Leiche vergraben? — Angekl.: Ja! — Rechtsanw. Dr. Fürtke beantragt, sofort telefonisch Anordnungen zu treffen, um an Ort und Stelle an dem Brunnen nachzugraben. — Angekl. Kolbe schließt sich diesem Antrage an. — Der Vorsitzende ordnet an, daß sofort telephonisch Anweisungen ergoßen, damit der Brunnen ausgegraben wird. Zwischen soll die Verhandlung fortgesetzt werden.

Vors.: Angeklagte Frau Behm, können Sie uns sagen, wie das Blut wohl auf den Teppich gekommen sein mag? — Angekl. Behm: Das weiß ich nicht.

Die vom Vorsitzenden entworfenen

Schuldfragen

lauten bezüglich des Kolbe auf Werd bezüg. Totschlag, bezüglich der Behm auf Anstiftung bezüg. Begünstigung des Täters nach dem Verbrechen.

Staatsanwalt Braun verweist darauf, daß der dem Spruch der Geschworenen unterbreitete Straffall ganz erhebliche Schwierigkeiten darbietet, weil die Leiche des verschwundenen Behm trotz aller Ermittlungen nicht gefunden werden konnte und Frau Behm bei den ersten Vernehmungen auf jede Frage eine unverfängliche Antwort hatte. Die Staatsanwaltschaft hat seinerzeit die Angeklagten außer Verfolgung gesetzt, weil die damals vorhandenen Beweismittel nicht ausreichten waren. Dann wurden in dem Disziplinarverfahren gegen Behm Zeugen eidlich vernommen und

da stellten sich Tatsachen heraus, die es angezeigt erschienen ließen, die Untersuchung wieder zu eröffnen. Beispielsweise war doch die neue Leiche zu verzeichnen, daß das Teppichstück im September 1911 erst gefunden wurde. Die Staatsanwaltschaft erhob aber wieder nicht die Anklage, weil nach Lage der Akten die Beweise nicht ausreichten erschienen und weil sie der Meinung war, daß, wenn möglicherweise später die Leiche doch noch gefunden würde, jederzeit wieder ein neues Verfahren eingeleitet werden kann und dies unmöglich würde, wenn auf Grund der bisherigen Beweise die Geschworenen zu einem Freispruch kommen würden. Die Eröffnungskammer war aber anderer Ansicht und so haben nun die Geschworenen ihren Spruch zu fällen. Der Staatsanwalt plädierte des weiteren gegen Kolbe auf Schuldig des Totschlages und gegen Frau Behm auf Schuldig der Begünstigung des Täters nach begangenen Verbrechen, um ihn der Strafe zu entziehen. Daß Behm tot ist, sei doch nicht zweifelhaft, denn es lag für ihn gar kein Grund zum Weggehen vor. Er müßte ja auch ohne Substitutionsmittel, ohne Uhr, ohne ausreichende Kleidung, ohne Rücksicht seines Bankbuchs weggegangen sein. Für einen Selbstmord liegen keinerlei Gründe vor, wenn er sich in dem See hätte erdänken wollen, dann würde er sich die qualvollste Art des Selbstmordes ausgesucht haben, denn er würde schon in dem Moor langsam untergegangen sein, ehe er in das Wasser kam. Nach der Beweisaufnahme muß als erwiesen gelten.

daß Kolbe den Behm getötet hat.

Er ist Schuldig zu sprechen, ohne Substitutionsmitteln unter Umständen.

Das Frau Behm betrifft, so wird sie durch ihr ganzes Verhalten außerordentlich belästigt. Das Würdigen von dem Entfischen vor ihrem Manne in den Wald, das Stirzen in das Kaminloch ist ihr nicht zu glauben. Dazu kommen viele auffällige Äußerungen, die Tatsache, daß sie bald nach dem Verschwinden des Mannes verkauft und damit zeigte, daß sie an ein Wiedererscheinen desselben nicht glaubte und endlich die vielen Widersprüche und offensbaren Unwahrheiten, auf denen sie ertappt wurde. Der Staatsanwalt kommt auch bei dieser Angelegenheit zu dem Antrag auf Schuldig.

Rechtsanwalt Dr. Fürtke: Die Geschworenen stehen nicht nur vor einer schwierigen, sondern vor einer unmöglichen lösenden Aufgabe. Das Geheimnis von Dabendorf wird durch ein Urteil, welches auf Grund dieser Beweisaufnahme gefällt wird, keinesfalls gelöst, denn der ganze Prozess leide an vielerlei Mängelstellen. Es handelt sich hier um eine Tat, von der wir überhaupt nicht wissen, ob sie wirklich passiert ist. Wir sind durch die Behandlung keinen Schritt weitergekommen, sondern stehen auf demselben Standpunkt, wie seinerzeit der Staatsanwalt und die Eröffnungskammer: die Schuldbeweise reichen absolut nicht aus! Der Verteidiger zerpfückt in längerer Darlegung die einzelnen Indizien und vernehmlichen Zeugenaussagen und kommt zu dem Schlußantrage, den Kolbe frei zu sprechen.

Nach einer Pause ergriff Rechtsanwalt Dr. Schwandt, als Verteidiger der Angeklagten Frau Behm, das Wort zu einem mehrstündigen Plaidoyer. Er wies auf die Absonderlichkeit des ganzen vorliegenden Strafverfahrens hin, indem er ausführte, daß noch kein deutsches Schwurgericht jemals eine Werdanklage verhandelt hätte, bei welcher überhaupt nicht einmündig festgestellt sei, daß der angeklagte Ermordete wirklich tot ist. Die andere Eigentümlichkeit dieses Verfahrens bestünde darin, daß die Staatsanwaltschaft zweimal es abgelehnt hat, gegen die beiden Angeklagten vorzugehen. Der Verteidiger geht sodann des längeren auf die einzelnen Ergebnisse der Beweisaufnahme ein. Das Mädel von Dabendorf werde sich so einfach nicht — vielleicht aber auch niemals lösen lassen. Er beantrage deshalb die Verneinung der Schuldfraße und die Freisprechung der Frau Behm.

Inzwischen war aus Dabendorf bei dem Vorsitzenden der telegraphische Bescheid eingetroffen, daß die auf Grund des Briefes des Regierungsrats Koll vorgenommenen Nachgrabungen in einem von Kolbe zugeschütteten Brunnen keinerlei Resultate ergeben haben. Diese Nachgrabungen, die trotz des dort noch festgestellten Bodens bis in mehrere Meter Tiefe erfolgten, förderten keinerlei verdächtige Dinge zutage. — Die Beweisaufnahme wurde nunmehr formell geschlossen. Kolbe, zum letzten Wort verurteilt, erklärte auf die Frage, ob er noch etwas zu sagen habe, kurz und bündig: „Nein!“, während Frau Behm nochmals unter Tränen ihre Unschuld beteuerte und um ihre Freisprechung bat.

Nach einstündiger Beratung verkündete der Obmann der Geschworenen den Wahspruch. Sämtliche Schuldfraße wurden verneint. Das Urteil lautete demgemäß auf Freisprechung der beiden Angeklagten.

Gerichts-Zeitung.

Aus der Krippe des „Vaterländischen Frauenvereins Friedenau“

Berichtete der „Vorwärts“ im Juni vorigen Jahres über den Tod eines unehelichen Kindes Bientke, das im Mitte Januar im Alter von damals etwa vier Wochen durch Vermittlung der Gemeinde diesem Säuglingsheim in Pflege gegeben worden war. Das Kind war von Januar bis Juni ununterbrochen Tag und Nacht in der Pflege der Krippe geblieben, hatte anscheinend längere Zeit hindurch infolge von Verdauungsstörungen gekränkelt und starb dann in der Krippe vor den Augen der Großmutter, die gerade gekommen war, um ihr Entschlafen zu bejammern. Als die Großmutter den ihrer Meinung nach sehr elenden Zustand des Kindes bemerkte, geriet sie in Erregung und äußerte später gegenüber einigen Personen in kräftigen Worten ihre Ansicht über die in der Krippe herrschenden Zustände sowie im besonderen über die ihrem Entschlafen zuteil gewordene Pflege. Wegen jener Äußerungen, durch die der Landesoffizier Kirchhaber und ein Fräulein Touthen als Mitglieder des Vorstandes vom „Vaterländischen Frauenverein Friedenau“ sowie ein Fräulein Basse als damalige Leiterin der Krippe sich beleidigt fühlten, hatte gestern die Großmutter sich vor dem Amtsgericht Berlin-Schöneberg zu verantworten.

Frau Bientke wurde beschuldigt, gesagt zu haben, der Verein stecke die 10 000 Mark, die für die Krippe einkommen seien, lieber in seine Tasche, statt den Kindern ordentliche Nahrung zu geben; die armen Wärmer bekämen täglich diese Buttermilch, würden dann morgens eingepackt und müßten so den ganzen Tag liegen, wie wenn sie lebendig begraben wären. Bezüglich des eigenen Entschlafens, der in der Krippe verstorben war, sollte Frau B. behauptet haben, infolge unzureichender Pflege sei er bei seinem Tode halb verfault gewesen. Mit diesen allerdings recht starken Ausdrücken wollte die überaus erregbare und anscheinend sehr nervöse Frau offenbar nur sagen, daß in der Krippe des Vaterländischen Frauenvereins trotz erheblicher Mittel die Pflege zu wünschen übrig lasse. Aber die in Frage kommenden Mitglieder des Vorstandes hielten es für unbedingt nötig, die nicht übertriebene Redensarten als bittere Kränkung und schwere Beleidigung zu verfolgen und die Frau auf die Anklagebank zu schleppen.

Vor Gericht verließ dann die Sache sehr einfach, weil die Beweiserhebung sich auf Vernehmung der von der Anklagebehörde geladenen Zeugen beschränkte. Die Angeklagte Frau B. blieb dabei, daß in der Krippe die Pflege unzulänglich gewesen sei, im übrigen bestritt sie, sich in der ihr zur Last gelegten Form geäußert zu haben. Eine Frau Schöen, die in der Krippe das Amt einer Pflegegeschwister innegehabt hat, wußte nur auszusagen, daß Frau B. beim Anblick ihres eben gestorbenen Entschlafens es als unerbötlich bezeichnet habe, alles einer einzigen Schwester zuzumuten. Auf Befragen gab Zeugin an, die Krippe habe in der Regel 15 bis 18 Kinder beherbergt, und gelegentlich seien auch bis 20 darin gewesen. In der Zeit, wo sie selber die Stelle bei der Krippe übernommen, seien außer ihr noch zwei Dienstmädchen beschäftigt worden. Wieviel Dienstmädchen zurzeit des Ablebens jenes Kindes beschäftigt wurden, darüber äußerte Zeugin sich nicht. Eine

Märterin Fräulein Koth sagte als Zeugin aus, sie habe erfahren, daß Frau Z. das verstorbene Kind als schon „halb verkauft“ bezeichnet habe. Auch habe Frau Z. jene Aeußerung von den „10 000 M.“ getan. Den Ausdruck „halb verkauft“ hatte Frau Z. gebraucht gegenüber dem Vormund des Kindes, einem Bildhauer Girsch, der das vor Gericht befandete. In der Krippe wurde dann Herr Girsch eine andere Darstellung gegeben. Zeuge gab an, daß er um das Kind sich habe nicht kümmern können. Nachdem er am 18. Mai als Vormund bestellt worden war, mußte er verreifen, und als er am 7. Juni zurückkehrte, erfuhr er aus der Zeitung von dem Tode des Kindes, in dem er nur sein Mädel erkannte.

Bezüglich der Todesursache stellte der Vorsitzende des Gerichts fest, daß nach Mithteil der ärztlichen Todesbescheinigung eine Erkrankung an Magen- und Darmkatarrh vorgelegen und diese zu einer Herzlähmung geführt habe. Nach der Aussage der Frau Schoen ist das erkrankte Kind ärztlich behandelt und mit einer für schwächliche Kinder besonders präparierten Buttermilch ernährt worden. Die

Angelagte berief sich auf die von ihr benannten und vom Gericht geladenen Zeugen, die das tote Kind noch auf dem Friedhof beständig hätten und bekunden würden, daß es zum Skelett abgemagert und ganz durchgelegen, ja förmlich durchlöchert gewesen sei. Das Gericht lehnte die Berechnung ab. Beweis werde das Leichnam getretene Kind nach dem Tode sehr abgefallen ausgesehen haben, aber die vorgeschlagenen Zeugen würden nicht beurteilen können, ob man das auf „schlechte Pflege zurückführen müsse, und vor allem fehle der schließliche Beweis für die Behauptung, daß das Kind „halb verkauft“ gewesen sei.

Hierauf beantragte der Anwalt eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Die Angeklagte blieb in ihrem zur Verteidigung ihr gelieherten Schlafort dabei, daß die Zustände in der Krippe sehr mangelhaft gewesen seien. Die Pflegerin selber habe darüber geklagt, daß sie überhärdet werde. Das Gericht kam zu dem Urteil, daß Frau Z., auch wenn sie als Großmutter des Kindes in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, doch zu bestrafen sei, weil

aus der Form ihrer durch die Beweisechtheit widerlegten Hauptbehauptungen die Absicht zu befehlen sich erkennen lasse. Es sei kein Beweis dafür erbracht, daß das Kind „halb verkauft“ gemeint sei oder daß der Verein „10 000 Mark“ eingestrichelt habe. Die beantragte Strafe von 1 Monat Gefängnis müsse bei der Schwere der Verleumdung, die gegen ein im Dienst der Nächstenliebe sich betätigendes Institut gerichtet sei, angemessen erscheinen.

Marktbericht von Berlin am 24. Januar 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten. Marktblattpreise. (Reinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00, Speisebohnen weiße, 40,00—60,00, Linen 40,00—50,00, Karisohn 11,00—14,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,00—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30 bis 1,80, Schmelzfleisch 1,30—1,50, Kalbfleisch 1,40—2,50, Hammelfleisch 1,30—2,20, Butter 2,60—3,20, 60 Stück Eier 4,20—7,50, 1 Kilogramm Karbon 1,00—2,40, Kafe 1,50—2,80, Jander 1,00—3,60, Getreide 1,20—2,60, Barische 1,00—2,00, Schokolade 1,00—3,20, Mehl 0,80—1,40, 60 Stück Preis 3,00—24,00.

Allen Genossen, Genossinnen, Kollegen, Kolleginnen, Freunden, Verwandten und Bekannten, die uns zu unserer Silber-Hochzeit so sehr reich teilgenommen haben, sagen wir unseren herzlichsten Dank. 17042

Ernst Hoack u. Frau
Swinemünder Str. 88.

Todes-Anzeigen

Am Mittwoch, den 24. Januar, verstarb im 50. Lebensjahre nach kurzem, schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Auguste Lachmann
geb. Schmolke, Steinmühlstr. 15.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Karl Lachmann
nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Prenzlau statt. 20275

Sozialdemokratisch. Wahlverein für den 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
(Bezirk 53. Nr. 67.)

Am Mittwoch, den 24. Januar, verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser Mitglied

Auguste Lachmann
geb. Schmolke, Steinmühlstr. 15.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Prenzlau statt. 20775

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Am 23. Januar verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Karl Lechnitz
Lorzingstraße 33.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsbergs-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt. 22417

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todesanzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schmied

Karl Lechnitz
am 23. Januar an Lungenerleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsbergs-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Nordend, aus statt.

Herzner Kard unser Mitglied, der Schlosser

Paul Michler
am 24. d. M. an Lungenerleiden.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsbergs-Kirchhofes in der Seeförde, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung ersucht.
111/6 Die Ortsverwaltung.

Am 24. d. M. verstarb nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater

Emil Brock.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Auguste Brock u. Familie.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Vorlage- und Androß-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt. 26378

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Sektion der Putzer.

Unseren sowie den Mitgliefern des Gelangvereins der Putzer hiermit zur Nachricht, daß unser Ehrenmitglied

Heinrich Lehmann
(Bez. Eidoj)
am 23. Januar im 82. Lebensjahre verstorben ist. 136/9

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Prenzlau aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die örtliche Verwaltung.
NB. Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Halle des Luther-Kirchhofes in Prenzlau aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Besatzungsarbeiter

Hermann Lück
am 22. Januar im Alter von 25 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Kirchhofes in Weichensee, Wilmersdorf, aus statt.
Rege Beteiligung wird erwartet.
61/11 Die Bezirksverwaltung.

Am 23. Januar verstarb nach kurzem, aber sehr schwerem Leiden mein verehrter Gatte und unser Vereinsmitglied, der Restaurateur

Albert Henschke
Friedrichstr. 16, Potsdam, nach eben vollendetem 53. Lebensjahre.

Ehre seinem Andenken!
Dies zeigen betrübt an
Fraulein Marie Strach
Lotterieverein Dallesbrüder.
Die Beerdigung findet heute Freitag, den 26. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Himmelsbergs-Kirchhofes in Prenzlau aus statt. 26355

Um rege Beteiligung ersucht
2 Uhr 30 Min., von Lichtenberg 2 Uhr 42 Min.

Am Mittwoch verstarb nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Emma Kirmes
geb. Seier
im 45. Lebensjahre. 17002
Dies zeigen tiefbetrübt an
Franz Kirmes nebst Kindern und Schwiegerkinder.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. Januar, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Friedrichs-Kirchhofes, Weichensee-Bez., aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Richard Lehmann

Ich sage allen Verwandten und Freunden, den Mitgliefern des Bauvereins, des Gelangvereins „Proletariat“ und des Arbeitervereins „Solidarität“ meinen Dank. 17022

Witwe Lehmann
Hilberhof, Friedenstr. 4.

Statt Karten.
Für die beim Hinscheiden meines mir unvergeßlichen Mannes, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, sowie unseres hochverehrten Chefs, des Buchdruckereibesetzers

Herrn Franz Jacobi
uns beweisene Teilnahme sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank.
Berlin, im Januar 1912.
Im Namen der Hinterbliebenen
Martha Jacobi, Emil Billig Nachf.

Nachruf.
Ein hartes Schicksal entriß uns unseren besten, treuesten Freund, den Schriftsteller

Paul Ribler.
Der ihn und sein Verhältnis zu uns gekannt, wird unseren großen Schmerz verstehen.

Tiefbetrübt
Fritz Schmidt und Frau
Brückenstr. 5b.
Gleichzeitig allen denen, die unseren Freunde das letzte Geleit gegeben, den Kollegen der Firma H. S. Hermann, dem Bauverein, dem Gelangverein und allen seinen Freunden herzlichsten Dank.

Fritz Schmidt und Frau
Brückenstr. 5b.
Wilhelm Schmidt und Frau.
Rixdorf, Anst. 24/25.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und vielen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes, Bruders, Schwagers und Bräutigams

Albert Günther
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen und der Betriebsleitung der Firma Monolius unseren herzlichsten Dank. 17082
Im Auftrage der Hinterbliebenen
G. Günther.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden, welche mir anlässlich des Todes meiner lieben Frau

Franziska Pächnatz
zugegangen sind, sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma Gutmann und dem Gesangsverein „Olympia“ herzlichsten Dank.
Emil Pächnatz.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters, des Wärbepolierers

Wilhelm Meyer
Sauerstr. 7, sagen wir allen auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Kinder.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Onkelbruders

Wilhelm Meyer
sagen wir allen Bekannten und Verwandten, besonders den Kollegen der Firma Sauerwein, dem Holzarbeiterverband, dem Schloßverein und dem Spar- und Kreditverein „Humanität“ unseren herzlichsten Dank.
Sophie Rathmann
nebst Kindern. 17062

Zigarren- W. Herbst
Fabriken
reg. 1882 — Tel.: IV, 2873.
BERLIN S.W., Ritterstr. 83
Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern bestens empfohlen.
— Tarifarbeit.

Stoffe
Damontuche für elegante Kleider, Paletots etc., Nr. 2,50, 3,50, 4,50 etc.
Zuschlager Koch & Seidman S. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21, Petzschkirche.

Anzug-Woche

Beginn morgen!
Außerst günstige Kaufgelegenheit

für neueste
Frühjahrs-Anzüge
zu besonders billigen Preisen!

Hervorragende Beweise
unserer Leistungsfähigkeit

Man beachte das morgige Inserat!

BaerSohn

Kleider-Werke □ Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Jedigen Hochdruck verboten.
Der Haupt-Katalog Nr. 45 (Leiste Moden) kostenfrei

So so, also Sie
waren es, die mir
Dr. Gentner's
Vollchenseisenpulver
„Goldperle“
empfohlen hat. Herzlichen Dank! Kaufe nur noch diese Marke, denn die den Paketen beiliegenden Geschenke sind nur praktische, reizende und brauchbare Gegenstände.
Alleiniger Fabrikant auch der so beliebten Schuhcrems
„Nigrin“:
Carl Gentner in Göttingen (Wartbg.)

Vertretung für Groß-Berlin:
Max Hirsch, Rixdorf, Kaiser-Friedrichstr. 216.
Telephon Rixdorf 9280.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69 (Laden).
Neuerscheinungen:
Die Frauen
und der politische Kampf.
Von Luise Ziets.
Preis 20 Pf.
Sozialreform und
Arbeiterfreundlichkeit.
Rede des Reichstags- Abgeordneten Richard Fischer zur dritten Beratung der Reichsversicherungsordnung.
Preis 15 Pf.
Kirchenrufer und Kirchen-
anstritt in Preußen.
Preis 20 Pf.
C. Scholz, Komiker, Geseßhofs, Großbuckstraße 6. 10498

Sie sollten sich elegant kleiden!
Wir stellen zu außergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf
Pantons gebräuchter **Man-Korren-Anzüge**, außerdem
Paletots, Vester etc., für jede Figur (auch den stärksten Mann)
passend, an Lager. Diese Sachen sind teils in selbsten Werkstätten (auch auf Seide) gearbeitet. Früherer Anschaffungspreis bis
120.— M., jetzt zu folgenden extra billigen Preisen, auch neu,
Jacken-Anzüge . . . 8—14—18 M. etc. Herren-Paletots 7—12—15 M. etc.
Rock-Anzüge . . . 12—16—22 M. etc. Herren-Vester . . . 12—15—20 M. etc.
Geh-Rock-Anzüge . . . 10—12—15 M. etc. Herren-Hosen 2—3 bis 6 M.
— Einzelne Fracks, Smoking, Jacketts etc.
Verleihung v. elegant. Fracks u. Gesellschaftsanzügen.
J. Wand Haupt-Geschäft: Große Frankfurter Straße 116, a. d. An-Grasstr.
II. Geschäft: Chausseestr. 83, III. Geschäft: Jägerstr. 11.

Zur Landtagserfatzwahl im zweiten Berliner Wahlbezirk.

Der Magistrat veröffentlicht im Gemeindeblatt die auch von uns wiederbegebene Bekanntmachung, daß im zweiten Berliner Wahlbezirk, in welchem an Stelle des verstorbenen freisinnigen Abgeordneten Dr. Gerschel eine Neuwahl zu vollziehen ist, sämtliche Wahlmänner neu gewählt werden müssen.

Hierzu wird uns geschrieben: Diese Auffassung des Magistrats ist falsch, sie steht in direktem Widerspruch zu § 18 Abs. 2 der Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer:

Mit Ausnahme des Falles der Auflösung der Kammer sind die Wahlen der Wahlmänner für die ganze Legislaturperiode dergestalt gültig, daß bei einer erforderlich werdenden Ersatzwahl eines Abgeordneten nur an Stelle der inzwischen durch Tod, Wegziehen aus dem Wahlbezirk, oder auf sonstige Weise ausgeschiedenen Wahlmänner neue zu wählen sind.

Da der Fall der Auflösung der Kammer nicht vorliegt und da auch kaum anzunehmen ist, daß alle im Jahre 1907 gewählten Wahlmänner gestorben, aus dem Wahlbezirk weggezogen oder auf sonstige Weise ausgeschieden sind, so kann also keine Rede davon sein, daß sämtliche Wahlmänner neu gewählt werden müssen.

Wie ist nun der Magistrat zu seiner irrigen Auffassung gekommen? Zum Verständnis muß man sich die Vorgänge bei der Wahl von 1908 vergegenwärtigen. Bekanntlich sind damals nach Ansicht des Abgeordnetenhauses in allen Berliner Wahlbezirken falsche Listen aufgestellt worden. Da aber von freisinniger Seite nur die Wahlen unserer Genossen Vorgmann, Girsch, Seimann und Hoffmann angefochten wurden, konnte das Abgeordnetenhaus nur über diese Wahlen Beschluß fassen; es erklärte, wie erinnerlich, alle Wahlmännerwahlen in Berlin V, VI, VII und XII für ungültig. Im vorigen Jahre fand nun in Berlin IV eine Ersatzwahl für den Abg. Müller-Sagan statt. Hieran nahmen die im Jahre 1908 gewählten Wahlmänner teil. Gestützt auf den früheren Beschluß des Abgeordnetenhauses wurde von sozialdemokratischer Seite Protest eingelegt und das Abgeordnetenhaus, das dadurch in die Lage kam, die Wahlmännerwahlen von 1908 zu prüfen, erklärte nun sämtliche Wahlmännerwahlen von 1908 in Berlin IV und infolgedessen auch die Wahl selbst für ungültig. Würden bei der jetzt bevorstehenden Ersatzwahl in Berlin II wieder die 1908 gewählten Wahlmänner mitwirken, so würde auch diese Wahl zweifellos für ungültig erklärt werden müssen. Um dieser Schwierigkeit zu begegnen, ordnet der Magistrat einfach die Neuwahl sämtlicher Wahlmänner an, er bedenkt aber nicht, daß er dadurch die Wahl erst recht ungültig macht, weil er gegen den oben wiedergegebenen § 18 verstößt. Die Sache wird dadurch also nicht vereinfacht, sondern nur noch verwickelter. Der Magistrat ist nicht berechtigt, an Stelle von Wahlmännern, deren Wahl zwar an sich ungültig ist, die aber das Abgeordnetenhaus nicht oder noch nicht für ungültig erklärt hat, Ersatzwahlen anzuordnen.

Auf diesen Standpunkt hat sich das Abgeordnetenhaus bei der Prüfung von Wahlen stets gestellt. So waren z. B. im Jahre 1896 bei einer Ersatzwahl für den Abgeordneten Engler in Berent-Dirschau für 53 Wahlmänner, deren Stimmen die Wahlprüfungskommission früher außer Ansatz gelassen hatte, weil sie nicht als gesetzlich gewählt zu betrachten seien, vom Wahlkommissar Neuwahlen angeordnet worden. Das Abgeordnetenhaus bezeichnete dies Verfahren jedoch als ungesetzlich, da zur Kassation von Wahlen nur das Haus der Abgeordneten und eventuell die Wahlmännerversammlung berechtigt, von beiden aber ein entsprechender Beschluß nicht gefaßt sei. Aus ganz ähnlichen Gründen ist auch im vorigen Jahre die Wahl des Abg. Ehlers in Breslau für ungültig erklärt worden. Auch da vertrat das Haus die Ansicht, daß der Wahlkommissar nicht berechtigt sei, für Wahlmänner, deren Wahl das Abgeordnetenhaus nicht kassiert hat, Ersatzwahlen anzuordnen.

Aus alledem folgt, daß die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten Gerschel, gleichviel ob der Magistrat seine Bekanntmachung zurücknimmt oder nicht, ungültig ist. Nimmt er sie zurück, so ist sie ungültig aus den gleichen Gründen, aus denen die Wahlen unserer Genossen Vorgmann, Girsch, Seimann, Hoffmann ungültig waren; nimmt er sie nicht zurück, so ist sie wegen Verstößes gegen § 18 ungültig. Daß der Magistrat in eine so schwierige Lage gekommen ist, verdankt er Herrn Fischbeck und Konsorten, die es seinerzeit so eifrig hatten, unsere Genossen aus dem Landtage zu entlassen. So erweist sich das damalige Verhalten des Berliner Freisinnus als die böse Tat, die fortzulebend dieses muß gebären.

Nur eine Möglichkeit gibt es, aus dem Dilemma herauszukommen: sämtliche im Jahre 1908 in Berlin II gewählten Wahlmänner müßten ihre Mandate niederlegen. Aus tatsächlichen Gründen möchten wir aber, soweit unsere Genossen in Betracht kommen, von diesem Schritt abraten.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

In Ladeburg bei Bernau N.-B. ist das Lokal von Schulze frei; in Schneide das Lokal von Mann.

In Bannsee T.-B. hat das Lokal „Bayerischer Hof“ den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber stellt dasselbe der Arbeiterschaft nicht mehr zur Verfügung, es ist daher streng zu meiden. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Sonntag von 9-6 Uhr: Stadterordnete n w a h l. Die Radfahrer treffen sich um 8 Uhr morgens im Volkshaus. Die Genossen aus anderen Bezirken werden ersucht, sich zur Bahnhilfe bei Amert, Seifenheimerstr. 11, zu melden. Der Vorstand.

Charlottenburg. Sonnabend, den 27. Januar, hält der Radfahrer-Verein (R. d. V. Solidarität) sein diesjähriges Wintervergügen im Volkshaus ab. Die Genossen werden um recht regen Zutritt gebeten.

Die Radfahrer, die am Sonntag bei der Wahl helfen wollen, haben sich um 1/2 9 Uhr im Volkshaus einzufinden.

Steglitz. Heute Freitagabend von 6 Uhr ab: Flugblattverbreitung von den Bezirkslokalen aus. Jeder Genosse ist verpflichtet, sich daran zu beteiligen.

Friedrichsfelde. Zu einer wichtigen Landagitationstour treffen sich die Genossen am Sonntag früh 7 Uhr bei Brun.

Neuenhagen (Ostbahn). Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 8 1/2 Uhr, im Lokal von Wortmann, Generalversammlung, Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Vortrag des Genossen Köfeling über: „Die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung“. 3. Verschiedenes.

Bernau. Morgen Sonnabend, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Esalmann. Tagesordnung: 1. Bericht der Bezirksleitung. 2. Rückblick auf die Reichstagswahlen. 3. Parteiangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Rudow. Für die Genossen, welche nicht selbst Einsicht in die Gemeindegewählerliste nehmen können, übernehmen bis zum 30. Januar, bis zu welchem Tage die Liste in den Dienststunden ausliegt, die bekannten Genossen die Einsichtnahme. Der Vorstand.

Nästenbeck (Bezirk Nieder-Schönhausen). Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, Wahlvereinsversammlung im Lokal von A. Meyer, Buchhorst. Tagesordnung: 1. Bericht des Gemeindevertreters. 2. Vorbereitungen zu den im März stattfindenden Ersatzwahlen zur Gemeindevertretung. 3. Vereinsangelegenheiten. Um rege Beteiligung ersucht Die Bezirksleitung.

Wirkenwerder. Am Sonnabend, den 27. Januar, abends 8 1/2 Uhr, beim Genossen Feuerstod: Extrajahresabend, der sich mit der Gemeindegewählerwahl zu beschäftigen hat.

Jensdorf. Am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, in Kabiow im Lokal von Kade: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Ausrüstung der Kandidaten zur Gemeindegewählerwahl. 2. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Schenkendorf bei Königs-Wusterhausen. Die Gemeindegewählerliste liegt noch bis zum 30. Januar im hiesigen Gemeindebureau aus. Auch kann die Abschrift der Liste während des ganzen Tages beim Genossen Poyold eingesehen werden.

Berliner Nachrichten.

Die Aenderung der Schulorganisation in Groß-Berlin

Beschäftigt zurzeit die Provinzialschulbehörden im Verein mit Vertretern Berliner und Vorortschulverwaltungen. Die Beratungen spielen sich im geheimen ab und es besteht dabei die Gefahr einer Verschlechterung des Berliner Volksschulwesens. Es ist deshalb in weiten Kreisen eine starke Beunruhigung hervorgerufen worden. Um Klarheit über die Absichten zu schaffen, hat die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung beschloffen, folgende Anfrage zu stellen:

„Die Unterzeichneten fragen den Magistrat an, welche tatsächlichen Unterlagen die durch die Presse gehenden Mitteilungen beistehen, nach welchen eine Aenderung des in Berlin bestehenden achtklassigen Gemeindegewährsystems geplant sein soll.“

Ueber Gemüthsbeunruhigung des Bundes der Nord-Südbahn durch das Polizeipräsidium wird berichtet: Nachdem zwischen Stadt- und Aufsichtsbehörden eine Einigung über die Einleitung und den Bau der Nord-Südbahn, abgesehen von einigen belanglosen Kleinigkeiten erreicht ist, muß nach dem Gesetz noch das sogenannte Planfestlegungsverfahren stattfinden. Dieses stellt in der Hauptsache nur noch einen formellen Akt dar, der zu wesentlichen Änderungen an der Gesamtgestaltung des Entwurfs nicht führen dürfte. Nach dem Gesetz würde mit ministerieller Genehmigung der Beginn des Baues schon vor Erledigung des Planfestlegungsverfahrens angängig sein, wenn aus der beabsichtigten Bahnanlage Nachteile oder erhebliche Belästigungen der benachbarten Grundbesitzer und des öffentlichen Verkehrs nicht zu erwarten sind. Die städtische Verkehrsdeputation hatte bei dem Polizeipräsidenten beantragt, bei dem Minister der öffentlichen Arbeiten die Genehmigung zum Beginn der Arbeiten für die Nord-Südbahn ohne vorgängige Planfestlegung zu befristet. Der Polizeipräsident hat darauf mitgeteilt, daß er im Einvernehmen mit der königl. Eisenbahndirektion nicht in der Lage sei, den Antrag befristet weiterzugeben, da durch den Bau vorübergehend erhebliche Belästigungen der Anwohner und des öffentlichen Verkehrs zu erwarten und demnach die Voraussetzungen des § 17 - letzten Absatz - des Kleinbahngesetzes nicht gegeben seien. In der letzten Sitzung der Verkehrsdeputation wurde von dem Inhalt dieses Schreibens Mitteilung gemacht. Die Deputation nahm mit alseitigem Bedauern von dem Standpunkt des Polizeipräsidenten Kenntnis, weil hierdurch von neuem eine Verzögerung im Beginn der Arbeiten der Nord-Südbahn bewirkt wird.

Die Deputation ist der Auffassung, daß die Ablehnung des Polizeipräsidenten in der erwähnten gesetzlichen Bestimmung keine Begründung findet; denn nach dem Gesetz könnte der Beginn des Baues ohne vorgängige Planfestlegung vom Minister gestattet werden, wenn aus der beabsichtigten Bahnanlage - also der fertigen Bahn, nicht dem Bau der Bahn - Nachteile oder erhebliche Belästigungen der benachbarten Grundbesitzer und des öffentlichen Verkehrs nicht zu erwarten sind. Daß die Nord-Südbahn keine Nachteile, sondern nur Vorteile für alle Teile bringen wird, daran dürfte allgemein nicht gezweifelt werden.

Die vorübergehenden Belästigungen der Anwohner und des Verkehrs durch die für die Herstellung der Bahnanlage notwendigen Bauarbeiten sind aber nach dem Gesetz kein Grund zur Ablehnung der Erlaubnis zum Baubeginn vor Erledigung des Planfestlegungsverfahrens.

Es ist nicht Neues, daß an gewissen Stellen im Polizeipräsidium der Stadt Berlin fortgesetzt Schwierigkeiten bereitet worden sind. Es ist aber schon der Gipfel, daß selbst in formalen Dingen diese Schwierigkeiten fortgesetzt werden. Wer mit den Dingen einigermaßen vertraut ist, kennt die Stelle im Präsidium, die so ungeniert und offen Verkehrsverhinderung macht. Schon im Abgeordnetenhaus ist auf diese Stelle hingewiesen worden, die es nicht verschämte, durch Veröffentlichung von Artikeln in bestimmten Tageszeitungen für Erhöhung der Fahrpreise und somit für das Interesse einer privaten Erwerbsgesellschaft Stimmung zu machen. Diefem Verhalten reißt sich das der Stadt Berlin gegenüber geliebte würdig an. Man sollte es nicht für möglich halten, daß einzelne Beamte in solcher Weise verfahren können, ohne zur Ordnung gerufen zu werden.

Von Gästen erschlagen wurde Mittwochabend der 22 Jahre alte Schankwirt Karl Saroschewski aus der Seestr. 106. Der Mann betrieb sein Geschäft seit 1/2 Jahren und stand kurz vor der Hochzeit. Das Aufgebot war schon bestellt. In vier Wochen sollte die Trauung stattfinden. Die Braut war auch schon in dem Geschäft mit tätig. Mittwochabend kurz nach 10 1/2 Uhr, als Saroschewski allein im Schankraum war, während seine Braut in dem Hinterzimmer zu tun hatte, kamen noch fünf Gäste, die schon etwas angetrunken waren. Sie verlangten und erhielten auch noch mehrere Schnäpfe und einige Glas Bier. Um 11 Uhr sagte der Wirt den Gästen in aller Güte, daß er jetzt schließen müsse, weil er nur bis dahin Schankerklaubnis habe. Die Gäste aber wollten sich um die Polizeistunde nicht kümmern und blieben. Als Saroschewski sie dann dringender aufforderte, zu gehen, traten sie ihm frech entgegen.

Jetzt versuchte er, sie hinauszudrängen. Statt zu folgen, wurden nun die Gäste tändlich und es kam zu einem Handgemenge. Mit großer Heftigkeit schlugen zwei der Gäste, die Gelegenheitsarbeiter Julius und Hermann Ackermann, zwei Brüder von 21 und 19 Jahren, auf den Wirt ein, einer von ihnen mit der Faust, der andere mit einem Bierglas. Als die Braut im Hinterzimmer die Schlägerei hörte, rief sie um Hilfe. Jetzt entflohen die fünf Gäste. Saroschewski aber lag, aus zwei schweren Kopfwunden blutend, benimmungslos neben dem Ladentisch auf dem Fußboden. Die Braut eilte nach dem nahegelegenen Virchow-Krankenhaus und holte einen Arzt. Diefem starb der Verwundete nach fünf Minuten unter den Händen. Der Arzt stellte außer zwei klaffenden blutenden Wunden an der rechten Stirnseite und auf dem Schädel, die augenscheinlich von Schlägen mit dem Bierglas herrühren, auch noch mehrere Kopfverletzungen und Hautschläge fest. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhaus gebracht. Die beiden Brüder Ackermann wurden bald in ihrer Wohnung in der Seestr. 110 ermittelt, festgenommen und nach der Wache des 57. Reviers in der Müllerstraße gebracht. Sie erklärten, daß sie angegriffen worden seien und in der Notwehr gehandelt hätten. Die drei anderen Gäste blieben auf freiem Fuße, weil sie sich an den Tötlichkeiten nicht beteiligt haben. Wer von den beiden Ackermann mit dem Bierglas geschlagen hat, sieht noch nicht fest.

Unter die Räuber fiel vorgestern ein alter Galizier, Wolke Schneider, der in seiner Heimat eine Bauernwirtschaft betreibt, dessen Söhne aber in Amerika Handelsgeschäfte haben. Schneider erhielt kürzlich von seinen Söhnen 420 Kronen zugesandt. Er sollte zu ihnen herüberkommen, weil sie ihn in seinen alten Tagen noch einmal sehen wollten. Er löste sich dann auch eine Fahrkarte zunächst nach Berlin (Schlesischer Bahnhof). Als er hier angekommen war und etwas ungeschliffen da stand, kam ein junger Mann an ihn heran und fragte ihn, wohin er zu reisen beabsichtige. Auf die Antwort, daß Amerika sein Ziel sei, erklärte der junge Mann, das treffe sich sehr schön, er wolle auch dorthin. Dann schlug er dem Alten vor, sich mit ihm vor Abgang des Zuges nach Bremerhaven noch ein Stück Berlin anzusehen. Das geschah denn auch. Zum Schreie des Alten war aber der Zug schon weg, als man nach dem Bahnhofe zurückkam. Der junge Führer aber tröstete ihn und wußte Rat. Er schlug ihm vor, für die Nacht mit ihm ein Fremdenlois aufzusuchen und dort ein Zimmer mit ihm zu teilen, weil es so billiger sei. Vor dem Schlafengehen fragte dann der junge Mann, wo Schneider sein Geld habe und rief ihm, nur ja vorsichtig zu sein, weil er nicht wissen könne, was für Gefahren in Berlin ihm drohen. Dabei zeigte er ihm, daß er selbst sein Geld in einem Beutel auf der Brust trage. Vertrauensvoll erwiderte der Alte, er habe sein Geld zwischen Stoff und Futter in die Hose eingeknäht. Diese legte er sich dann unter das Kopfkissen. Am nächsten Morgen gingen die beiden gemeinsam weg. Bald darauf aber trennte sich der junge Mann von Schneider unter dem Vorwande, daß er noch rasch etwas besorgen müsse. In diesem Augenblick aber kamen einige Bekannte von ihm dazu, die sich jetzt statt seiner des Alten annahmen. Diese freundlichen Männer setzten sich mit Schneider, der hier gar nicht Bescheid weiß, in einen Zug und landeten mit ihm draußen. Dann gingen sie mit ihm in den Wald, schnitten ihm die Kleider auf und fanden auch richtig seinen Schatz in den Beinkleidern. Während aber waren sie ihm alsbald die Papierschneide an den Kopf, prügelten ihn durch und ließen ihn stehen und gingen davon. Außer sich, vollständig erschöpft und hilflos, wurde der Beraubte endlich aufgefunden. Es war in Zegel, wohin die Räuber ihn verschleppt hatten. Die Polizei brachte ihn hierher, damit er bei den Nachforschungen nach den Räubern behilflich sein kann. Der erste junge Mann hatte ihn, während er schlief, sein Geld aus der Hose geholt und die Kronenscheine durch Blüten ersetzt, damit er morgens, wenn er etwa fühlen sollte, nichts merke. Seine Komplizen erbeuteten deshalb nur die Wäulen. Es kommt jetzt darauf an, ob jemand, also vorgestern und gestern, auf dem Schlesischen Bahnhof und in der Gegend dort einen alten Mann mit langem Haar und blondem, schon etwas ergrautem Vollbarte in Begleitung eines und später mehrerer junger Männer gesehen hat. Wer hierüber etwas weiß, wolle sich bei der Kriminalpolizei melden.

Ein neuer Dauerweltrekord. Auf dem Flugplatz Johannisdahl flog gestern Diplomingenieur Grulich mit drei Passagieren auf einem Dornier-Flieger 1 Stunde 35 Minuten und stellte damit einen neuen Dauerweltrekord auf. Die Höchstleistung im Dauerflug mit drei Passagieren hatte bisher der Belgier Lanfer mit 1 Stunde 26 Minuten aufzuweisen.

Von einem Brauereiwagen überfahren und geistert wurde Mittwoch nachmittag gegen 4 Uhr die fünf Jahre alte Käthe, das einzige Kind des Sattlers Rujanski aus der Seidenfeldstr. 11. Die Kleine spielte mit anderen Kindern auf dem Bürgersteig in der nahegelegenen Kochmannstraße, als von der Eberthstraße her ein Brauereiwagen im Schritt gefahren kam. Plötzlich lief sie auf den Straßenrand. Der Kutscher war nicht mehr imstande, das Gespann zeitig genug zum Stehen zu bringen, um ein Unglück zu verhüten. Das Rad ging über die Kleine hinweg und verletzte sie an Kopf und Brust so schwer, daß sie auf der Stelle verschied. Im Krankenhaus am Friedrichshain, wohin der Kutscher die Verunglückte mit seinem Wagen gleich brachte, konnte der Arzt nur noch den Tod feststellen.

Einbruch in eine Genossenschaftsbrauerei. In der letzten Nacht stalteten Einbrecher der Weibierbrauerei der Gastwirte des Nordens e. G. m. b. H. in der Brauhausstr. 2/3 zu Weihensee einen Besuch ab. Sie kletterten von einem Nachbargrundstück in der Heinersdorfer Straße durch ein Fenster, dessen Eisengitter sie zerstörten, in die Brauerei ein und gelangten durch Nebenräume in das Kontor im Erdgeschoß. Hier bohrten sie den Geldschrank an und öffneten auch die einzelnen Tresors. In dem Schrank befanden sich etwa 1300 M. bares Geld und für etwa 9000 M. Wertpapiere. Dies alles nahmen sie mit und nur mehrere Wechfel liegen sie unberührt liegen. Erst gestern früh, als das Bureaupersonal kam, wurde der Einbruch entdeckt. Die Diebe hatten sich wieder durch das Fenster entfernt. Bis jetzt fehlt von ihnen noch jede Spur. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Die Kriminalpolizei ist sofort benachrichtigt worden und hat die Verfolgung der Verbrecher eingeleitet. Die Diebe müssen sehr vorsichtig gearbeitet haben, denn über dem Kontor befindet sich eine Wohnung, in der aber nichts gehört wurde.

Ein mutmaßlicher Kindesmord beschäftigt wieder die Kriminalpolizei. Auf dem Hofe des Grundstücks Pappelsallee 77 durchsuchte Mittwoch nachmittag um 2 Uhr ein alter „Scholar“, der unter dem Namen „Papa Krause“ in jener Gegend bekannt ist, die Müllkästen nach irgendwelchen noch verwertbaren Sachen. Hierbei stieß er in einem Kasten, der erst morgens geleert worden war, auf ein Paket aus hellbraunem Packpapier, das die Leiche eines neugeborenen Kindes enthielt. Die Revierpolizei, der er seinen schauerlichen Fund anzeigte, beschlagnahmte die kleine Leiche und ließ sie nach dem Schauhaus bringen. Ob sie unbemerkt von der Straße her oder aus dem Hause heraus in den Kasten hineingebracht worden ist, ließ sich noch nicht feststellen.

Ein Diebes„Spezialist“ geht wieder in den Wartezimmern der Ärzte um. Die „Spezialisten“ dieser Art „arbeiten“ mit verschiedenen Tricks. Einer ist zum Beispiel der, daß der Dieb als Patient erscheint und den Arzt fragt, ob er auch für diese oder jene Klasse behandelt. Vorher hat er sich genau erkundigt, daß dies nicht der Fall ist. Der Arzt vermeint die Frage und geht in sein Zimmer zurück. Jetzt ist der Dieb allein und nimmt mit, was ihm zur

Hand liegt. In anderen Fällen mischt er sich unter die Patienten im Wartezimmer und läßt allen den Vortritt, bis er als letzter Gelegener zum Stehlen findet. Erst in diesen Tagen küßte ein Arzt einen Gehpfeil ein, der 600 M. wert ist. Er wurde ihm nachmittags während der Sprechstunde vom Korridor gestohlen.

Aus Liebesgram verfuhr sich das 18jährige Dienstmädchen Charlotte Kellner, das bei einem Kaufmann in der Kapbachstr. 17 in Stellung war, mit Leuchtgas zu vergiften. Als vorgestern abend die Herrschaft fortgegangen war, öffnete das Dienstmädchen die Gasföhne der Küche und erwartete auf einem Stuhl sitzend den Tod. Als nach etwa 1 1/2 Stunden der Kaufmann mit seiner Frau nach Hause zurückkehrte, fand er das Mädchen fast leblos auf dem Fußboden liegend vor. Er ließ die K. sofort nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer bringen, wo es den Ärzten erst nach mehrstündigen Bemühungen gelang, die Lebensmüde wieder zum Bewußtsein zu bringen. Der Zustand der K. war jedoch so bedenklich, daß sie mittels Krankenwagens nach dem Urban-Krankenhaus übergeführt werden mußte.

Bannfall. Der Bauarbeiter Kröbel wurde auf dem Neubau Kurfürstendamm, Firma Feld u. Kranke, am 22. Januar durch Herabfallen eines Steines lebensgefährlich verletzt und mußte nach dem Krankenhaus Weisend gebracht werden. Schuld an dem Unfall soll mangelhafte Abdeckung sein.

Leichenfund auf den Schienen der Untergrundbahn. Gestern früh wurde auf dem Bahnkörper der Schöneberger Untergrundbahn zwischen den Stationen Stadtpark und Hauptstraße die Leiche eines Mannes aufgefunden, die schwere Kopfverletzungen aufwies. Der sofort hinzugerufene Arzt stellte fest, daß der Tod des Mannes infolge eines Schädelbruchs eingetreten ist. In dem Verstorbenen wurde auf Grund vorgefundener Briefschaften der 50jährige Schuhmacher Bernhard Vötter ermittelt. Es wird Selbstmord angenommen, weil bei dem Toten eine Fahrkarte nicht vorgefunden wurde.

Vorort-Nachrichten.

Nehmt Einsicht in die Gemeindegewählerliste, die nur noch bis Dienstag, den 30. Januar, in den Gemeindegewählbüros der einzelnen Orte zu jedermanns Einsicht öffentlich anliegen.

Wer nicht in der Wählerliste steht, darf nicht wählen.

Sichere sich also jeder Wahlberechtigte durch Einsicht in die Liste sein Gemeindegewählrecht. Proteste gegen die Richtigkeit der angelegten Liste gebe man sofort zu Protokoll.

Rixdorf.

Ein Rumpfparlament

steht gegenwärtig die Rixdorfer Stadtverordnetenversammlung dar. Durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts vom 23. d. Mts. sind die im November des Jahres 1910 auf Grund der rechtmäßig unglültigen Listen vorgenommenen Wahlen von 28 Stadtverordneten für unglültig erklärt worden.

Es handelt sich um die Mandate der Stadtverordneten:

1. Der 3. Abteilung: Bermuth, Thurov, Groger, Heitmann, Schuch, Voesse, Jben, Polenske, Jock, Wydomski.

2. Der 2. Abteilung: Kabermann, Seyde, Walz, Richter, Raschow, Stolke, Sorge, Deter, Scholz, Glasemann, Weber.

3. Der 1. Abteilung: Siegelkow, Dr. Dietrich, Hennig, Heinrich, Dr. Müller, Hilbrandt (Vafat), Velsch (Vafat), Rahmig.

Am gestrigen Donnerstag ist den betreffenden Stadtverordneten bereits vom Magistrat mitgeteilt worden, daß ihr Mandat nunmehr erloschen und ihre Teilnahme an Stadtverordnetenversammlungen sowie an den Deputationen und Kommissionen somit unglültig sei.

So sehr auch wir den Augenblick herbeigeseht haben, daß das von den bürgerlichen Wahlrechtsräubern in Gemeinschaft mit dem Rixdorfer Magistrat an den Rechten der Bürgererschaft ausgeübte Attentat die wohlverdiente endgültige Korrektur erfahren sollte, scheint uns die Mitteilung des Magistrats an die für unglültig erklärten Stadtverordnetenmandanten doch etwas verfrüht. Nach unserer Meinung hatten die in Frage kommenden Stadtverordneten so lange ein Recht zur Ausübung ihres Mandats, bis sie im Besitze des schriftlichen Urteils waren. Der Magistrat hätte sich zunächst einmal überlegen sollen, ob nicht durch sein in diesem Falle allzu schnelles Handeln erneute Komplikationen geschaffen werden.

Wir können es andererseits versichern, wenn der Magistrat, der sich mit der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit durch jenen ungesetzlichen Gewaltstreich eine so eklatante Niederlage bereitet hat, die Spuren derselben so schnell als möglich durch eine schleunigst vorzunehmende Neuwahl verwischen möchte. Denn daß die Herren samt und sonders das Brandmal der Wahlrechtschändung heute noch als recht unangenehm empfinden, hat die vor acht Tagen beschlossene Aenderung des Namens Rixdorf in Neukölln nur allzu deutlich gezeigt. All die gewundenen Begründungen des Oberbürgermeisters Kaiser über die Notwendigkeit einer Namensänderung sowie die Erklärungen ihres Einverständnisses der Bürgerlichen haben bei der Rixdorfer Bevölkerung nicht den Eindruck auszulösen vermocht, daß jene „Umtausch“ des ehemals geschändeten Namens Rixdorf in Neukölln nur ein Akt heilloser Scham vor unredelmäßigen Taten war.

Wenn jene Herren aber glauben, daß sie mit dem Auslöschung des Namens Rixdorf zugleich auch die Erinnerungen an ihren einst verübten Gewaltstreich bei der Wählererschaft auslöschen können, so geben sie sich einer großen Täuschung hin. Die Tatsache, daß alle Instanzen unserer Verwaltungsgerichte ein so übereinstimmendes Verdikt über den Wahlrechtsraub von 1908 gefällt haben, hat das Vergehen der damaligen Attentäter erst recht als einen brutalen Rechtsbruch der Rixdorfer Bevölkerung enthüllt.

Dem letzten Urteil des Oberverwaltungsgerichts wird bei den bevorstehenden Neuwahlen der 28 für unglültig erklärten Mandate das Urteil der wertstättigen und der durch den damaligen Rechtsraub entrechteten Bevölkerung folgen.

Reizte Anstände scheinen in der Gemeindegewähl-, Kaiser-Friedrich-Strasse 4 zu herrschen. Von Eltern dort eingeschulter Kinder wird folgendes mitgeteilt: Den Schülern der Klassen I O, II O, und III O, ist am Montag voriger Woche vom Rektor und von den Lehrern geheißen worden, während des Unterrichts die Heftblätter anzubehalten, weil in den Schulzimmern die Temperatur weniger als 10 Grad betrug. In der Knabenklasse II O, waren morgens um 8 Uhr 3 Grad (1.) Wärme; bis 11 Uhr lag die Temperatur endlich auf 10 Grad, um bis 12 Uhr aber wieder auf 8 Grad zu fallen. Auch an den beiden folgenden Tagen, dem 16. und 17. Januar, blieb das Thermometer weit unter 10 Grad, so daß die Kinder wieder das Heftblatt nicht anzuziehen konnten. Die Temperaturen sind vom Lehrer selbst abgelesen und den Kindern mitgeteilt worden mit dem Bemerkung: sie — die Lehrer — könnten dagegen nichts machen! Daran muß man den Schluß ziehen, daß diese handhabeisen Tatsachen der Schulaufsicht bekannt waren und trotzdem nicht abgestellt worden sind. Das wäre eine unverzeihliche

Nachlässigkeit auf Kosten der Gesundheit der Schulkinder, gegen die nicht energisch genug Front gemacht werden kann. Rehnlich scheint es mit der Belichtung der Schulzimmer in der genannten Schule auszugehen; denn diese sollen an den trübigen Wintermorgen um 8 Uhr dunkel sein. Richtigerweise wird an solchen Tagen früh zur festgesetzten Stunde mit dem Unterricht begonnen, bei dem sich die Lehrer dadurch behelfen, daß sie im Dunkeln den Kindern die auswendig gelernten häuslichen Aufgaben abhören. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß das Augenlicht der Kinder dabei leiden muß. Nebenbei hat man in den höheren Schulen Widdorfs den Schulbeginn für die Wintermonate auf 8 1/2 Uhr festgesetzt. Warum ist das Gleiche nicht für die Volksschulen möglich? Bedürfen die Proletarierkinder weniger der gesundheitlichen Schonung? U. A. W. G.

Ein interessanter historischer Fund wurde bei Ausgrabungsarbeiten an der Kreuzung der Seife- und Neuen Jonsastraße gemacht. Die Seifestraße wird gegenwärtig reguliert und bei den Ausgrabungen stießen die Arbeiter in einer Tiefe von etwa drei Metern auf ein Germanengrab. Es wurde eine Platte von 2,70 Meter Länge und 1,50 Meter in der Breite freigelegt und nun das Skelett eines Ritters und eines Pferdes zutage gefördert. Beide waren noch sehr gut erhalten. Auf der Brust des Ritters ruhte ein zweischneidiges Schwert mit einem Bronzegriff. Reste einer ansehnlichen Leder hergestellten Scheide konnten an der Waffe noch wahrgenommen werden. Auch ein doppeltkegelförmiges schwarzes Tongefäß wurde vorgefunden. Der Aufstos des Märkischen Museums erklärte, daß es sich hier um ein Germanengrab aus dem 6. Jahrhundert handele. Nachdem an der interessanten Stätte einige photographische Aufnahmen gemacht worden waren, wurden die Skelette und die übrigen Gegenstände dem Rixdorfer Magistrat übergeben.

Wilmersdorf-Palensee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Als die Stadtverordnetenversammlung am 3. Januar das Bureau neu wählte, protestierte die Linke gegen den von der großen Fraktion geübten Brauch, die Besetzung der Ämter ohne Einvernehmen der Opposition vorzunehmen. Hiergegen verlas Stadtverordneter Dröse zu Beginn der Sitzung vom letzten Mittwoch eine Erklärung der Mehrheitspartei, die sich zunächst dagegen wandte, daß der Widerheitsprotest auch von beurlaubten Stadtverordneten wie dem Landtagsabgeordneten Wächtermann und dem erkrankten Stadtverordneten Storte unterzeichnet ist. Dann hieß es weiter in der Erklärung, daß von der großen Fraktion die Ansprüche der Minderheit bei Besetzung der Deputationen und Ausschüsse über das eigentliche Stärkeverhältnis hinaus berücksichtigt würden.

Zu dieser Erklärung, über die eine Diskussion geschäftsordnungsmäßig nicht zugelassen war, läßt sich denn doch manderlei sagen. Gewiß ist es richtig, daß die Mehrheitsfraktion auch Vertreter der Minderheit in den erwähnten Körperschaften zuläßt. Aber es wäre eine Torheit ohnegleichen, deren Folgen die Arbeiten der Stadtverordnetenversammlung nach mancher Richtung hin beeinträchtigen würden, wenn die große Fraktion die Minderheit einfach als Luft behandelt wolle. Auch kommt dem Dreiklassenwahlrecht mit seiner himmelschreienden Ungerechtigkeit zum Trotz in Betracht, daß die Minderheit in der Stadtverordnetenversammlung die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung repräsentiert. Erst die Reichstagswahlen vom 12. Januar haben bekundet, daß mehr als 43 Prozent der aktiv an der Wahl beteiligten Wilmersdorfer Wähler in der Sozialdemokratie die Partei ihres Vertrauens sehen, und daß Liberale und Demokraten zusammen fast 40 Prozent dieser Wähler vertreten. Die vom Dreiklassenwahlrecht begünstigten Konfessionsparteien können leicht nachrechnen, daß für sie nur ein sehr geringer Teil von Wählern übrig bleibt, bei denen überdies die Intelligenz nicht immer mit der Größe des Geldsacks gleichen Schritt halten wird.

Im übrigen stellen wir mit einiger Genugtuung fest, daß bei den vorgestern erfolgten Wahlen auch die Sozialdemokratie bessere Berücksichtigung fand. Außer dem Rechnungsausschuß und dem Sonderausschuß für die Errichtung einer städtischen Arbeitsnachweise, in dem er schon früher Mitglied war, gehört unter Parteigenosse Niedel jetzt auch dem Finanzausschuß an.

Bei der Beratung der Magistratsvorlage betreffend den Neubau der stehenden Gemeindegewähl- und eine Erweiterung über die Zweckmäßigkeit der Errichtung einer Aula, die bis jetzt noch in keiner Wilmersdorfer Gemeindegewähl vorhanden ist. Während verschiedene Stadtverordnete eine solche Neuerung für die neue Schule wünschten, stellten die Vertreter des Magistrats sich auf den Standpunkt, daß diese Neuerung im allgemeinen unzulässig sei und im vorliegenden Falle überflüssig werde, weil die große Schule zwei Turnhallen und überdies einen großen Reitsaalkomplex enthalten soll.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte schließlich die vorgelegten Pläne für die Schule, die mit einem Kostenaufwande von 997 800 M. auf dem Grundstück Sabelberger Str. 24 erbaut wird.

Die Linke der Stadtverordnetenversammlung hatte wegen der Errichtung der bereits im November vorigen Jahres beschlossenen Volkshalle und wegen Bewilligung von Kostenzulagen an die beurlaubten Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt eine Anfrage an den Magistrat gerichtet.

Der erste Teil der Anfrage wurde durch die Mitteilung des Magistrats erledigt, daß er im Hause Berliner Str. 37 Räume für die Volkshalle gemietet hat. Der soziale Sinn der Hausbesitzer wird dadurch beleuchtet, daß einige der Herren, die in der Berliner Straße ihren Wohnsitz haben, heftig dagegen protestierten, daß gerade in ihrer Nachbarschaft eine Einrichtung ins Leben treten sollte, die nach ihrer Meinung manche fragwürdige Gestalt heranziehen werde. Unter anderen nagelte unser Parteigenosse Niedel dies Stück Eigentum fest.

Es erhob sich immerhin eine Minderheit von zehn Stimmen gegen die Verabschiedung der Magistratsvorlage, die schließlich un verändert Annahme fand.

Von einer Kostenzulage an die städtischen Arbeiter usw. will der Magistrat den Erklärungen des Oberbürgermeisters Habermann und des Stadtkammerers Rohde zufolge nach wie vor nichts wissen. Doch teilte der Kammerer mit, daß eine Magistratsvorlage in Vorbereitung sei, in der die Lohnsätze der Wilmersdorfer Arbeiter nach dem Muster der in Charlottenburg und Schöneberg bestehenden Sätze geregelt werden sollen und daß der Magistrat auch die Einführung einer Familienzulage für verbeiratete Arbeiter plant.

Vegetarisch ist es, daß eine Besprechung der wichtigen Anfrage mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt wurde.

An die öffentliche schloß sich eine geheime Sitzung.

Groß-Vichterfelde.

Endlich hat sich der Gemeindevorstand bemüht gesehen, den bisherigen zweiten Gemeindegewählbezirk westlich des Teltowkanals zu teilen und damit einen dritten Bezirk zu schaffen. Bängst schon wäre die Teilung dieses großen Bezirks eine Notwendigkeit gewesen; die Wahlhandlung wurde von Wahl zu Wahl schwieriger, die Unbequemlichkeit für die Wähler und damit deren Unmut immer größer. Aber unseren Rathschülern machte die Wahlkreis-einteilung insofern Schwierigkeiten, als bei einer vernünftigen, aber nicht im Interesse der bürgerlichen Klasse liegenden Einteilung die Zwangswähler der Haupt-Adettenanstalt nicht mehr den Einfluß auf das Gesamtergebnis ausüben konnten als bisher. Man hat deshalb zu einem geometrischen G... einseitig seine Zuflucht genommen und die Bezirke in ähnlicher Weise zusammengeleitet, wie der schwarzblaue Hock des Landtagswahlkreises Rixdorf-Schöneberg. Eine Teilung des Wahlkreises ergab sich am einfachsten durch die Drakestraße, oder aber durch die Voese-Ring- bzw. Drakestraße als Grenze. Statt dessen läuft sie jetzt von der Kant-, Beilholz-, Ring-, Auguststraße bis zum Angulaplatz und Haydnstraße, so daß also die Adettenanstalt mit einem Teil der proletarischen Chauffeestrasse zusammengekluppelt wurde. Auf diese Weise glaubt man trotz der Teilung des Bezirks den Sieg der Sozialdemokratie, die bei den jüngsten

Reichstagswahlen an der Spitze stand, bei den Kommunalwahlen verhindern zu können. Es wird Aufgabe der Arbeiterschaft sein, diesen schönen Plan zu bereitlein und den Beweis zu liefern, daß die Sozialdemokratie trotz aller ausgefägten Kunststücken auf dem Gebiete der Wahlkreisgeometrie bei den kommenden Gemeindegewählungen siegen kann und siegen wird. Neben dem Verdienst, das sich der Gemeindevorstand durch seine Wahlkreiseinteilung um die politische Gleichberechtigung der Arbeiter erworben hat, ist es neuerdings die Erweiterung der sozialen Fürsorge für die Befähigten, die von diesen auch in Artikeln der Ortspresse dankbar anerkannt wird. Der Herr Schöffe Lengner hielt vor etlichen Tagen in einem Grundbesitzverein einen Vortrag über eine von der Gemeindevorwaltung geplante „großzügige“ Einrichtung. Es handelt sich im wesentlichen um nichts anderes als die Errichtung eines vornehmen Parkrestaurants, eines erstklassigen Wirtschaftshauses für die besseren Gesellschaftsklassen an Stelle der heutigen Wiesenbaude — auf Kosten der Gemeinde. Aber nicht bloß für die zuckrigen und vornehmen Bürger soll geforgt werden, sondern auch für diejenigen, deren Vermögen nur in Nidalgeld besteht. Für sie gibt es die Schänke, ein großer, einfacher aber gemütlich eingerichteter Raum mit freies frisch sprudelnder Bierquelle, wofür billiges Geld einfacheren Ansprüchen gebietet werden kann. Diese „Schänke“ liegt auf ebener Erde, nach der Teltower Straße zu, damit der Ausblick für die vornehmen Gäste des künftigen Parkrestaurants auf den Park nicht gestört oder beeinträchtigt wird. Die Gemeindevorwaltung hat, wie man sieht, auch leichte soziale Regungen für das Proletariat, das durch einen ausgiebigen Besuch der „gemütlichen Schänke“ das erhebliche Defizit mitdecken darf und soll, das naturgemäß durch die splendiden Einrichtungen in der Bel-Etage für einen kleinen erklüßten Kreis von Einwohnern entstehen muß. Wenn die Gemeindevorwaltung die Anlage einer Barthehalle für die Straßenbahnfahrer nebst einfacher Erfrischungshalle in öffentlichen Park beabsichtigt, so ist dagegen nichts einzuwenden. Aber die Gründung eines Klubhauses für eine Handvoll reicher Leute auf Kosten der übrigen Steuerzahler fordert energischen Protest heraus. Worauf das ganze Projekt hinausläuft, das hat der Befürworter desselben auch deutlich bekundet mit den Worten: „Nicht nur das sind verbundene Anlagen für ein Gemeinwesen, die einige tausend Mark baren Ueberfluß erbringen, sondern wohl noch mehr solche, die dazu beitragen, den Wert des Terrains zu heben, die Gelände aufzuschließen und das Interesse für den Ort zu heben.“ Mit einem Wort: es handelt sich darum, die Grundrente zu heigern, die Mieter in noch höheren Maße den Grundbesitzer tributpflichtig zu machen — um eine Aktion zugunsten der Grundbesitzer. Als vor Jahren der sozialdemokratische Verein bei der Gemeindevorwaltung beantragte, den Bau von Wohnhäusern in eigener Regie auszuführen und dadurch das Wohnungsproblem der unbemittelten Schichten einigermaßen zu mildern, da lehnte man das, weil angeblich nicht zu den Aufgaben der Gemeinde gehörig, ab, und außerdem wollte man den Privatunternehmern keine Konkurrenz machen; seitdem schienen sich die Ansichten auf dem Rathaus gewandelt zu haben — je nachdem ob es sich um die besitzende oder besitzlose Klasse handelt.

Friedenau.

Aus der Gemeindevorwaltung. Dreimal schon wurde die Beratung des Ortstatuts betr. Verlängerung der Sonntagstraße im Handlungsbereich verlagert, angeblich weil man erst abwarten wolle, wie sich Steglitz zu dieser Frage stelle. Die Steglitzer Gemeindegewähl, denen man sozialpolitisches Verständnis noch nie nachsehen konnte, lehnten die Vorlage rundweg ab. Um dasselbe zu erreichen, führte man hier eine Komödie auf, wie sie sich widerlicher wohl noch in keiner kommunalen Körperschaft abgespielt hat. Zu einer Ablehnung fehlte den liberalen Maulhelden, da die Gemeindegewähl in bedrohlicher Nähe gerückt sind, die nötige Kurage. Nachdem die Herren „ihre Bedauern“ über den Steglitzer Beschluß zum Ausdruck gebracht, beschloßen sie dem Ortstatut unter der Bedingung zuzustimmen, daß es an dem Tage in Kraft trete, an dem es Steglitz auch einführe. Genosse Richter ermahnte die Herren, sich durch ihre Beschlußfassung nicht wieder wie schon so oft der Lächerlichkeit preiszugeben. Er wies darauf hin, daß Schöneberg und Wilmersdorf, die doch geschäftlich mit Friedenau eng verwoben seien, der Vorlage längst zugestimmt haben, und daß es doch nicht notwendig sei, sich immer nach dem rückwärtigsten Nachbar zu richten. Es half alles nichts! Die Handlungsberechtigten aber werden bei den im März stattfindenden Wahlen den liberalen Jesuiten die Luntung für ihr trauriges Verhalten ausstellen.

Ein Antrag des Gemeindevorstandes verlangt, daß das in Friedenau noch freie Friedhofsgelände nicht weiter benutzt werden soll, und die Verstorbenen vom 1. April 1913 auf dem in Gütergoh zu Friedhofszwecken erworbenen Gelände begraben werden sollen. Die ungenügende Begründung der Vorlage durch den Schöffen Lichtheim veranlaßte unseren Genossen Richter zu bemerken, daß eine Vorlage von solcher Wichtigkeit mit so ungenügenden Unterlagen für eine sich ihrer Verantwortung bewußten Körperschaft absolut nicht diskutabel sei. Tatsächlich wurde auch der Antrag des Gemeindevorstandes nach längerer Debatte, in der sich der Liberale v. Brodem unserm Redner anschloß, abgelehnt und der Friedhofsausschuß beauftragt, ein genau berechnetes Projekt vorzulegen. Da vom 1. April d. J. an die Nachmäher abgelöst werden sollen, wurde die Anstellung von vier neuen Polizeiergeanten beschloßen. Eine Polizeiverordnung, welche den Hausbesitzern die Streupflicht bei Eisglätte auferlegen will, wurde verlagert.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich in der Hauptsache mit der bevorstehenden Gemeindegewähl, über die der Genosse Richter referierte. Da der letztere wegen Ueberlastung mit anderen Arbeiten seinen Posten als 1. Vorsitzender niederlegen mußte, wurde an seiner Stelle der Genosse Richard Dagen gewählt. Als Schriftführer an dessen Stelle der Genosse Nutke.

Ober-Schöneweide.

Die Gemeindegewählereise für 1912 zeigt wieder den argen Minderwert des Gemeindegewählrechts. Es gehören der ersten Wählerklasse 2, der zweiten Klasse 328 und der dritten Klasse 4586 Wähler an. Straffer kann das Geldwahlrecht nicht in Erbeimung treten. Die Gemeindegewähl werden in diesem Jahre gemäß einem Antrage unserer Vertreter für die dritte Klasse an einem Sonntag stattfinden und zwar für die nach dem Dienstalter auszuwählenden und die erstmalig auszulobenden Vertreter, welche bei den Vermehrungswahlen gewählt sind. Bei der bis zum 30. Januar zur Einsichtnahme anliegenden Wählerliste werden namentlich diejenigen, welche als Chambregarnisten innewohnen, genaue Prüfung anstellen müssen, da sich herausgestellt hat, daß deren Aufnahme vielfach unterblieben ist.

Die Zentralkasse, welche von der Gemeinde als Mahnahme zur Vinderung der Teuerung in der Lausener Straße errichtet wurde und die jetzt in eigene Regie der Gemeinde genommen ist, wird nicht in dem Maße in Anspruch genommen, wie dies im Interesse der Sache wünschenswert wäre. Bei weiterem Rückgang des Preises dürfte das Fortbestehen derselben wohl in Frage gestellt werden.

Grünau.

Zu den in einigen Wochen stattfindenden Kommunalwahlen nahm am Dienstag eine nach dem „Jägerhaus“ einberufene öffentliche Kommunalwählerversammlung Stellung, in der Stadtverordneter Genosse Wuylich in einem großartigen Referat unsere Aufgaben in der Kommune behandelte. Nach dem Vortrage kennzeichnete Genosse Blume das elende Dreiklassenwahlrecht an Hand der gegenwärtig anliegenden Wählerliste. Dasselbe weist 4 Wähler der ersten Klasse, 50 Wähler der zweiten und 770 Wähler der dritten Klasse auf. Am Schluß seiner Ausführungen richtete er die Mahnung an die Verammelten, auch hier dafür zu sorgen, daß endlich sozialdemokratische Vertreter in das Ortsparlament gewählt werden.

Aus aller Welt.

Schreckenstaten eines Geisteskranken.

Zu recht aufregenden Szenen kam es in München am Mittwochabend bei der Festnahme eines geisteskranken Maurers, der in eine Klinik eingeliefert werden sollte. Als mehrere Angestellte der Rettungsgesellschaft mit zwei Polizisten vor der Wohnung des Maurers erschienen, fanden sie die Tür versperrt. Als man sich gewaltsam Eingang in die Wohnung verschafft hatte, feuerte der Geisteskranke aus dem dunklen Korridor einen Revolverhieb ab und verlegte einen Schutzmännchen am Oberarm. Während sich nun die Beamten zurückzogen, um Verstärkung zu herbeizuholen, vernagelte der Geisteskranke die Tür und schloß zweimal auf die im Hof anwesende Menschenmenge, ohne jedoch jemand zu verletzen. Die Nacht über wurde das Haus polizeilich gesichert und bewacht. Gestern früh gegen 8 Uhr stürzte sich der Geisteskranke plötzlich aus dem dritten Stock in den Hof hinaus. Es gelang jetzt den Schutzleuten, den Geisteskranken zu überwältigen, so daß er in die Psychiatrische Klinik eingeliefert werden konnte.

Vierfacher Mord und Selbstmord.

In einem Anfall von Schwermut hat am Donnerstagmittag die Ehefrau des Bieglers Hufemann in Schötmar (Lippe-Deimold) vier ihrer Kinder im Alter von vier bis neun Jahren erschossen und sich dann selbst eine Angel in den Kopf gesetzt. Die schwerverletzte Frau ist bald darauf ihren Verletzungen erlegen. Das fünfte Kind befand sich zur Zeit der Tat in der Schule und blieb so verschont.

Barbarei aus der neuen Welt.

In der amerikanischen Presse macht folgende Notiz die Kunde: Ausgepeitscht, Wilmington, Del., 8. Jan. Trotz der geradezu sibirischen Kälte, die das Quecksilber im Thermometer unter den Gefrierpunkt trieb, wurden im Hofe des Arbeitshauses von Castle County sieben Sträflinge an den

Schandpfahl gefesselt und ausgepeitscht, nachdem man ihren Körper bis zu den Hüften vollständig entblößt hatte.

Es waren sechs Regier und ein Weiber, welche dieser barbarischen Strafe ausgesetzt wurden. Der Weibe, Howard Morris mit Namen, hatte einen Revolver gestohlen. Er erhielt zehn Peitschenhiebe und ein Jahr Haft. Er schrie laut auf bei jedem Schläge, den er erhielt. Einer der Regier schien unglückliche Qualen zu leiden, während man ihm die zwanzig Hiebe aufhäufte. Er schrie um Gnade nach jedem Streich. Oberwarden Crawford teilte die Peitschenhiebe persönlich aus.

Die Prügelstrafe gericht dem freien Amerika zur höchsten Unehre. Eine gründliche Revision ist nur dann zu erwarten, wenn die Sozialdemokratie in den gesetzgebenden Körpern des Landes zu größerem Einfluß gelangt. Weder die republikanische noch die demokratische Partei haben bis heute vermocht und versucht, solche traunige und unwürdige Strafgesetze zur endlichen Aufhebung zu bringen.

Kleine Notizen.

Den Treiber erschossen. Ein schweres Jagdunfall ereignete sich während einer Hasenjagd in Groß-Bubditz bei Rathenow. Ein Schuß ging fehl und traf den Treiber Lüdike aus Klein-Bubditz in den Unterleib. An den Folgen des Schusses ist Lüdike bald darauf im Rathenower Krankenhaus gestorben.

Eisenbahnunfall. Bei der Einfahrt in den Bahnhof Saarbrücken fuhr gestern ein Zug auf einen Leerzug auf. Der Zugführer Biegel aus Diedenhofen wurde schwer verletzt, Vauart Henzen, Mitglied des Eisenbahngewerksamtes in Berlin erlitt leichtere Quetschungen.

Erdbeben in Griechenland. Wie aus Athenos gemeldet wird, haben dort große Erdbeben stattgefunden. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Weniger starke Erdstöße waren in Leucadia, Elis und Kephallenia zu spüren.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 17. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Wurzeln des Sieges. — Englands auswärtige Politik. Von Th. Rothstein. — Die

Eifelbären. Zur Geschichte des Niederganges des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes. Von Ernst Andrie (Schlun). — Literarische Rundschau: Dr. H. Wagner, Ueber die Organisation der Warenhäuser, Kaufhäuser und der großen Spezialgeschäfte. Von H. Woldt. — Reichslistenklub.

Reuillon der „Neuen Zeit“ Nr. 47: Ein aufgeklärter Deputierter von G. Wehring, Anselm Feuerbach. Von Diefenbach. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 3. Nummer des 29. Jahrganges 16 Seiten stark erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir folgende Beiträge hervor: Zeichnungen: Rahmung. Von H. G. Jenfsch. — Bei Landrats. — Moderne Blaubildung. Von H. G. Jenfsch. — Vorführung. — Nach den Reichstagswahlen. Von H. G. Jenfsch. — Trost den Weihen. Von Rich. Koll. u. a.

Legtbeiträge: Nach der Schlacht. — Folgen der Reichstagswahlen. — Der mühligenen Coup. Von Baldum. — Die Gefallenen. — Adin und Kom. Von Ep. — „Ein feste Burg...“ — Gedächtnisfeier. — Die Reichstagswahlen. — Ueber Jacob! Von Rothsch. Kaufe. — Amerikanische Angelabaf (Illustriert). — Staatsbürger's Erdentwässer. — Nur eins! Von H. K. — Der Durchgelassene. Von Tobias. u. a.

Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag H. G. Jenfsch. — Vorführung. — Nach dem Reichstagswahltag. Von H. G. Jenfsch. — Trost den Weihen. Von Rich. Koll. u. a.

Von der „Wahrheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 9 des 22. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Der Rufstift entgegen. — Jungdeutschland. Von Mathilde Baum. — Zur Lage der Heimarbeiterinnen in der Duffabrikation. II. Von Robertine Heiden. — Vom Protectorat. — Von E. L. — Die Organisation der Arbeiterinnen im Schuhbindergewerbe. Von Emil Koll.

Die „Wahrheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 25 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Jahresabonnements 2,60 M.

Chadishi Murat. Von Leo Tolstoj. Ein Roman aus des Dichters Nachlass. Uebersetzung von H. Scholz. Fühlers Bibliothek zeitgenössischer Romane. 4. Band. 1. M., in Leinen 1,25 M.

Wetterprognose für Freitag, den 26. Januar 1912.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen südwestlichen Winden, später langsam aufklarend und ein wenig kälter. Berliner Wetterbureau.

Theater und Vergnügungen

Anfang 7 1/2 Uhr.
A. Overhaus, Fabeln.
S. Schauspielhaus, Der gekürnte Siegfried, Siegfrieds Tod.
Deutsches, Westfälische.
Overland, Spezialitäten.
Jules Busch, Gala-Vorstellung.
Jules Schumann, Gala-Vorstellung.
Jules Sarrafani, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Irena, Tondentate 48/49.
Aus dem Leben des Meeres.
Schauspiel: Prof. Göttsch: Herbst im Walde.
Kammerspiele, Offiziere.
Leitung: Glaube und Heimat.
Neues Schauspielhaus, M. I. u. a.

Abends 8 Uhr.
Berliner, Große Kojinen.
Vienna Overetten, Coa.
Schiller O., Der Proberpfel.
Schauspiel: Charlotteburg, Emilia Galotti.
Friedr., Willh. Schauspielhaus, Taitan.

Abends 8 1/2 Uhr.
Neues, Die kleine Freundin.
Luisen, Uns Wangel an Beweisen.
Köln, Zwillinge.
Königgrätzer Straße, Die fünf Frankfurter.
Kleines, Vottiens Geburtstag.
Gehy und Hannu Ehler, Hostenjos.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Gottes Caprice, Wandelblatts Folterabend, Loggessen, Woffen-Abend.
Walshalla, Teufel, das hat einge-klagt!
Road, Die Bettlerin und ihr Kind.
Boigt, Anna Lise.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater, Fröhgen.
Der gekürnte König.
Welle Alliance, Sherlock Holmes.
Steruwart, Invalidenstr. 57-62.

Freitag, abends 8 Uhr:
Der Proberpfel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Weg zur Hölle.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Proberpfel.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Proberpfel.

Freitag, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Kilometerfresser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Emilia Galotti.

Freitag (Premiere): Aus Wangel an Beweisen.
Sonnabend 4 Uhr: Frau Holle.
Abends 8 Uhr: Berlin O.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Wir tanzen durchs Leben.
Abds. 8 Uhr: Der Verschwendet.

Abends 8 Uhr:
Große Kojinen.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr:
Die 5 Frankfurter.

Abends 8 Uhr:
Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die kleine Freundin.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Der kleine Bauer.

Abends 8 Uhr:
Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Alles für die Firma.
(Aimé des Femmes).
Schwanz in 3 Akten von R. Hettnequin u. G. Wittschel. Für die deutsche Bühne bearbeitet von Volten-Saunders.
Morgen u. folg. Tage: Alles f. d. Firma.

Abends 8 Uhr:
Russisches Ballett.
Giselle — Scheherazade.
Sonnabend u. Sonntag 8 Uhr: Wiener Blut.
Sonnabend, nachm. 3 1/2 Uhr: Fatinitza.

Abends 8 1/2 Uhr:
Bellealliance-Theater.
Abends 8 1/2 Uhr:
Sherlock Holmes.
Gastspiel Ferdinand Bonn.

Große Frankfurter Str. 122.
Anfang 8 Uhr:
Zwillinge.
Drama in 5 Akten v. H. B. Lammheim.
Sonnabend 4 Uhr: Frau Holle.
Abds. 8 Uhr: Solon und Kloster.

Anfang 8 Uhr. Kaufm. gestaltet.
Die Nacht von Berlin!
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Jul. Freund. Musik von G. Holländer. In Szene gesetzt vom Dir. R. Schütz.

Ab 8 Uhr:
Letzte Tage!
Die grandiosen Spezialitäten.
9 Uhr:
Nur noch kurze Zeit!
Harry Walden
in sein Herzogensjunge.

Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 26. Januar:
Anna Lise.
Histor. Komödie in 5 Aufz. v. G. Heich.
Wittwoch, 7. Februar: Zum Dienst für Baumelator: Ein armer Edelmann.
Kaiseneröffnung 7. Anfang 8 1/2 Uhr.

„CLOU“
Berliner Konzerthaus,
Mauerstr. 82 Zimmerstr. 90/91.
Großes Konzert
!!! Zillerthaler und Tegernseer Sänger, Plattler und Jodler !!!
Anstich von 3 Königsbräu, dem köstlichsten aller Münchener Doppelbiere.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachmittags:
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor.
Größte Schenswürdigkeit Berlins.
Heute Freitag: Elite-Tag.
Das größte Bockbierfest. Auf der Alm.
Heute:
Damen-Schönheitskonkurrenz.
6 Geldpreise. — Außerdem:
Gratisverlosung von 100 Wertgegenständen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

1 M. Loge 2 M.
Vorverk. A. Wertheim
Sonnabend d. 27. Jan.
Anfang 9 Uhr.
Nur einmal i. d. Saison
ist der Sportpalast, Potsdamerstr. 72
in den grössten Festsaal der Welt verwandelt.
2 Olympia-Bälle
D. 20 besten Clowns i. d. Quadrille der Wahnsinnigen
Amerikan. Olympia-Cottillon
Sensationelle Unterhaltungen.
2 Monstre-Orchester
Sonnabend d. 28. Jan.
Anfang 4 Uhr.
Loge 1 M. 50 Pf.

Neue Welt.
Arnold Scholz. Hasenheide 108-114.
Täglich:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
4 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. — Entree 30 Pf.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Das kleine Café.

Passage-Theater.
Mirjam Horwitz
in ihrem Dramalet „Die Falle“
Mlle. Maroussia
The Meteors
Lina Loos
und 10 neue Attraktionen!

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Aus dem Leben des Meeres.
Hörsaal Prof. Eckstein 8 Uhr:
Herbst im Walde.

Zirkus Busch
Freitag, 26. Januar, ab. 7 1/2 Uhr:
Komisch. Gala-Abend!
Gastspiel Gertr. Arnold
Die Hexe.
Besonders hervorzuheben:
Riesenschauspiel und Aufstieg der 200 Hexen und Teufel.
Vorher: **Tait!**
Manage-Illusionskünstler.
Sand-Spiel und Amats (Javaner).
Hr. Schumanns, Freiheitsadress.
3 Schwestern Blumenfeld, Reck zu Pferde.
und das große Gals-Programm.

A. Schumann
Freitag, 26. Jan., abends 7 1/2 Uhr:
Auftreten sämtl. Spezialitäten.
Um 9 Uhr:
Das neueste, noch nie dagewesene, nicht zu übertr. Ausstattungsstück der Gegenwart
Das Motorpferd
in 5 Akten.
Sonntag in beid. Vorstellungen nachm. 3 Uhr, abends 7 1/2 Uhr:
Das Motorpferd

Sarrasani
Schönhauser Allee.
Telephon: Nord 4100.

Freitag, den 26. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Bravour-Abend.
Sonnabend und Sonntag, 8 Uhr und 7 1/2 Uhr: **Jo**
2 Vorstellungen 2
Nachmittags zahlen Kinder auf allen Plätzen halbe Preise.
Vorverkauf a. d. Circus-kasse und — nur für abends — an sämtlichen Billetverkaufsstellen v. A. Wertheim

Herrnfeld
Theater
Noch nie dagewesener Lacherfolg.
Das Kind der Firma
mit Anton u. Donat Herrnfeld in den Hauptrollen. Vorher:
Schmerzlose Behandlung.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Moats Theater.
Direktion: Robert Oll.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
Die Bettlerin und ihr Kind.
Schauspiel in 5 Akten von Reicher.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonnabend, nachm. 3 Uhr: Dieselbe Vorstellung.

Königstadt-Kasino.
Ede Holzmarkt u. Heganderstraße
Bis 1. Februar täglich:
Im Tunnel des Glückes.
Vollständ. in 2 Bildern.
Die erfolgreichsten Spezialitäten
Jeden 1. u. 16. Programmwechsel.

Bunte Bühne
Kabarett und Theater.
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag:
Theater Alt-Berlin
Blumenstr. 10.
Anfang 8 1/2 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Casino-Theater
Lohseburger Str. 37. Anfang 8 Uhr
Der größte Theatererfolg!
Täglich ausverkauft.
Der Kampf ums Dasein.
Aktuell! Dem heutigen Leben entnommen.
Abendlich tosender Wella!

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Loßgelassen.

Waffenübung.
Wandelblatts Folterabend.

Admiralspalast
Am Behnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Kunstlauf-Produktionen.
Abends die Novitäten:
Tänze a. d. Eis. Rheinländer, Ruazibeh, Engl. Alt-Wiener Walzer und **Die kleine Charlotte.**
Der norwegische Meister **Harry Paulsen** sowie d. prächt. Eisballt **Alpenauer.**
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.
Restaurant I. Ranges.

Berliner Uk-Trio
Bixdorf-Berlin, Lahnstr. 74. 1. 1.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Nordcn, Nr. 1239. Charlottenstraße 3. Amt Nordcn, Nr. 1987.

Sonntag, den 28. Januar 1912, vormittags 9 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung

Werkzeugmacher (Schnittbauer, Feilenbauer, Schneidzeugmacher, Einrichter, Scharfschleifer), sowie sämtlicher in Buchdruckereimaschinenfabriken beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen A. Ritter. 2. Bericht der Agitationskommission. 3. Neuwahl des Branchenleiters und der Agitationskommission. 4. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. In Anbetracht der Reichhaltigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Achtung! Emaillierer! Achtung!

Sonntag, den 28. Januar 1912, vormittags 10 Uhr:

Versammlung

aller in den Emailier-Verken Berlins und Umgegend beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus zu Berlin, Engelauer 15.

Tagesordnung: 1. Wie können wir unsere wirtschaftliche Lage verbessern? Referent Fritz Carl. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen! Bei der außerordentlichen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Einzelnen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Sonntag, den 28. Januar 1912, vormittags 10 Uhr, im Lokal von Schulz (Wendts Festsaal), Münzstraße 17, Eingang Königsgraben:

Branchen-Versammlung

Schmiede, Kesselschmiede und autogenischen Schweißer.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen B. Pawlowitsch über: „Klassenjustiz und Meinel“. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Metallarbeiter - Notiz - Kalender

für das Jahr 1912 ist erschienen und im Bureau sowie bei den Bezirkskollektoren zum Preise von 60 Pf. pro Stück zu haben. Desgl. ist erschienen: „Die Arbeitszeiten in der Eisen- und Metallindustrie Deutschlands“ zum Preise von 50 Pf. pro Exemplar. 111/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Branchenversammlungen:

Sonntag, den 28. Januar: Tischler für Kiefern- und fächische Möbel vormittags 10 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Tagesordnung: 1. Vortrag; Referent Kollege Fendel. 2. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Montag, den 29. Januar: Musikinstrumentenarbeiter abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht der Branchenkommission vom Jahre 1911. 2. Neuwahl der Branchenkommission. 3. Der Streit bei der Firma Seckstein. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Möbelpolierer abends 8 1/2 Uhr im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Tagesordnung: 1. Bericht der Branchenkommission. 2. Wahl der Branchenleitung. 3. Verschiedenes.

Montag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung

aller bei Tischlerinnungsmeistern beschäft. Kollegen

Tagesordnung: Wahl des Gesellenratsvorsitzenden der Tischlerinnung und der Beisitzer zum Innungs-Schiedsgericht.

Achtung!

Lehrlinge u. jugendliche Arbeiter der Holzindustrie!

Sonntagvormittag von 3-8 Uhr abends ist der Arbeitslokal im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, als Lokal für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter geöffnet. Sämtliche Bücher und Zeitschriften der Jugendbibliothek liegen zur freien Benutzung aus. Auch stehen den Besuchern Unterhaltungsspiele zur Verfügung. Die Werkstattvertrauensmänner werden gebeten, die Lehrlinge auf den Besuch des Lesesaales aufmerksam zu machen.

Rosenthaler Hof, Rosenthalerstr. 11/12. 2 Säle m. Theaterbühne, 150-400 Pers., 9 Vereinszimmer, 2 Kegelbahnen an Gewerkschaften und Vereinen unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. Sonnabende und Sonntag noch frei. - Amt Nordcn Nr. 2438.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Für den

Sechster Wahlkreis.

Sonntag, den 28. Januar, abends 6 1/2 Uhr, im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 42:

Oeffentliche politische Versammlung für Männer und Frauen.

Vortrag des Genossen Dr. Julius Moses. Auf zur Wahl!

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Der Einberufer: Julius Marschner, Swinemünder Str. 70.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokale: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1. Lehrplan für das I. Quartal 1912.

Sonntag: Nationalökonomie. (Die Grundbegriffe der theoretischen Nationalökonomie. I. Teil.)

Die Nationalökonomie als selbständige Wissenschaft, ihre Einteilung und Objekt. - Die Geschichte, das System und die Methode von Marx' „Kapital“. - Die Entwicklung zur kapitalistischen Wirtschaft; Entstehung und Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. - Die Ware als Elementarform der kapitalistischen Produktionsweise. - Die gesellschaftliche Arbeit. - Der Gebrauchswert und der Tauschwert der Ware. - Geld, Preis. - Die Verwandlung von Geld in Kapital. - Die Erscheinungsformen des Kapitals.

Vortragender: Max Grunwald. Dieser Unterricht in Nationalökonomie findet nicht im Schullokal, sondern im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, Sonntag vormittags 9 Uhr statt.

Sonntag: Rednerschule (mündliche und schriftliche Agitationsübung).

Der Ausdruck in Wort und Schrift. - Die Technik und Disposition der Rede und des schriftlichen Berichts. - Praktische Übungen über bestimmte Fragen aktueller Wirtschaftspolitik. Vortragender: Max Grunwald.

Sonntag: Geschichte (Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert).

Ideologische und materialistische Geschichtsbetrachtung. - Deutschland vor hundert Jahren. - Die französische Revolution. - Die „Befreiungskriege“ und ihre Folgen. Die Zeit der Metternichschen Reaktion. - Die ersten Regungen der deutschen Arbeiterschaft. - Wilhelm Weitling und seine Zeit. - Die vorrevolutionäre Bewegung des deutschen Bürgertums. - Die deutsche Arbeiterbewegung in den vierziger Jahren. - Der wissenschaftliche Sozialismus.

Vortragender: Konrad Hänisch. 6 1/2

Montag: Naturerkenntnis.

Glauben und Wissen. Die Entwicklung des Weltalls: Die Entstehung der Erde. - Die Erdzeitalter. - Die Entwicklung des Lebens. - Darwin, Darwinismus und Lamarckismus. - Die Entstehung der Arten. - Die Abstammungslehre. - Die Entwicklung des Menschen.

Vortragender: Emanuel Wurm.

Mittwoch: Literaturgeschichte (Die neue deutsche Dichtung).

Die Vorempfänger. - Die konsequenten Naturalisten. - Die „Neutöner“. - Die „Dekadenten“. - Die Impressionisten. - Die sozialpsychologischen Vertreter. - Die Mystiker und Symbolisten. - Die Neoromantiker. - Die Sucher einer neuen Realistik. - Die Zusammenfassung.

Vortragender: Juda Rubin.

Donnerstag: Gesetzeskunde (Aus dem Arbeiterrecht).

Der gewerbliche Arbeitsvertrag. - Der Dienstvertrag. - Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Dienstvertrag. - Das gerichtliche Verfahren bei Klagen aus dem Arbeits- und Dienstvertrag. - Das Armenrecht in der Prozeßführung. - Die Schadenersatzpflicht. - Vormundschaft und Unterhaltungs-pflicht. - Zwangserziehung und das Ziehkinderwesen. - Freizügigkeit und Auswanderung. - Staatsbürgerrechtserwerb (Landtagswahlrecht). - Praktische Anleitung für Eingaben und Anträge an Behörden usw.

Vortragender: Georg Schmidt.

Freitag: Gewerkschaftswesen (Geschichte und Theorie der Gewerkschaften).

I. Einleitung: Von der Entwicklung des Handwerks bis zum Großkapitalismus der Gegenwart. - II. Vorläufer gewerkschaftlicher Organisationen. - III. Anfänge moderner Arbeiterorganisationen in Deutschland. - IV. Polizeiliche Verfolgungen und Sozialistengesetz. - V. Zentralisationsbestrebungen. - VI. Entwicklung der freien Gewerkschaften von 1890-1910. - VII. Partei und Gewerkschaft. - VIII. und IX. Die gegnerischen Gewerkschaften. - Entwicklungstendenzen der deutschen Gewerkschaften.

Vortragender: Emil Dittmer.

Sonabend: Die politischen Parteien.

Begriff der Partei. - Parteien und Klassen. - Die ökonomischen Grundlagen der Parteibildung und Parteientwicklung. - Die Geschichte der konservativen Parteien. - Konservative Weltanschauung, Programme und praktische Politik. - Das Wesen des Liberalismus. - Geschichte des deutschen Liberalismus bis zur Gründung der nationalliberalen Partei. - Die Nationalliberalen. - Die linksliberalen Gruppen. - Die konfessionellen Wurzeln des Zentrums. - Die innere Entwicklung des Zentrums von der Kulturkampfzeit bis zur Gegenwart. - Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien.

Vortragender: Emil Eichhorn.

Unterrichtsbeginn: Freitag, den 26. Januar: Gewerkschaftswesen. Sonnabend, den 27. Januar: Geschichte der politischen Parteien. Sonntag, den 28. Januar: Geschichte. Nationalökonomie. Rednerschule. Montag, den 29. Januar: Naturerkenntnis. Mittwoch, den 31. Januar: Literaturgeschichte. Donnerstag, den 1. Februar: Gesetzeskunde.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr und endet um 10 Uhr. Der Sonntagskursus in Nationalökonomie findet im Königstadt-Kasino, Holzmarktstraße 72, statt und beginnt 9 Uhr vormittags. Der Sonntagskursus in Geschichte im Schullokal, Beginn 9 Uhr. Der Kursus in Rednerschule beginnt um 11 Uhr im Schullokal. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 7 1/2-8 1/2 Uhr geöffnet. Sonntags ist dieselbe geschlossen. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barmistr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauer 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Lichtenberg-Berlin, Rittergutstr. 25 I, Goldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 50, Hasenheide 56. Der Vorstand.

Schallplatten Dr. Simmel Verleih-Institut. Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Auch nach auswärt. Prosp. gratis. Karl Borbs, Berlin 69 Neue Königstrasse 35.

Inferatenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag, Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Tischlerverein

(G. S. 89). Sonnabend, den 27. Januar, in Kiefern-Schälerei, Felsenbeide 13-15:

Großer Wiener Maskenball.

verbunden mit komischen Vorträgen und Ueberraschungen. Anfang 9 Uhr. Billet 50 Pf. Freunde und Gönner des Vereins ladet ein. Der Vorstand. Das Fehlen der Beiträge erfolgt Sonnabend, den 3. Februar.

Steinarbeiter.

Sonntag, den 28. Januar 1912, vormittags 9 Uhr, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenicker, Ecke Neue Jakobstr.

General-Versammlung.

Tagesordnung: 171/4

1. Jahresbericht des Vorstandes, der Gauleitung und der Verfassungskommission. 2. Neuwahlen. 3. Verschiedenes. Die Kollegen sämtlicher Branchen sind verpflichtet, an dieser wichtigen Versammlung teilzunehmen und pünktlich 9 Uhr zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Noch nicht abgeholte Bücher gelangen am Eingang zum Saal zur Ausgabe. Agitiert für guten Besuch. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.

Ortsgruppe Berlin.

Touren

Sonntag, den 28. Januar: 1. bis 11. Ust.: 1 Uhr. Rowaves (Einger). Start an den bekannten Stellen.

Heute: Fahrwarfzung. Achtung! General-Versammlung

Mittwoch, den 31. Januar, abends 8 1/2 Uhr bei Borgmann, Andreasstr. 21.

Berliner Genossenschafts-Bäckerei.

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Bilanz per 30. September 1911.

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Aktiva: 1. Kassa-Konto 2931,63; 2. Bank-Konto 5395,18; 3. Waren-Konto 6253,-; 4. Einrichtungs-Konto 15700,-; 5. Gesparr-Konto 19000,-; 6. Gesparr-Konto 1224,80; 7. Betriebsauslagen-Konto 54,40; 8. Konto pro Diversi 610,-. Passiva: 1. Konto pro Diversi 12819,57; 2. Darlehens-Konto 31500,-; 3. Reservefonds-Konto 550,-; 4. Konto der Genossen 1500,-; 5. Gewinn u. Verlust-Konto 1834,63; neuer Saldo 2964,81.

Im Laufe des Geschäftsjahres 1910/11 ist kein Genosse beigetreten und keiner ausgeschieden.

Es gehörten der Genossenschaft am Schluss des Geschäftsjahres 1910/11 15 Genossen an mit einer Gesamtbeitragssumme von 1500 Mark und dem gleichen Geschäftsguthaben. Die Gesamtsumme hat sich nicht vermehrt und nicht verringert.

Berlin, den 24. Januar 1912.

Der Vorstand: H. Wichterich, Paul Senz.

Orts-Krankenkasse Reinickendorf.

Reinickendorf, den 22. Januar 1912.

Wir geben Herdurch bekannt, daß sich der Vorstand genannter Kasse im Jahre 1912 aus folgenden Personen zusammensetzt: 270/15

Franz Bensch, Berlin, Bornholmer Straße 74, 1. Vorsitzender.

Richard Köster, Reinickendorf, Köpenicker Str. 13, 2. Vorsitzender.

Paul Neubauer, Berlin, Goldener Straße 32, 1. Schriftführer.

Karl Liebreich, Reinickendorf, Brieger Str. 3, 2. Schriftführer.

Paul Anders, Reinickendorf, Hauptstraße 51, Beisitzer.

Paul Kiefenwaller, Reinickendorf, Winterstr. 11, Beisitzer.

Paul Gursch, Reinickendorf, Provinzstraße 58, Beisitzer.

Adolf Döring, Berlin, Selterstr. 1, Beisitzer.

Max Glentz, Hermsdorf i. d. R., Albrechtstr. 83, Beisitzer.

Der Vorstand: Bensch, Neubauer.

Ziehung 6. Februar

6. Schlesische Pferde-Lotterie

Lose à 1 Mk. Porto u. Liste 25 Pf. extra 3842 Gewinne. Gesamtverl. Mark

60 000

40 000

20 000

10 000

Lose empfohlen und versenden Lud. Müller & Co.

Berlin C., Bankgesch. Brunnenstr. 5.

Telegr.-Adr.: Glückwünscher.

Verkauf nur im Fabrikgebäude! Sie sparen Geld!

Möbel

direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Kenner kauen

den durch seine Güte unerreicht dastehenden

Kapitän-Kautabak

General-Vertrieb: Carl Röcker, Berlin O. 27, Grüner Weg 119.